

Eine Bestandsaufnahme der jüngsten österreichischen Forschungsliteratur

DER EINFLUSS VON IMMIGRATION AUF DIE ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT

Österreichischer Beitrag im Rahmen der europaweiten Pilotstudie
„The Impact of Immigration on Europe's Societies“
(Budgetjahr 2003)



fotos: christian fischer

National Contact Point Austria within the European Migration Network

Dieses Projekt wird von der EU-Kommission und dem BM.I kofinanziert



BM.I



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
www.bmi.gv.at

Nationaler Kontaktpunkt Österreich
im Europäischen Migrationsnetzwerk

**„Der Einfluss von Immigration auf die
österreichische Gesellschaft“**

Eine Bestandsaufnahme der jüngsten österreichischen Forschungsliteratur

Österreichischer Beitrag im Rahmen der europaweiten Pilotstudie

„The Impact of Immigration on Europe's Societies“

(Budgetjahr 2003)

Wien, 2004

Wissenschaftliche Koordination: *Mag. Sophie Hofbauer (IOM Wien)*

Autorin des Kapitels „Der Einfluss von Immigration auf Österreichs Wirtschaft“:
*ao. Univ. Prof. Dr. Gudrun Biffl, Österreichisches
Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)*

Autorin des Kapitels „Überblick über die strukturellen Rahmenbedingungen: Unterstützungen
und Einschränkungen“: *Mag. Brigitte Schütz (IOM Wien)*

Wissenschaftliche Konsultation für das Kapitel „Überblick über die Einwanderungsgeschichte
und ihre Entwicklungen“: *ao. Univ. Prof. Dr. Michael John, Universität Linz,
Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*

Wissenschaftliche Konsultation für die Kapitel „Einfluss von Immigration auf die
österreichische Gesellschaft: der kulturelle Kontext“ und „Einfluss von Immigration auf die
österreichische Gesellschaft: der politische Kontext“:
*Dr. Bernhard Perchinig, Österreichische Akademie der
Wissenschaften, Kommission für Migrationsforschung*

Kommentierte Bibliographie: *Mag. Julia Bock-Schappelwein (WIFO),
Cristián Ferreri (IOM Wien)*

MitarbeiterInnen (IOM Wien): *Mag. Yves Carl, Seena Moongananiyil, Noelia Diaz*

Allgemeine Liaison:	<i>Dr. David Reisenzein (IOM Wien)</i>
Allgemeine Koordination:	<i>Dr. Erika Laubacher-Kubat (IOM Wien)</i>
Layout:	<i>Mag. Robert Pichler (e-creating)</i>

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	1
Kurzfassung	3
 1. Einleitung	
1.1. Immigration im österreichischen Kontext: Terminologie und heutige Situation	6
1.2. Gesammeltes und analysiertes Material	8
1.3. Probleme bei der Sammlung und der Analyse der Sekundärliteratur: Forschungslücken	9
 2. Überblick über die Einwanderungsgeschichte und ihre Entwicklungen	
2.1. Die Nachkriegszeit und die Polarisierung Europas	12
2.2. Die Einwanderung so genannter “GastarbeiterInnen”(1960er – 1980er Jahre)	13
2.3. Die Veränderungen in den 1990ern	14
2.4. Jüngste Entwicklungen und aktuelle Situation	15
 3. Der Einfluss von Immigration auf Österreichs Wirtschaft:	
3.1. Steuern, Pensionen und Wohlfahrtssystem	17
3.2. EinwanderInnen als KonsumentInnen	22
3.3. Einwanderung und Beschäftigung	23
3.4. EinwanderInnen als ethnische UnternehmerInnen	28
3.5. Hoch qualifizierte EinwanderInnen	29
3.6. Der Einfluss der Einwanderung auf bestimmte Wirtschaftsbereiche	30
3.7. Der Einfluss der Einwanderung auf Exporte und Importe	33
3.8. Kulturelle Diversität und Wettbewerbsfähigkeit	36
 4. Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft: der kulturelle Kontext	
4.1. Kulturelle Vielfalt und die Debatte über Multikulturalismus	37
4.2. ImmigrantInnen und der kulturelle Kontext: Essen, Sport, Mode, Kunst und Medien	39
4.2.1. Essen	40
4.2.2. Sport	41
4.2.3. Mode	41
4.2.4. Kunst	42
4.2.5. ImmigrantInnen und Medien	43
 5. Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft: der politische	

Kontext	
5.1. Die Partizipation von ImmigrantInnen im politischen System Österreichs	46
5.1.1. Die Struktur politischer Möglichkeiten (“political opportunity structure”): Wahlrechte	46
5.1.2. Die Struktur politischer Möglichkeiten: Einbürgerung	48
5.1.3. Die Struktur politischer Möglichkeiten: andere Formen von Partizipation	49
5.1.4. Politische Mobilisierung von ImmigrantInnen und ihr Einfluss	49
5.2. Selbstorganisation von ImmigrantInnen in Österreich	51
5.3. Transnationale politische Mobilisierung	53
6. Überblick über die strukturellen Rahmenbedingungen: Unterstützungen und Einschränkungen	
6.1. Die Integration von ImmigrantInnen	54
6.2. Rechtliche Rahmenbedingungen	55
6.3. Gesundheit	57
6.4. Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen	58
6.5. Armut und soziale Ausgrenzung	59
6.6. Bildung und Spracherwerb	60
Schlusswort	62
Bibliographie	64

Vorwort

IOM Wien wurde vom österreichischen Bundesministerium für Inneres 2002 zum Nationalen Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk nominiert. Ziel des europaweiten Migrationsnetzwerkes ist es, eine systematische Basis zur Datenerfassung und Analyse von Migration und Asyl in den einzelnen europäischen Ländern zu bilden. Als Nationaler Kontaktpunkt sammelt IOM Wien österreichweit aktuelle Daten zu Migration und Asyl und führt weiterführende Forschung und Analysen zum Thema aus (vgl. <http://www.emn.at>).

Die vorliegende Publikation „*Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft*“ ist im Rahmen unserer Arbeit als Nationaler Kontaktpunkt Österreich entstanden und wird parallel von den anderen Kontaktpunkten in den jeweiligen Ländern im Europäischen Migrationsnetzwerk durchgeführt. Auftraggeber dieser Bestandsaufnahme jüngster Forschungsliteratur über den Einfluss von Immigration auf die einzelnen Segmente in den europäischen Gesellschaften ist die Europäische Kommission.

Die vorliegende Bestandsaufnahme ist das Resultat der engagierten und tiefen wissenschaftlichen Kooperation mit den untenstehend erwähnten Personen und dem stets wachsenden Netzwerk von österreichischen MigrationsforscherInnen, welche wir im Rahmen unserer Arbeit als Kontaktpunkt österreichweit zu verknüpfen suchen. Für diese angenehme und anregende Kooperation danken wir Ihnen und hoffen mit dem vorliegenden Band eine umfassende Bestandsaufnahme geliefert zu haben, die auch einer interessierten breiteren Öffentlichkeit einen Überblick über die existierende Forschungsliteratur und den Einfluss von Immigration in Österreich liefert.

Für Österreich lag die allgemeine wissenschaftliche Koordination der Studie bei Frau Mag. Sophie Hofbauer (IOM Wien), welche diese Aufgabe mit wissenschaftlicher Sorgfalt und der nötigen Umsicht geschickt gemeistert hat. Unterstützt wurde sie dabei von Frau Mag. Brigitte Schütz (IOM Wien), welche auch das Kapitel über die strukturellen Rahmenbedingungen verfasst hat und deren präzise wissenschaftliche Arbeit eine Bereicherung unserer Tätigkeiten ist. Dr. David Reisenzein (IOM Wien) hat erfolgreich die Erweiterung des Forschernetzwerkes im Bereich Asyl und Migration in Österreich betrieben, welches uns bei der Abfassung der Pilotstudie mit Publikationen und wissenschaftlichem Feedback zur Seite

gestanden ist. Mag. Yves Carl hat während seiner Tätigkeit als erster Researcher-in-Residence bei IOM Wien grundlegend an der Erstellung des Beitrags über die österreichische Migrationsgeschichte gearbeitet.

Frau Seena Moongananiyil, Frau Noelia Diaz und Herr Cristián Alejandro Ferreri haben in ihrer Zeit als Researcher-in-Residence bei IOM Wien die Pilotstudie durch Literaturrecherche, Zusammenstellung und Kommentierung der Bibliographie tatkräftig unterstützt.

Herr Dr. Bernhard Perchinig (Akademie der Wissenschaften, Kommission für Migrationsforschung) leistete wissenschaftliche Kontrollarbeit in Bezug auf die beiden Kapitel über den politischen und kulturellen Einfluss von Immigration und unterstützte den Bericht aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Migrationsforscher in Österreich. Der historische Teil der Studie wurde von ao. Univ. Prof. Dr. Michael John (Universität Linz, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte) auf inhaltliche Korrektheit und Vollständigkeit überprüft.

Als einziger Teil des Berichts wurde das wirtschaftliche Kapitel ausgelagert und zwar an Frau ao. Univ. Prof. Dr. Gudrun Biffl (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, WIFO), welche die Arbeit des Nationalen Kontaktpunkts seit den Anfängen inhaltlich begleitet hat. Wir danken ihr für die laufende Unterstützung unserer Arbeit und ihren präzisen wissenschaftlichen Input. Ihre Kollegin Frau Mag. Julia Bock-Schappelwein (WIFO) hat die kommentierte Bibliographie zum wirtschaftlichen Teil umfassend recherchiert und verfasst.

Ihnen allen gebührt unser Dank.

Dr. Erika Laubacher-Kubat

IOM Wien – Nationaler Kontaktpunkt Österreich

Kurzfassung

Die Pilotstudie *“Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft”* ist der Beitrag des Nationalen Kontaktpunkts Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) für das breit angelegte EU-Projekt, einen Bericht über den *“Einfluss von Immigration auf die europäischen Gesellschaften”* zu verfassen. Die Studie stellt einen ersten Versuch dar, an die tatsächlichen Auswirkungen von Immigration interdisziplinär heranzugehen und sie aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten. Dies geschah mit dem Bewusstsein, dass ein solches Unternehmen ein breites Spektrum an wissenschaftlichen Forschungsthemen und sich daraus ergebenden Fragestellungen mit sich bringt. Ziel war es, einen Überblick über den derzeitigen Stand an Sekundärliteratur in der Migrationsforschung zu geben sowie auf Forschungslücken hinzuweisen. Die Pilotstudie verfolgte zwei weitere Ziele: erstens, das bereits existierende Netzwerk von MigrationsforscherInnen und -expertInnen auf nationaler bzw. europäischer Ebene zu testen, und zweitens, die spezifischen Fragestellungen zu beantworten, auf die man sich innerhalb des Europäischen Migrationsnetzwerks geeinigt hatte. Die Vorgaben, was Inhalt und Länge betrifft, waren klar definiert, wobei ein gewisser Freiraum für die Charakteristika der jeweiligen Länder in Sachen Einwanderung gelassen wurde.

Wenn man die geographische Lage Österreichs und seine lange Einwanderungsgeschichte betrachtet, könnte man sagen, dass Österreich eine gewisse Tradition an Einwanderung hat. Bis heute ist dies aber weder von offizieller Seite anerkannt worden, noch ist es ins Bewusstsein der allgemeinen Öffentlichkeit vorgedrungen. Trotz der hohen Zuwanderung während der letzten Jahrzehnte aufgrund von Kriegen, politischen Aufständen in den ehemaligen kommunistischen Ländern oder der Rekrutierung ausländischer “Gastarbeiter” aus wirtschaftlichen Gründen, sieht sich Österreich nicht als Einwanderungsland.

Im österreichischen Verständnis wird Migration im Allgemeinen mit Arbeitsmigration gleichgesetzt, die in den frühen 1960er Jahren begann, als zusätzliche Arbeitskräfte benötigt wurden. Zunächst galten die ausländischen Arbeitskräfte als Garantie für das Wirtschaftswachstum. Das so genannte „Gastarbeiter“-System wurde eingeführt, das eine beachtliche Anzahl junger, meist männlicher Arbeiter vor allem aus Ex-Jugoslawien und der Türkei nach Österreich brachte, die das Land aber nach ein paar Jahren wieder verlassen sollten (auf Basis des so genannten „Rotationsprinzips“). Dieses Konzept ging jedoch nicht

auf; die Mehrheit entschloss sich dazu länger zu bleiben und Familienangehörige nach zu holen.

Während der 1980er bis 1992 stieg die Anzahl der ausländischen Wohnbevölkerung durch den Fall des Eisernen Vorhangs sowie den Krieg im ehemaligen Jugoslawien beträchtlich, aber auch – und das wird gerne vergessen – aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Notwendigkeit, ausländische Arbeitskräfte ins Land zu lassen. Der Zuwachs an ImmigrantInnen hatte auch Auswirkungen auf die österreichische Gesetzeslage. In den frühen 1990ern wurde das „Gastarbeiter“-System durch ein Quotensystem ersetzt, das jedes Jahr die Anzahl an Niederlassungsbewilligungen neu festlegt und somit als erste Konsequenz die Einwanderung nach Österreich reduzierte. Der unterschiedliche rechtliche Status ausländischer Arbeitskräfte gegenüber den inländischen bewirkte auch eine für Österreich neue soziale und ökonomische Schichtung, die zu Diskriminierungen in vielen unterschiedlichen Aspekten führte. Vom wirtschaftlichen Standpunkt her rückten nicht nur die hohen Zahlen, sondern vor allem die Zusammensetzung der Einwanderung ins Blickfeld. Die Immigration in Österreich veränderte sich im Lauf der Zeit vom reinen „Gastarbeiter“-System hin zu echter Zuwanderung. Heute hat sich die Mehrzahl der GastarbeiterInnen in Österreich niedergelassen, viele sind eingebürgert und zu einem fixen Bestandteil der österreichischen Bevölkerung geworden.

Die Migrationsforschung in Österreich muss aus dieser historischen Perspektive gesehen werden. Die institutionellen wie finanziellen Grundlagen sind hierzulande jedoch oft nicht ausreichend, und ein Problem, das im akademischen Diskurs in Bezug auf Immigration oft genannt wird, sind Unvollständigkeit, Mangel an Repräsentativität oder simples Nichtvorhandensein relevanter Daten. Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft ist noch nicht auf umfassende Weise untersucht worden, als dass all die unterschiedlichen Aspekte mitbeachtet worden wären. Sobald wir Statistiken und Zahlen zur Verfügung haben, die konkrete Ergebnisse zulassen, ist der tatsächliche Einfluss verhältnismässig einfach fest zu stellen. Aus diesem Grund gibt es relativ viel Literatur zu Themen, die einem bestimmten wirtschaftlichen Interesse entgegenkommen, aber wenn es darum geht die Frage zu beantworten, ob der Einfluss auch in einem kulturellen, politischen und sozialen Kontext spürbar ist, macht sich der große Mangel an Forschungsliteratur bemerkbar. Bis zu den 1990er Jahren, als auf politischer Ebene der soziale, wirtschaftliche und rechtliche Ausschluss von ImmigrantInnen mehr Relevanz gewann, waren

ImmigrantInnen nicht als soziale, politische und kulturelle AkteurInnen wahrgenommen worden. Leider war dieses Potential, das Immigration mit sich bringt, die längste Zeit hindurch für die politischen EntscheidungsträgerInnen, die Forschung sowie die österreichische Gesellschaft kaum von Interesse. Erst in den letzten Jahren hat sich eine langsame Veränderung bemerkbar gemacht.

1. Einleitung

1.1. Immigration im österreichischen Kontext: Terminologie und heutige Situation

Im Gegensatz zum öffentlichen Diskurs in Österreich, wo die Trennlinien zwischen den Begriffen „MigrantIn“, „GastarbeiterIn“, „AusländerIn“, „AsylwerberIn“ und „Flüchtling“ oft verwischt werden, wird im akademischen Diskurs klar zwischen diesen Gruppen unterschieden. Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal ist ihr rechtlicher Status, gefolgt von der Migrationsursache, die beispielsweise deutlich Flüchtlinge und AsylwerberInnen von den ehemaligen „GastarbeiterInnen“ trennt. In der Migrationssoziologie hat sich die Klassifizierung in die so genannte „erste Generation“ von EinwanderInnen und in deren Nachkommen, die „zweite und dritte Generation“, durchgesetzt. Der Unterschied liegt am Geburtstort und der Staatsbürgerschaft, die hierzulande relativ schwer zu bekommen ist, da in Österreich das „*ius-sanguinis*“ Prinzip gilt. Nach diesem Prinzip bekommt ein Kind bei der Geburt automatisch die Nationalität seiner Eltern, im Gegensatz zum „*ius-soli*“ Prinzip, bei dem das Geburtsland für die Staatsbürgerschaft ausschlaggebend ist. Dies ist unter anderem ein Grund für den beachtlichen Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung in Österreich, der relativ hoch ist, wenn man ihn mit den Anteilen anderer EU-Länder vergleicht: Mit einem Anteil von 8.9% AusländerInnen in der Wohnbevölkerung, ist Österreich zusammen mit Deutschland an vierter Stelle nach Luxemburg, Liechtenstein und der Schweiz (Volkszählung 2001; Lebhart 2003: 259).

Wie bereits erwähnt, ist die Staatsangehörigkeit das entscheidende Kriterium, wenn es darum geht, ob eine Person mit Migrationshintergrund dieselben Rechte und Pflichten hat wie österreichische StaatsbürgerInnen. Aufgrund der EU-Bürgerschaft genießen Angehörige der Mitgliedsstaaten in vielen Bereichen denselben rechtlichen Status wie ÖsterreicherInnen, im Gegensatz zu „Drittstaatsangehörigen“¹. Dieser rechtliche Status bringt jedoch beachtliche Unterschiede in den strukturellen Rahmenbedingungen mit sich, die sich erheblich auf die Lebensumstände der ausländischen Bevölkerung in Österreich auswirken können.

¹ Drittstaatsangehörige: Personen, die nicht BürgerInnen eines EU-Mitgliedsstaats sind (einschließlich der neuen Beitrittsländer ab 1. Mai 2004).

Die vorliegende Studie konzentriert sich auf Drittstaatsangehörige, die sich seit mehr als zwölf Monaten legal in Österreich aufhalten (*“long-term migrants”*). Wo es für das Verständnis bzw. die Korrektheit bezüglich statistischer Daten notwendig war, wurde zwischen der Bezeichnung “ImmigrantIn”, die sich hier nur auf Personen der ersten Generation bezieht, und „MigrantIn“ unterschieden, die auch Personen der zweiten und dritten Generation – ungeachtet der Staatsangehörigkeit – mit ein schließt. Der Schwierigkeit, eine einheitliche und immer zutreffende Bezeichnung zu finden, konnte auch hier keine Abhilfe geleistet werden.

AsylwerberInnen, Flüchtlinge, Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit sowie ausländische StudentInnen würden de facto auch unter die allgemeine Definition von „long-term migrants“ fallen, aber im österreichischen Diskurs wird unter „Migration“ hauptsächlich Arbeitsmigration verstanden. In der Sekundärliteratur findet man daher eine klare Unterscheidung zwischen Arbeits- und Fluchtmigration, wobei der Großteil der Studien ArbeitsmigrantInnen und nicht Flüchtlinge oder AsylwerberInnen behandelt.²

Was den derzeitigen Stand an ausländischer und im Ausland geborenen Bevölkerung in Österreich betrifft, stammen die letzten Daten von der Volkszählung 2001. Wie bereits erwähnt, beträgt der Anteil an AusländerInnen in der Gesamtbevölkerung 8.9% oder ca. 710.000 Personen (Stand von Mai 2001: 710.926). Der Prozentsatz an Männern (9.6%) ist höher als an Frauen (8.1%), was daraus resultiert, dass Männer noch immer fast 53% aller in Österreich lebenden AusländerInnen ausmachen. Angehörige der klassischen Herkunftsländer, das ehemalige Jugoslawien und die Türkei, machen fast zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung aus, die wichtigsten Gruppen davon StaatsbürgerInnen aus Serbien und Montenegro (133.000, 18.7%), der Türkei (127.000, 17.9%) und Bosnien-Herzegowina (108.000, 15.2%). Obwohl deutsche StaatsbürgerInnen die viertgrößte Gruppe bilden, ist der Anteil an EU-BürgerInnen in Österreich im Vergleich mit anderen EU-Ländern mit nur 14.9% (106.000 Personen) eher gering (Waldrauch 2003: 3).

Was den rechtlichen Status der Drittstaatsangehörigen in Österreich betrifft, regelt das österreichische Fremdenrecht drei unterschiedliche Bereiche: Einreise, Aufenthalt und

² Der tatsächliche Einfluss von AsylwerberInnen und Flüchtlingen in Österreich ist schwierig fest zu stellen, nicht nur aufgrund fehlender Daten und Untersuchungen, sondern auch aufgrund der derzeitigen, tiefgreifenden Änderungen im Asylwesen: das österreichische Asylsystem befindet sich im Moment im Stadium grundlegender Reform. Aus diesem Grund wurden AsylwerberInnen und Flüchtlinge in der vorliegenden Studie größtenteils ausgeklammert.

Beendigung des Aufenthalts (vgl. Circo/Vilics 2003). AusländerInnen sind in Österreich außerdem von zwei verschiedenen Gesetzen betroffen: dem *Fremdengesetz* und dem *Ausländerbeschäftigungsgesetz*. Circo/Vilics haben Folgendes festgestellt: “*Austria is implementing a highly restrictive policy in the area of labour migration, also when it comes to the different permits that one can be granted and to the conditions to be fulfilled for the granting thereof.*” (Circo/Vilics 2003: 16) Basierend auf dem Grundsatz “*Integration vor Neuzuzug*”, der Mitte der 1990er eingeführt wurde, besteht die Tendenz, ImmigrantInnen, die sich bereits seit über fünf Jahren legal im Land aufhalten von jenen zu trennen, die erst kürzer da sind. Das Fremdengesetz von 1997 sollte diesem Prinzip zum Durchbruch verhelfen, „d.h. einerseits die Neuwanderung noch strenger begrenzen und andererseits das Aufenthaltsrecht langfristig ansässiger Menschen auch bei Auftreten von Problemen absichern.“ (vgl. König/Stadler 2003: 231). Mehr in diesem Zusammenhang wird in den folgenden Kapiteln zu lesen sein.

1.2. Gesammeltes und analysiertes Material

Wie bereits erwähnt, verfolgte die vorliegende Studie “*Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft*” mehrere Ziele: erstens, relevante Sekundärliteratur der letzten sechs Jahre zur Thematik eines möglichen Einflusses von Immigration auf die österreichische Gesellschaft zu sammeln, und damit gleichzeitig einen Überblick über den Status Quo der Migrationsforschung in Österreich zu geben. Zweitens sollten die spezifischen Fragestellungen nach den Vorgaben des Europäischen Migrationsnetzwerks beantwortet werden, indem das Forschungsmaterial analysiert und interpretiert wurde. In Anbetracht der Fülle an bestehender Literatur und dem gleichzeitig eingeschränkten Platz musste das Gleichgewicht zwischen der Relevanz für die vorliegende Studie und der Vollständigkeit der Literaturübersicht geschaffen werden.

Dennoch liegt Österreich im Vergleich mit anderen EU-Ländern im Bereich wissenschaftlicher Forschung und akademischen Grundlagen zurück. August Gächter ist einer von vielen WissenschaftlerInnen, die den Mangel an Möglichkeiten für diesen Forschungszweig u.a. aufgrund der bis heute nicht erfolgten akademischen Verankerung kritisieren (vgl. Gächter 2000: 163).

Der “*Österreichische Migrations- und Integrationsbericht*” (Fassmann/Stacher 2003) muss an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden. Er wurde als Antwort auf das Defizit an

umfassender Information und Forschung zu Migrations- und Integrationsprozessen in Österreich“ konzipiert.³ Diese Publikation ist die neueste und umfassendste der letzten Jahre im Bereich der Migrationsforschung; ursprüngliches Ziel war es, Informationslücken langfristig zu schließen und den Bericht alle drei bis fünf Jahre zu erneuern.⁴ Der multidisziplinäre Bericht umfasst die letzten 20 Jahre an wissenschaftlicher Forschung und bringt Daten und Informationen zu rechtlichen, demographischen, ökonomischen Themen sowie zu Fremdenfeindlichkeit und Sicherheit. Weiters wird eine Übersicht über alle relevanten Lebensbereiche der ausländischen, in Österreich ansässigen Bevölkerung gegeben, welche von ExpertInnen der jeweiligen Bereiche abgedeckt wurden.

Die Art des für die vorliegende Studie gesammelten Materials ist je nach Forschungsbereich unterschiedlich. Während die Mehrheit der analysierten Literatur zu ökonomischen und politischen Themen Studien sind, die auf bereits existierende Daten (z.B. Volkszählung) bzw. eigens erhobene Studien zurückgreifen können, gestaltete sich die Suche nach Forschungsliteratur für den kulturellen Kontext als sehr schwierig. Nichtsdestotrotz lässt sich besonders in den Geisteswissenschaften ein Zuwachs an Diplomarbeiten beobachten, die die kulturellen Aspekte von Migration behandeln.

1.3. Probleme bei der Sammlung und der Analyse der Sekundärliteratur: Forschungslücken

Wie bereits erwähnt, ist der Mangel an relevanten Daten in Bezug auf Immigration ein Problem, das im akademischen Diskurs oft erwähnt wird. Gächter (2000) ist außerdem sehr kritisch, was die Methodologie der Migrationsforschung in Österreich anbelangt. Indem er vier Studien über die erwartete Anzahl an ZuwanderInnen bzw. PendlerInnen nach Eintreten der Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen im Rahmen der EU-Osterweiterung untersuchte, wollte er zeigen, dass die Ergebnisse dieser Studien aufgrund methodologischer Unzulänglichkeiten und Probleme mit den Daten wertlos sind.

Wie bereits anfangs erwähnt, gibt es zahlreiche Forschungslücken. Ökonomische Wirkungsanalysen im Bereich der Migrationen konzentrieren sich auf monetäre, am Markt messbare, Effekte. Das ist auch in Österreich der Fall. Viele Faktoren, die die materielle

³ Vgl. <http://www.icmpd.org/default.asp?nav=research&folderid=-1&id=101>, Zugriff im Juli 2004.

⁴ Diese Publikation wurde vom österreichischen Innenministerium sowie dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur finanziert und basiert auf einem früheren Forschungsbericht des „International Centre for Migration Policy Development“.

Wohlfahrt einer Gesellschaft bestimmen, die aber nicht über den Markt organisiert werden, werden nicht berücksichtigt. In Österreich konzentriert sich die Forschung auf die Analyse des Effekts der Zuwanderung auf das Wirtschaftswachstum, die Produktivität und den technischen Fortschritt sowie den Arbeitsmarkt – insbesondere ihren Beitrag zur Arbeitsmarktsegmentation, ihren Effekt auf die Beschäftigungschancen der Einheimischen, ihren Einfluss auf Löhne und Arbeitslosigkeit. In jüngerer Zeit wird dem Einfluss der Zuwanderung auf das Wohlfahrtssystem vermehrt Augenmerk geschenkt, insbesondere den Implikationen für das System der sozialen Sicherheit.

In den letzten Jahren gewinnt die Debatte um die Zuwanderung eine neue Dimension im Zusammenhang mit der demographischen Alterung der Bevölkerung. Dabei wird der Frage nachgegangen, welche Rolle Migrationen bei der Sicherstellung des Pensionssystems spielen können. Ein weiterer Aspekt der jüngeren Migrationsforschung resultiert aus dem raschen technologischen Wandel und der Verknappung gewisser höherer Qualifikationen im Gefolge des Älterwerdens der Gesellschaft; über die Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften erhofft man sich einen Beitrag zur Lösung dieses Problems; Migrationen werden somit als wichtiger Faktor in der Sicherstellung der Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums gesehen (Biffel 1998, Biffel/Walterskirchen 2001).

Die Rolle der MigrantInnen als KonsumentInnen, ihr Einfluss auf Inflation und Zahlungsbilanz hat in Österreich im Gegensatz zum Ausland kaum Augenmerk in der Forschung gefunden.

Wenn es um politische Themen und die Frage, ob die Partizipation von ImmigrantInnen in politischen Parteien, Gewerkschaften und anderen politischen Organisationen einen Einfluss hat, stehen uns nur wenige Untersuchungen zur Verfügung. Waldrauch/Sohler erklären diese Lücke anhand der Tatsache, dass MigrantInnen bis in die 1990er nicht als soziale und politische AkteurInnen wahrgenommen wurden, bis ihr sozialer, wirtschaftlicher und rechtlicher Ausschluss an Relevanz im politischen Diskurs gewann (2003: 13). In Österreich existieren nur wenige international vergleichende Studien über die politische Integration von ImmigrantInnen. Weder gibt es Studien über die Rolle und den Einfluss von ImmigrantInnen in den politischen Parteien, noch zur transnationalen politischen Mobilisierung von Immigrantengruppen.⁵ Traditionsgemäß war das politische Potential von EinwanderInnen für

⁵ Aufgrund der Tatsache, dass Drittstaatsangehörige nur an Wahlen der Arbeiterkammer und den Ausländerbeiräten teilnehmen können, und keine Daten zur politischen Partizipation von eingebürgerten

die politischen EntscheidungsträgerInnen und die ForscherInnen nicht von Interesse; erst seit kurzem machen sich Veränderungen auf diesem Gebiet bemerkbar. Aufgrund der wachsenden Zahlen von Einbürgerungen haben die Parteien nun das Potential der ausländischen Wählerstimmen entdeckt und angefangen, eingebürgerte ZuwanderInnen auf ihre Listen zu setzen (vgl. Kutzenberger/Matzka 2003).

Das Kapitel, das noch am wenigsten wissenschaftlich erforscht ist, ist der kulturelle Kontext. Hier war es aufgrund des nicht-vorhandenen Forschungsmaterials nur möglich, einige wenige Initiativen aufzuzeigen, die teilweise dokumentiert sind. Der Diskurs bleibt daher auf eine allgemeine Diskussion über den Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft beschränkt und vernachlässigt den Input von ImmigrantInnen zur Entwicklung von Kultur, den Medien und der Kunst. Die Thematik der kulturellen Vielfalt und des Multikulturalismus hat dennoch ihren Eingang in die österreichische Debatte gefunden. In den letzten Jahren hat dieses Thema im wissenschaftlichen Milieu auf der einen Seite, und bei der offiziellen Integrationspolitik auf der anderen Seite beachtliches Interesse geweckt. Trotz dieses wachsenden Interesses für kulturelle Vielfalt bei ForscherInnen, ist in Österreich bis heute nur sehr wenig empirische Forschung in diesem Bereich durchgeführt worden. Der Einfluss auf Essen, Kunst, Sport und Mode ist kaum noch erörtert worden, wobei es interessant ist zu erwähnen, dass es mehrere Beiträge im Bereich der Medien gibt. Manchmal stehen diese im Zusammenhang mit Untersuchungen zur Partizipation ethnischer Minderheiten im Mediensektor.

Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass ImmigrantInnen noch nicht ihren Platz im öffentlichen Bild der „österreichischen Kultur“ gefunden haben und ein an den Rand gedrängtes Dasein führen. Eine sorgfältige empirische Evaluierung des Einflusses von Immigration auf das kulturelle Leben in Österreich würde nicht nur helfen, diese Marginalisierung zu überwinden, sondern könnte auch zu einem realistischeren öffentlichen Bild gegenwärtiger österreichischer Kultur führen. Zusammenfassend kann man sagen, dass der Einfluss von Immigration im kulturellen Kontext im Vergleich zu anderen Bereichen ein weitgehend unerforschtes Forschungsgebiet darstellt.

ImmigrantInnen zur Verfügung stehen, ist es hier nicht möglich im Detail über die politische Mobilisierung dieser Gruppe zu sprechen.

Ein Themengebiet, wo mehr Material gefunden werden kann, ist der Bereich der Integration. Parallel zum Europäischen Migrationsnetzwerk ist ein Integrationsnetzwerk auf europäischer Ebene im Entstehen, das für Österreich im Bundesministerium für Inneres angesiedelt ist und mit dem der Nationale Kontaktpunkt Österreich kooperiert. Zwei abschließende Bemerkungen können dem allgemeinen Problem mangelnder Sekundärliteratur hinzu gefügt werden: die Genderperspektive wird – bis auf wenige Ausnahmen – in hohem Ausmaß vernachlässigt und Forschung, die den Blickwinkel der ImmigrantInnen selber einnimmt und deren Meinung wiedergibt, ist zu einem Großteil noch immer nicht vorhanden.

2. Überblick über die Einwanderungsgeschichte Österreichs (1945-2004)⁶

(in Konsultation mit ao. Univ. Prof. Dr. Michael John, Universität Linz, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte)

Betrachtet man die wissenschaftliche Literatur über die österreichische Einwanderungsgeschichte seit dem zweiten Weltkrieg, so stehen einige Studien von SoziologInnen und PolitikwissenschaftlerInnen zur Verfügung. Der wichtige Bereich der Arbeitsmigration, die in den 1960er Jahren begonnen hat, ist jedoch bis heute nicht im Blickfeld der geschichtlichen Forschung. Ohne Frage mangelt es an Studien aus historischer Perspektive, ferner gibt es kaum Forschungsarbeiten, die die Zuwanderung nach Österreich über einen längeren Zeitraum von der Zeit der industriellen Revolution bis heute untersuchen (vgl. John 1996; Kraler/Stacher 2002).

2.1. Die Nachkriegszeit und die Polarisierung Europas

Nach dem zweiten Weltkrieg lebten ungefähr 1,4 Mio. AusländerInnen in Österreich, darunter auch ehemalige ZwangsarbeiterInnen, Vertriebene, Kriegsgefangene und Kriegsflüchtlinge. Die Repatriierung und Umsiedlung der ausländischen Zivilbevölkerung begann jedoch schon bald nach Kriegsende. Dennoch blieben viele Männer und Frauen, die meisten unter ihnen Volksdeutsche, Exilanten und Flüchtlinge aus Ost- und Südosteuropa in Österreich (1948: 465.000) (vgl. Stieber 1995). Diese dienten später als Ersatz für eine in westeuropäischen Ländern stattfindende Entwicklung während des Konjunkturaufschwungs in den 1950er

⁶ Aufgrund des Platzmangels wird die Einwanderungsgeschichte im Folgenden nur in ihren Grundzügen dargestellt.

Jahren. In Österreich begann eine nennenswerte Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte erst in den 1960er Jahren (John 2003: 5-6). Aufgrund seiner geographischen Grenzen zu drei osteuropäischen Staaten und vor dem Hintergrund einer zur damaligen Zeit liberalen Asylpolitik, wurde Österreich zu einem wichtigen Zielland für Flüchtlinge aus den kommunistischen Ländern.

In diesem Rahmen sind drei wesentliche Flüchtlingsströme als Folge politischer Krisen in den kommunistischen Staaten hervorzuheben: 1956 kamen als Folgeerscheinung des Volksaufstands in Ungarn und dessen Niederschlagung mehr als 180.000 ungarische Flüchtlinge nach Österreich. Während der Großteil dieser Flüchtlinge bald in andere westliche Staaten weiterwandern konnte, bekamen ungefähr 20.000 von ihnen Asyl in Österreich. Infolge der Ereignisse des Prager Frühlings im Jahre 1968 reisten rund 162.000 TschechoslowakInnen nach Österreich ein. Von diesen kehrte ein großer Teil wieder in die Heimat zurück, viele wanderten in andere westliche Staaten weiter. Über die Anzahl der in Österreich verbliebenen tschechoslowakischen StaatsbürgerInnen gibt es lediglich Schätzungen. Infolge der Unterdrückung der „solidarnosc“-Bewegung und der Verhängung des Kriegsrechts in Polen in den Jahren 1981 und 1982 kamen ungefähr 150.000 PolInnen nach Österreich, wovon wiederum die Mehrheit Transitflüchtlinge waren (Jandl/Kraler 2003: 2; Reiz 2003; Zierer 1995; Vales 1995).

2.2. Die Einwanderung der so genannten „Gastarbeiter“ (1960er-1980er)

Die Auswanderung österreichischer Arbeitskräfte nach Deutschland und in die Schweiz verstärkte während der 50er Jahre den Mangel an Arbeitskräften in Österreich. Das „Raab-Olah-Abkommen“ zwischen Bundeswirtschaftskammer und Gewerkschaftsbund im Jahre 1961 bildete den Grundstein für die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in den folgenden Jahrzehnten (Böse/Haberfellner/Koldas 2001: 3-4). Gestützt auf bilaterale Abkommen zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wurden von eigens dafür eingerichteten Büros die Rekrutierung von Arbeitskräften und deren Anreise nach Österreich vor Ort organisiert. Das erste Anwerbeabkommen wurde 1962 mit Spanien geschlossen, 1964 mit der Türkei und schließlich zwei Jahre später mit dem ehemaligen Jugoslawien, wobei nur die beiden letzten zu einer quantitativ bedeutsamen Zuwanderung von Arbeitskräften führten.

Zwischen 1961 und 1972 wanderten netto etwa 265.000 ImmigrantInnen nach Österreich ein, ein großer Teil zwischen 1969 und 1973 (Münz/Zuser/Kytir 2003: 22). 1973 waren 78.5% der GastarbeiterInnen jugoslawische Staatsangehörige gefolgt von 11.8% türkischen Staatsangehörigen (Biffl 1995, Tabellen 11 und 12). Wesentliches Prinzip des „Gastarbeiter“-Systems war die Rotation der Arbeitskräfte: Die GastarbeiterInnen sollten nach einigen Jahren Beschäftigung in Österreich wieder nach Hause zurückkehren und bei Bedarf durch neue Arbeitskräfte aus dem Ausland ersetzt werden. In der Praxis funktionierte dieses System jedoch nicht wie geplant, denn viele GastarbeiterInnen ließen sich dauerhaft in Österreich nieder.

Die Jahre 1974 und 1975 markierten schließlich einen Wendepunkt in der österreichischen Einwanderungspolitik (vgl. Parnreiter 1994): Die internationale Wirtschaftskrise sowie die Tatsache, dass ÖsterreicherInnen, die im Ausland arbeiteten, nach Österreich zurückkehrten, führte zu einem verstärkten Wettbewerb am Arbeitsmarkt. Von politischer Seite verfolgte man das Ziel, die Anzahl der GastarbeiterInnen in Österreich zu reduzieren und viele zur Rückkehr in die Heimat zu bewegen. Wie zuvor die Schweiz und Deutschland verkündete auch Österreich einen Anwerbestopp neuer ausländischer Arbeitskräfte. Darüber hinaus wurde 1975 das Ausländerbeschäftigungsgesetz vom Parlament verabschiedet, das österreichischen StaatsbürgerInnen grundsätzlich Vorrang am Arbeitsmarkt einräumt. Dieses Gesetz sah etwa vor, dass ein/e ausländische/r ArbeitnehmerIn erst nach acht Jahren Beschäftigung einen so genannten „Befreiungsschein“ erhalten konnte, der ihm/ihr uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt garantierte. Die Anzahl der ausländischen Beschäftigten ging zwischen 1974 und 1984 um rund 40% zurück. Die Zahl der AusländerInnen in der Wohnbevölkerung blieb jedoch nahezu konstant, weil die Rückwanderung vieler GastarbeiterInnen durch den Familiennachzug weitgehend kompensiert wurde (Münz/Zuser/Kytir: 23).

2.3. Die Entwicklung in den 1990ern

Zwischen 1989 und 1993 verdoppelte sich die Anzahl der in Österreich lebenden Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit von 387.000 Personen auf 690.000. Als Gründe hierfür sind der Fall des Eisernen Vorhangs, die Kriege im ehemaligen Jugoslawien sowie eine erhöhte Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften als Folge des Konjunkturaufschwungs anzuführen. In der Folge stieg der Anteil der ImmigrantInnen an den unselbständig

Beschäftigten von 5.9% im Jahr 1988 auf 9.1% im Jahre 1993. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Arbeitslosen (Jahresdurchschnitt) von 149.200 (davon 10.000 AusländerInnen) auf 195.100 (davon 27.100 AusländerInnen). Der Wanderungssaldo betrug 1989 bereits +64.600, in den folgenden drei Jahren lag er jeweils bei über +80.000 (Münz/Zuser/Kytir 2003: 25-26).

Neben der Immigration aus den früheren kommunistischen Regimen kamen 60% dieser ImmigrantInnen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei. 1990 beschlossen die Regierungsparteien die Einführung einer Quote für ausländische Arbeitskräfte („Bundeshöchstzahl“), definiert als ein maximaler Anteil von ausländischen Arbeitskräften am gesamten Arbeitskräftepotential. Die jährlich festgesetzten Quoten schwankten zwischen 8 und 10% des Arbeitskräftepotentials (Böse/Haberfellner/Koldas 2001: 5). Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien wurde in Österreich wie auch in anderen europäischen Staaten als „De-Facto-Flüchtlinge“ außerhalb des normalen Asylverfahrens vorübergehend Aufenthalt gewährt.

In den Jahren 1992/1993 wurde durch die Begrenzung des Neuzuzugs aus dem Ausland durch die damalige SPÖ-ÖVP-Regierung eine entscheidende Wende in der Zuwanderungspolitik in Form neuer Gesetze eingeleitet. Das „Gastarbeiter“-System wurde durch ein Quotensystem für neue Niederlassungsbewilligungen ersetzt, wodurch der Wanderungssaldo kontinuierlich zurückging. Zwischen 1993 und 2001 betrug die Nettozuwanderung 159.000 Personen, was bedeutet, dass es während dieser Zeit ein Wanderungsplus von im Durchschnitt nicht mehr als 20.000 Personen pro Jahr gab (Münz/Zuser/Kytir 2003: 27).

2.4. Jüngste Entwicklungen und aktuelle Situation

Die Jahre zwischen 1997 und 2002 waren charakterisiert durch einen deutlichen Anstieg an Asylanträgen, abgesehen von einem vorübergehenden Rückgang im Jahr 2000. Während 1997 nur 6.719 Personen einen Asylantrag stellten, stieg die Anzahl im Jahr 2002 auf 39.354 Anträge, die Anzahl hat sich in diesem Zeitraum also fast versechsfacht. Im Jahr 2003 fiel die Anzahl der Asylanträge schließlich auf 32.364. Die Anerkennungsquote stieg im selben Zeitraum stetig von 8.1% im Jahre 1997 auf 28.4% im Jahr 2003. Im Jahr 1999 betrug die Anerkennungsquote sogar 50.7%, zu einem großen Ausmaß bedingt durch die Kosovokrise. Im Jahr 2004 wurde eine Bund-Länder-Grundversorgungsvereinbarung geschlossen,

basierend auf Art. 15a der österreichischen Bundesverfassung (B-VG), die die Bundesländer in der Versorgung der AsylwerberInnen in ihre Pflicht nimmt und seit ihrem Inkrafttreten zu Spannungen zwischen der Bundesregierung und einzelnen Landesregierungen geführt hat.

Im Jahr 2000, nach 13 Jahren Großer Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, ging die ÖVP eine Koalition mit der FPÖ ein, wobei die Einschränkung der Zuwanderung zu den Hauptforderungen der FPÖ zählte, was sich auch in den Wahlkämpfen gezeigt hat (John 2003: 25). Während in den letzten Jahren der Großen Koalition 298.000 ausländische Beschäftigte offiziell registriert waren, ist diese Anzahl seither aber kontinuierlich gestiegen und erreichte im Juli 2004 mit 379.000 ausländischen Beschäftigten einen neuen Höhepunkt (Statistische Übersichten 2004). Diese Entwicklung kann einerseits mit der EU-Mitgliedschaft Österreichs begründet werden (vor allem die Anzahl der ausländischen Beschäftigten aus EU-Mitgliedstaaten ist gestiegen), weil die Entwicklungen auf europäischer Ebene den nationalen Spielraum in der Begrenzung der Zuwanderung eingeschränkt haben. Andererseits ist diese Steigerung auch durch die Ausweitung und Erleichterung der Saisonbeschäftigung von AusländerInnen bedingt, die bis zu einem Jahr arbeiten und nach einer zweimonatigen Pause wieder um eine neue befristete Beschäftigung ansuchen können.

Als Folge der Globalisierung ist auch die Anzahl der ImmigrantInnen aus außereuropäischen Staaten im Steigen begriffen (vgl. Statistik Austria, Volkszählung 2001). Die letzte Volkszählung des Jahres 2001 zeigt außerdem, dass bereits 12.5% der Wohnbevölkerung im Ausland geboren wurden, was bedeutet, dass Österreich darin über einen höheren Anteil als das klassische Einwanderungsland USA verfügt. Ein weiterer Trend ist die steigende Anzahl der Einbürgerungen. Im Jahr 2003 zählte die Statistik Austria einen „Einbürgerungsrekord“: seit den 50er Jahren wurde erstmals wieder mehr als 40.000 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen (genaue Zahl: 44.694 Personen). Eine ähnlich hohe Zahl wird für das Jahr 2004 erwartet – im ersten Halbjahr 2004 wurden bereits 21.586 ImmigrantInnen eingebürgert (vgl. www.statistik.at). Çinar betont jedoch, dass diese hohe Zahl nicht durch eine liberalere Einbürgerungspolitik bedingt ist, sondern vor allem durch die Tatsache, dass viele ImmigrantInnen, die unter normalen Umständen nach etwa 10 Jahren die Staatsbürgerschaft bekommen können, schon lange in Österreich niedergelassen sind (Waldrauch/Çinar 2003: 282). Aus einer demographischen Perspektive wird also deutlich, dass Österreich ein Einwanderungsland ist, während von Seite der Politik an der gegenteiligen Überzeugung festgehalten wird: *„The official line continuous to be that Austria is not a*

traditional country of immigration, and recent immigration policies reflect that ambivalence. On the one hand, there is the curtailment of traditional labor migration and family reunification programs that followed public discontent over immigration in the early 1990s. Added to the mix since that time are new integration measures, the country's accession to the EU and its regime of more open borders, and the admission of thousands of temporary seasonal workers.” (Jandl/Kraler 2003: 7)

Die Geschichte der GastarbeiterInnen-Einwanderung zeigt aber, dass eine vorübergehende Zuwanderung trotz gegenteiliger Intention auch dauerhaft werden kann und Größe und Zusammensetzung der ImmigrantInnenbevölkerung eines Staats beeinflussen kann (vgl. Jandl/Kraler 2003). „*Looking ahead, immigration appears likely to continue to capture the attention of both public and policy makers for many decades to come.*“ (Jandl/Kraler 2003: 7). Unter Berücksichtigung der Einwanderungstrends der letzten 15 Jahre erwarten ForscherInnen wie etwa Rainer Münz für die Zukunft eine junge Bevölkerung mit multiethnischem Hintergrund in viel größerem Ausmaß, als es in Österreich jemals der Fall war (Münz 2003: 59).

3. Der Einfluss der Zuwanderung auf Österreichs Wirtschaft

(Autorin: ao. Univ. Prof. Dr. Gudrun Biffl, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung)

3.1. Steuern, Pensionen und Wohlfahrtssystem⁷

Fragen zu den Kosten und Nutzen der Zuwanderung, insbesondere dem Einfluss der Migrationen auf Sozialschutzsysteme, waren in den frühen Jahren der Zuwanderung kein Thema. Damals, d.h. in den 1960er und frühen 1970er Jahren, war Arbeitskräftemangel das Hauptproblem. Zur Verringerung der Arbeitskräfteknappheit wurden ausländische Arbeitskräfte angeworben, damit Wachstumschancen wahrgenommen werden konnten; sie waren im besten erwerbsfähigen Alter und kamen meist ohne Familienanhang nach Österreich. Es war für jedermann offensichtlich, dass die ZuwanderInnen mehr in das Sozialversicherungssystem einzahlten als sie herausnahmen.

⁷ Wohlfahrtssystem: umfasst beitragspflichtige Sozialversicherungsprogramme, die eine Absicherung gegenüber Einkommensverluste oder unerwartete Kosten infolge von Krankheit und Unfall, Alter oder Erwerbsunfähigkeit sowie Arbeitslosigkeit darstellen; ebenso wie sozialpolitische Leistungen, die aus Steuern finanziert werden, wie Gesundheitspflege, Renten, Sozialhilfe sowie andere Leistungen, deren Erbringung im öffentlichen Interesse ist.

Die Situation änderte sich in den 1980er Jahren zunächst graduell, gegen Ende der 1980er und in den frühen 1990er Jahren infolge einer Kombination von Faktoren vermehrt. Die Frage nach den Kosten und dem Nutzen der Zuwanderung stellte sich, als sich in den frühen 1980er Jahren das Wirtschaftswachstum verlangsamte und gleichzeitig das inländische Arbeitskräfteangebot infolge des Eintritts der Babyboom-Generation in das Erwerbsleben merklich anstieg. Die Arbeitslosigkeit begann ihren Höhenflug, zusätzlich angetrieben von einem rascheren technologischen und wirtschaftlichen Strukturwandel im Gefolge der vermehrten Einbindung Österreichs in eine zunehmend globale Wirtschaft. Aber nicht nur die veränderten Angebots- und Nachfragebedingungen am Arbeitsmarkt waren Auslöser für diese Fragestellung, sondern auch der geänderte Charakter der Zuwanderung. Aus der kurzfristig angelegten Arbeitsmigration war eine echte Einwanderung geworden; Familienangehörige waren nachgezogen mit dem Ziel der Niederlassung in Österreich. Obendrein strömten zunehmend AsylwerberInnen und Flüchtlinge nach Österreich, wobei der Höhepunkt im Gefolge des Zerfalls des früheren Jugoslawien in den frühen 1990er Jahren erreicht wurde (Fernández de la Hoz/Pflegerl 1999, Fassmann/Stacher 2003, Hintermann 2000, Gürses/Kogoj/Mattl 2004, Walterskirchen 1998).

In den 1990er Jahren machte man sich nicht nur ob der großen Zahl der ZuwanderInnen Gedanken, sondern vor allem auch ob deren im Schnitt unterdurchschnittlichen Qualifikation und ob des hohen Anteils humanitärer Zuwanderung. Die Frage nach der Kosten-Nutzen-Relation der Einwanderung gewann in den 1990er Jahren obendrein noch an Brisanz, da das Wohlfahrtssystem in den 1960er und 1970er Jahren stark ausgebaut worden waren, und die Finanzierbarkeit angesichts der Alterung der Gesellschaft und der steigenden Arbeitslosigkeit nicht ohne Qualitätsverlust sichergestellt schien. Das war der Hintergrund für die Untersuchung des Effekts der Migrationen auf das österreichische Wohlfahrtssystem in den 1990er Jahren (Biffl et al. 1998, Biffl et al. 1997, Biffl 1997). Die Forschungsergebnisse legen nahe, dass sich die Einzahlungen der MigrantInnen in das Sozialversicherungssystem und die Auszahlungen an sie in Summe in den 1990er Jahren mehr oder weniger die Waage hielten. In den Analysen wird der Einfluss auf die verschiedenen Komponenten des Sozialschutzes untersucht, etwa die Arbeitslosenversicherung, Wohnbauförderung, Familienbeihilfen, Pensionen, die Gesundheitsversorgung und das Bildungssystem.

MigrantInnen zahlen in das Wohlfahrtssystem vor allem in der Form von Sozialversicherungsbeiträgen sowie Lohn- und Mehrwertsteuern ein. Da MigrantInnen im

Schnitt ein geringeres Jahreseinkommen als Einheimische haben – in den 1990er Jahren etwa 85% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts – lagen ihre Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuern unter dem gesamtwirtschaftlichen Schnitt, infolge der progressiven Besteuerung um 24%. Das Jahreseinkommen der MigrantInnen liegt infolge einer Reihe von Faktoren unter dem der Einheimischen: sie sind im Schnitt schlechter qualifiziert, ihre Beschäftigung ist auf Niedriglohnbranchen konzentriert, sie sind häufiger als der Schnitt der Bevölkerung Saisonarbeitskräfte, und sie gehören relativ selten zur Kernbelegschaft der Betriebe, d.h. sie kommen kaum in den Genuss betriebsinterner Aufstiegsmöglichkeiten (Insider-Outsider Problem, Genaueres in Biffl 2000).

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind Teil der Sozialversicherungsbeiträge. Da MigrantInnen im Wesentlichen in Niedriglohnbranchen und -tätigkeiten arbeiten, liegen ihre Beiträge zum Arbeitslosenversicherungsfonds unter dem gesamtwirtschaftlichen Schnitt – und zwar um 16.3% zwischen 1989 und 1999. Die Auszahlungen aus dem Arbeitslosenversicherungsfonds, in Form aktiver und/oder passiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, liegen etwas über dem gesamtwirtschaftlichen Schnitt. Das ist im Wesentlichen die Folge der überdurchschnittlichen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit; sie resultiert nicht nur aus der Beschaffenheit der Jobs, die MigrantInnen vorzugsweise innehaben, sondern auch aus dem Beschäftigungsschutz der InländerInnen. Letzterer ist im Arbeitsrecht verankert und geht auf die 1930er Jahre zurück. Dem Inländerschutzgedanken zufolge ist im Fall eines Beschäftigungsabbaus bei gleichartiger Tätigkeit die ausländische Arbeitskraft vor der inländischen zu kündigen.

Die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeitsepisode ist unter den AusländerInnen geringer als unter den Einheimischen, da nur Personen mit einem Befreiungsschein oder einem Niederlassungsnachweis den InländerInnen gleichgestellt sind, d.h. Anspruch auf Notstandshilfe haben. Dieses Faktum erklärt, warum die Auszahlungen im Bereich der Arbeitslosenunterstützung zwischen Aus- und InländerInnen pro Kopf im Schnitt nur geringfügig auseinander liegen. Im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit zahlen MigrantInnen mehr in den Wohnbauförderungsfonds ein, als sie herausbekommen. Da der Wohnbau in der Zuständigkeit der Länder liegt, gibt es keinen gesamtwirtschaftlichen Überblick über die Fördermaßnahmen im Wohnungsbereich differenziert nach In- und AusländerInnen. In einigen Bundesländern haben AusländerInnen Zugang zu Fördermaßnahmen oder Gemeindewohnungen, in anderen nicht. Ein Einblick in die Nettorechnung ist infolge der

Zersplitterung der Information kaum zu gewinnen (Czasny/Hartig/Schöffmann 1999, Deutsch/Spielauer in Biffl et al. 1997, Biffl et al. 2002).

Was das öffentliche Pensionssystem anbelangt, werden Auszahlungen nicht nach Staatsbürgerschaft unterschieden. Wenn Pensionen ins Ausland überwiesen werden, können sie an ÖsterreicherInnen im Ausland ebenso gerichtet sein, wie an AusländerInnen, die in ihre Ursprungsländer zurückkehren. MigrantInnen verbringen aber zunehmend ihre Pension in Österreich⁸, eine Folge der Niederlassung und Einbürgerung. Die erste Welle der ZuwanderInnen kommt gegen Ende der 1990er Jahre zunehmend in den Genuss der Pension. Eine Nettorechnung der Ein- und Auszahlungen ist im Bereich der Pensionen besonders schwierig, da die Zahlungsströme zeitlich weit auseinander liegen.

Eine Antwort auf die Frage der Größenordnung des Netto-Effekts der Zuwanderung auf Sozialbudgets, die zu jeder Zeit und in jeder Konstellation Gültigkeit hat, kann nur unter ganz bestimmten Annahmen gegeben werden. Das ist damit zu erklären, dass der Effekt von der Struktur der Zuwanderung (Alter, Geschlecht, Qualifikation, migrationspolitischer Status) zum Zeitpunkt der Zuwanderung ebenso abhängt wie von der Entwicklung des Einkommens und der Familiensituation während des Aufenthalts sowie von der Lebenserwartung. Partialanalysen heben den einen oder anderen Aspekt hervor, meist ohne die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen. Dadurch kann ein falscher Eindruck über den gesamtwirtschaftlichen Effekt entstehen. Zeitpunktbezogene Querschnittsanalysen sollten um Longitudinaldaten ergänzt werden. In überlappenden Generationsmodellen wird auf die Kinderzahl, die Nutzung des Bildungs- und Gesundheitssystems, das Einkommen, ebenso eingegangen wie auf die Lebenserwartung, da all diese Aspekte ausschlaggebend für das Kosten-Nutzen-Kalkül im Lebenszyklus von Einheimischen und MigrantInnen sind. Ausgeglichen ist das System nur dann, wenn die Einzahlungen und Auszahlungen über den Lebenszyklus hinweg ausgeglichen sind. Wenn ZuwanderInnen z.B. eine geringe Kinderzahl über den Lebenszyklus haben, gleichzeitig ein hohes Einkommen, ist im Laufe der Erwerbsphase der Nettozahlereffekt ins Sozialbudget offensichtlich. Bei Antritt der Pension und langer Lebenserwartung kann sich der positive Nettozahlereffekt hingegen ins Gegenteil umkehren; der tatsächliche Effekt kann daher nur aus Longitudinaldaten empirisch nachgewiesen werden.⁹

⁸ Das geht aus der geringen Zahl der Penionsüberweisungen in die Länder der Gastarbeiterzuwanderung hervor.

⁹ Simulationen dieser Art werden jüngst auch in Österreich vorgenommen. Siehe Karin Mayr (2004).

Wenn wir uns die Struktur der Zuwanderung nach Österreich vor Augen führen, zahlen MigrantInnen derzeit im Schnitt etwa gleich viel in die Sozialbudgets ein, als sie herausnehmen. Das sollte angesichts der vergleichsweise geringen Umverteilungswirkung des österreichischen Sozialversicherungssystems, das auf Beitragszahlungen aufbaut, auch nicht sonderlich überraschen. MigrantInnen haben im Schnitt eine höhere Fertilität als Einheimische; die daraus abzuleitenden Mehrausgaben für Kinderbeihilfen werden mehr als kompensiert durch die vergleichsweise geringe Nutzung der Bildungsinfrastruktur¹⁰ (Biffl/Bock-Schappelwein in Fassmann/Stacher 2003, Biffl 2004b).

Was den Gesundheitszustand der MigrantInnen anbelangt, ändert sich die Bilanz im Lebenszyklus – sie sind zum Zeitpunkt der Zuwanderung im Schnitt gesünder als die ÖsterreicherInnen; nach längerem Aufenthalt in Österreich verlieren sie diesen Bonus und werden in höherem Alter zu einer gesundheitlich gefährdeten Personengruppe. Der geringe Bildungsgrad der MigrantInnen und die starken physischen, mentalen und auch psychischen Belastungen am Arbeitsmarkt dürften die wesentlichen Erklärungsfaktoren für die vergleichsweise schwache Gesundheit älterer MigrantInnen in Österreich sein.

Dieser Erkenntnis zufolge sollte die Aufmerksamkeit der Arbeitsmedizin und der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung vermehrt auf den Einfluss der Arbeit auf Gesundheit und Widerstandskraft der Menschen im Lebenszyklus gelenkt werden. Ein Umdenken in der Organisation der Arbeit (Alternsbewusste Beschäftigung), z.B. Jobrotation, flexible Arbeitsorganisation und Arbeitszeit, mit steigendem Alter Verringerung der Nachtschicht, könnte einen Beitrag zur Verringerung der Gesundheitsprobleme älterer Arbeitskräfte leisten. Angesichts des hohen Anteils von Hilfs- und AnlernarbeiterInnen unter den MigrantInnen dürfte eine Verbesserung der Gesundheitssituation älterer MigrantInnen eine besondere Herausforderung darstellen. (Biffl 2003a)

Der vergleichsweise schlechte Gesundheitszustand älterer MigrantInnen weist auf eine weitere Facette der gesellschaftlichen Herausforderung hin, die in der Zurverfügungstellung einer angemessenen Gesundheitsversorgung für eine älter werdende Bevölkerung liegt. Sie

¹⁰ Den Kostenersparnissen im Bildungsbereich stehen allerdings langfristige wirtschaftliche Kosten gegenüber, die aus der schlechteren Ausbildungsstruktur im Vergleich zu gleichaltrigen Einheimischen resultieren. Das Versäumnis, das Humankapital der jugendlichen MigrantInnen rasch über das der ersten Generation MigrantInnen anzuheben, bedeutet in Hinblick auf den Strukturwandel der Beschäftigung weg von Branchen und Berufen mit niedriger und mittlerer Qualifikation hin zu hoher Skillintensität eine Verschlechterung der Beschäftigungschancen der MigrantInnen.

impliziert, dass die Gesundheitsversorgung auf die besonderen Bedürfnisse der älteren MigrantInnen Rücksicht nehmen muss, insbesondere auf deren sprachliche und kulturelle Besonderheiten. Das setzt Vorkehrungen in der institutionellen Versorgung voraus, z.B. interkulturelles Training für das Pflegepersonal (Pochobradsky et al. 2002; Dogan/Reinprecht/Tietze 1999).

3.2. EinwanderInnen als KonsumentInnen

Das ist ein Forschungsbereich, der in Österreich bisher kaum aufgegriffen worden ist. Natürlich ist jedermann bewusst, dass MigrantInnen nicht nur Arbeitskräfte sondern auch KonsumentInnen sind, und dass sie als solche die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen erhöhen. Als KonsumentInnen tragen sie somit zum Wirtschaftswachstum bei. Wenn von der Nachfragesteigerung kein produktivitätssteigernder Effekt ausgeht, wird allerdings das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung nicht gesteigert. Es gilt also zu untersuchen, ob sich das Konsumgüterbündel der MigrantInnen von dem der InländerInnen unterscheidet, und wenn ja, welchen Effekt das auf die Produktionsmethoden hat.

Indem MigrantInnen zum Bevölkerungswachstum beitragen, erhöhen sie die Nachfrage nach sozialer Infrastruktur, vor allem Wohnungen und Schulen sowie nach dauerhaften und nicht dauerhaften Konsumgütern. Investitionen in die soziale Infrastruktur sind meist nicht mit einer Umstellung der Produktion auf neue Technologien verbunden; was den Konsum von handelbaren Gütern und Dienstleistungen anbelangt, könnte es sein, dass MigrantInnen einen höheren Importanteil am Konsumgüterbündel aufweisen als InländerInnen, was eine negative Wirkung auf die Handelsbilanz hätte. Ihr Konsum von nicht handelbaren Gütern und Dienstleistungen dürfte angesichts der vergleichsweise geringen Kaufkraft der MigrantInnen kaum eine Umstellung der Produktion auf höherwertige Produktionstechnologien bewirken.

MigrantInnen in ihrer Funktion als Arbeitskräfte tragen auch kaum zur Beschleunigung des technologischen Fortschritts bei – bestenfalls können Produktivitätsgewinne infolge einer Anhebung der Losgröße in der Produktion erzielt werden. Alles in allem dürfte der Konsum der MigrantInnen kaum einen überdurchschnittlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum in Österreich liefern und somit das Pro-Kopf Einkommen im Schnitt kaum erhöhen.

MigrantInnen in Österreich sind am unteren Ende der Einkommenspyramide angesiedelt; das impliziert, dass ein hoher Prozentsatz ihres Einkommens auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen entfällt. Des Weiteren sparen MigrantInnen, wobei ein gewisser Anteil ihrer Ersparnisse an die Familienangehörigen im Herkunftsland überwiesen wird (Biffel/Sopemi Reports). Welchen Nettoeffekt Investitionen von MigrantInnen in Österreich einerseits und Kapitaltransfers ins Ausland andererseits auf die Zahlungsbilanz haben, wurde in Österreich noch nicht empirisch untersucht.

Offensichtlich ist, dass der Import von Lebensmitteln sowie des Lebensstils aus den Herkunftsländern der MigrantInnen eine Bereicherung der Lebensqualität in Österreich zur Folge hat; das findet einerseits in der Diversifizierung der Küche einen Niederschlag, andererseits in der Belebung traditioneller handwerklicher Fertigkeiten (Flickschuster etc) sowie der Bereicherung der Künste (Musik, Tanz, Literatur) (Siehe auch Abschnitt zum ethnischen Unternehmertum). Beispielhaft kann angeführt werden, dass die Wiederbelebung der Schafzucht in Österreich zumindest zum Teil mit der Nachfrage der türkischen MigrantInnen zusammenhängt. Es ist aber auch richtig, dass die zunehmende Vielfalt der landwirtschaftlichen Produktion in Österreich und die größere Auswahl an Lebensmitteln eine Folge des Wandels des Konsumverhaltens der ÖsterreicherInnen ist sowie der Globalisierung.

3.3. Einwanderung und Beschäftigung

Das ist ein Themenbereich, um den sich der Großteil der Migrationsforschung in Österreich rankt, was nicht überrascht, hat doch die Einwanderung ihre Wurzeln in der Arbeitsmigration. In den Anfängen der Zuwanderungspolitik waren die Sozialpartner die wesentlichen institutionellen und politischen Akteure. Sie wollten sicherstellen, dass der Arbeitsmarkt ausreichend mit Arbeitskräften versorgt wird, und dass die Flexibilität des Arbeitsmarktes mit Hilfe von ArbeitsmigrantInnen gefördert wird. Das ist in den 1960er und 1970er Jahren auch gelungen; GastarbeiterInnen wurden überall dort eingesetzt, wo man sie brauchte; sie hatten keinerlei Mobilitätseinschränkungen infolge von Familienverpflichtungen. Das geht sehr anschaulich aus dem Auseinanderklaffen des AusländerInnenanteils an der Beschäftigung und der Bevölkerung hervor. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Beschäftigung lag 1971 bei 6.1% und an der Bevölkerung gerade mal bei 2.8%; d.h. im wesentlichen waren MigrantInnen Arbeitskräfte ohne abhängige Kinder oder Erwachsene.

In den Jahren danach kam es zu einer Konsolidierung der Beschäftigung der MigrantInnen und Familienangehörige zogen nach; in der Folge konvergierte der Anteil der MigrantInnen

an Beschäftigung und Bevölkerung auf 5% respektive 4% Mitte der 1980er Jahre. Gegen Ende der 1980er Jahre setzte eine neue Zuwanderungswelle ein, als Folge einer Kombination von Push- und Pull-Faktoren. Der wesentliche Sog-/Pull-Faktor fällt mit dem Fall des Eisernen Vorhangs zusammen. Österreich profitierte von der Wiedervereinigung Deutschlands infolge der starken Zuliefervernetzung mit der westdeutschen Wirtschaft; die Wiedervereinigung löste einen Nachfrageschub aus, der durch die Expansion der Ostexporte im Gefolge der Ostöffnung noch verstärkt wurde. Dadurch wurde die Phase der Hochkonjunktur in Österreich um ein paar Jahre verlängert, was Arbeitskräfteengpässe entstehen ließ; diese hoffte man über eine Liberalisierung des Zugangs von AusländerInnen zum Arbeitsmarkt zu bekämpfen (Legalisierungsaktion der illegalen ausländischen Beschäftigung 1998). Mit dem Beginn des Bürgerkrieges und den ethnischen Säuberungen in der Region des früheren Jugoslawien setzte jedoch ein unerwartet starker Flüchtlingsstrom im Jahre 1990 ein; das war der wesentliche Push-Faktor für die neuerliche Einwanderungswelle nach Österreich.

Um die Zuwanderung einzudämmen, wurden die Migrationsgesetze reformiert und an die der traditionellen Einwanderungsländer herangeführt (Fremdengesetz 1992). Das hatte einen gewissen Bedeutungsverlust der Sozialpartner und damit der Arbeitsmigration im Entscheidungsprozess über die Zuwanderung zur Folge. Der Wandel des Charakters der Einwanderung und die veränderte geopolitische Lage erhöhte nicht nur das Ausmaß der Zuwanderung sondern auch die Zusammensetzung nach Herkunftsregionen, Alter und Geschlecht sowie Qualifikation. Heute sind etwas über 10% der Arbeitskräfte AusländerInnen (335.000) und der Anteil an der Bevölkerung liegt nur geringfügig darunter (mit rund 750.000). Der Anteil der MigrantInnen, d.h. nicht in Österreich Geborene, dürfte bei etwa 12% der Bevölkerung liegen.

Der Anstieg der Ausländerbeschäftigung seit den 1980er Jahren ist nur zu einem verhältnismäßig geringen Prozentsatz die Folge einer gezielten Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland. Der Großteil resultierte aus der Aufnahme von Flüchtlingen, der Integration von Familienangehörigen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Österreich kommen, und der Zuwanderung von StaatsbürgerInnen aus der EU/EWR sowie mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) im Gefolge der verstärkten wirtschaftlichen Vernetzung Österreichs mit diesen Regionen. Der Großteil der MigrantInnen

hat sich in Österreich niedergelassen, viele haben die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen, insbesondere Personen aus den traditionellen Gastarbeiterländern (Biffl 2002).

Der Einfluss der MigrantInnen auf die Beschäftigung ist aus der ursprünglichen wirtschaftspolitischen Intention der Migrationen zu verstehen, nämlich dem Ziel der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft. Das österreichische Migrations-system kanalisiert MigrantInnen vor allem in Branchen, die handelbare Güter erzeugen, wie etwa den arbeitsintensiven industriell-gewerblichen Bereich (Textil-, Leder-, und Bekleidungsindustrie, Nahrungsmittelerzeugung) oder in Dienstleistungen, die unter einem starken internationalen Wettbewerbsdruck stehen, in Österreich ist das vor allem der Tourismus. In geringerem Maße strömen MigrantInnen in Produktionsbereiche, die Güter und Dienstleistungen für den lokalen Bedarf erzeugen. MigrantInnen finden hier vor allem in der Bauwirtschaft, im Gesundheits- und Pflegebereich sowie im Haushalt in größerer Zahl eine Anstellung (Biffl 2003b).

Die wirtschaftlichen Überlegungen für die Beschäftigung von MigrantInnen unterscheiden sich je nach dem, ob es sich um die Produktion von handelbaren oder nicht handelbaren Gütern und Dienstleistungen handelt. MigrantInnen strömen in exportorientierte Wirtschaftszweige, vor allem in solche mit arbeitsintensiver Produktionstechnologie, die einem starken Wettbewerb unterliegen. Sie tragen dazu bei, dass es zu keinen Arbeitskräfteengpässen und damit zu Produktionskostensteigerungen infolge von überproportionalen Lohnsteigerungen kommt. Indem sie zur Erhaltung einer kostengünstigen Produktion beitragen, fördern sie die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion dieser Branchen. Auch bei Gütern und Dienstleistungen des lokalen Bedarfs sprechen die Löhne für die Beschäftigung von MigrantInnen. Da in diesen Bereichen Produktivitätssteigerungen häufig in viel geringerem Maße möglich sind als in der Industrie – der Quotient aus PatientIn/KrankenpflegerIn oder aus KonsumentIn/FriseurIn kann nicht unbegrenzt ohne Qualitätsverlust der Leistung ausgeweitet werden – schlagen sich Lohnsteigerungen stärker in den Preisen der Güter und Dienstleistungen nieder. Um die Preise relativ zu den Export-/Import-Gütern nicht zu stark ansteigen zu lassen, sind Lohnsteigerungen in den betroffenen Tätigkeiten unterdurchschnittlich, was zur Abwanderung der Arbeitskräfte in höher zahlende Branchen führt. MigrantInnen füllen das verloren gegangene Reservoir wieder auf. Das ist die Erklärung dafür, dass MigrantInnen überproportional in Niedriglohnsegmenten arbeiten, etwa in Reinigungsdiensten, in der Krankenpflege oder als Haushaltshilfen.

Die Ziele, die mit der Beschäftigung von MigrantInnen verfolgt werden, stehen somit mit Löhnen und Beschäftigungschancen in Zusammenhang. Es ist daher nicht überraschend, dass sich ein Gutteil der empirischen Forschung mit der Messung des Effekts der MigrantInnen auf die Löhne und Arbeitslosigkeit der Einheimischen befasst. In Summe kann gesagt werden, dass der Druck auf die Löhne und Beschäftigungschancen mit der Elastizität der Substitution von MigrantInnen und Einheimischen zunimmt. Das besagt, dass dort, wo Einheimische durch MigrantInnen ausgetauscht werden können, Verdrängungsprozesse besonders ausgeprägt sind. Es heißt aber auch, dass Einheimische in Bereichen, in denen sie komplementär zu MigrantInnen eingesetzt werden, von letzteren profitieren, und zwar sowohl was die Verbesserung der Beschäftigungschancen anbelangt als auch die realisierbaren Löhne.

Die Schwierigkeiten bei der Messung der Segmentation der Beschäftigung in MigrantInnen und Einheimische erklärt, warum es keine gesicherten Aussagen zum Nettoeffekt von MigrantInnen gibt, da es offenbar Gewinner und Verlierer gibt. Die empirische Forschung in Österreich legt nahe, dass es verhältnismäßig wenig direkten Wettbewerb zwischen MigrantInnen und Einheimischen gibt, das heißt, dass die Segmentation der Arbeit besonders ausgeprägt ist (Winter-Ebmer/Zweimüller 1996, 1999; Biffl in Husa/Parnreiter/Stacher 2000). EinwanderInnen sind auf einige Arbeitsmarktsegmente konzentriert, aus denen Einheimische aus den verschiedensten Gründen abwandern.

Da MigrantInnen überwiegend Hilfs- und AnlernarbeiterInnen sind, ist in dieser Qualifikationsgruppe der Wettbewerb besonders ausgeprägt; das schlägt sich vor allem in einem negativen Einfluss auf die Löhne von ArbeiterInnen nieder (Hofer/Huber 2001, Biffl et al. 2002). Der unterschiedliche Rechtsstatus der ausländischen Arbeitskräfte gegenüber inländischen hat zu einer sozialen und wirtschaftlichen Unterschichtung der Arbeitskräfte geführt, die solcherart neu für Österreich ist und die den Zielen der Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt entgegensteht.

Forschungen bezüglich des Effekts von MigrantInnen auf die Arbeitslosigkeit von Einheimischen liefern keine eindeutigen Ergebnisse. MigrantInnen haben im Schnitt höhere Arbeitslosenquoten als Einheimische. Das ist im Wesentlichen das Resultat ihrer Konzentration auf Beschäftigungsbereiche in der Industrie, die sowohl infolge

technologischen Wandels wegrationalisiert werden als auch im Gefolge von Produktionsverlagerungen in die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) verloren gehen. Wirtschaftliche Reformen sowie der technologische Wandel zogen überdurchschnittliche Beschäftigungsverluste von Hilfs- und AnlernarbeiterInnen nach sich. Die Re-Allokation von Produktionsbereichen mittlerer Technologie in einer Wertschöpfungskette in die östlichen Nachbarländer, die in den 1990er Jahren an Bedeutung gewann, trifft aber zunehmend auch Facharbeiterbereiche; in letzteren stehen Einheimische häufig in einer komplementären Arbeitsfunktion zu MigrantInnen. Dadurch verlieren MigrantInnen zunehmend ihre Rolle als Beschäftigungsstabilisatoren für Einheimische.

EinwanderInnen früherer Generationen waren in der Phase rascher Industrialisierung nach Österreich gekommen, als die Nachfrage nach Hilfs- und AnlernarbeiterInnen hoch und steigend war. In der heutigen Zeit der De-Industrialisierung und der steigenden Nachfrage nach Dienstleistungen haben sich die qualifikationsspezifischen Anforderungen an die Arbeitskräfte geändert. Die Zahl der Arbeitsplätze mit standardisierten Anforderungsprofilen und Produktionsprozessen aus der Zeit der Massenfertigung verringert sich (quantitative Jobverluste), flexible Spezialisierung und Fertigungssysteme treten an ihre Stelle.

Betriebe gehen flexible Zuliefer-, Produktions- und Vertriebs-Beziehungen ein, um rasch auf den Wandel der Märkte und der Nachfrage reagieren zu können. Im Gefolge dieser Neuausrichtungen werden Tätigkeiten des formellen und informellen Sektors miteinander verwoben. Die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitswelt hat viele Gesichter; sie betrifft die Arbeitszeit ebenso wie die Art der Beschäftigungsverhältnisse (Werkverträge, freie Dienstnehmer, geringfügig Beschäftigte, Heimarbeiter, Telearbeiter etc.) und Jobinhalte (qualitativer Jobwandel). Dieser Wandel in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschärft die Integrationsprobleme der MigrantInnen in Österreich.

In dieser Periode des Wandels gewinnt der informelle Sektor an Bedeutung, und zwar sowohl als Element der Wertschöpfung als auch als Arbeitgeber. Der Beitrag des informellen Sektors zum BIP ist in Österreich von 3% in den frühen 1970er auf 15% in den späten 1990er Jahren gestiegen. Dieses Phänomen ist nicht losgelöst von der zunehmenden Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse zu sehen, und wird vom Zusammenwirken von Faktoren auf der Angebots- und Nachfrageseite gesteuert. MigrantInnen spielen dabei keine unwichtige Rolle. Wenn sie keinen Zugang zu Jobs im formellen Sektor mehr finden, ist der informelle Sektor oft der einzige Ausweg zur Erhaltung der finanziellen Unabhängigkeit.

Ein Angebotsüberhang an Arbeitskräften entsteht, der aber nicht immer in der registrierten Arbeitslosigkeit sichtbar wird. Er kann sich auch in unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung äußern oder im Überhandnehmen von Tätigkeiten mit geringem Marktwert, z.B. gewisse selbständige Tätigkeiten zur Subsistenzsicherung, oder im Anstieg eines stillen Arbeitskräftereservoirs, dem Pool so genannter peripherer Arbeitskräfte. Periphere Arbeitskräfte finden einmal einen Job, dann sind sie wieder für eine Weile ohne einen. Sie unterscheiden sich als Gruppe von Kernbelegschaften, die stabile Beschäftigungsverhältnisse und Einkommen haben. Derartig marginale Arbeitskräfte gibt es in Österreich immer häufiger; die steigende Langzeitarbeitslosigkeit steht damit in Zusammenhang.

3.4. EinwanderInnen als ethnische UnternehmerInnen¹¹:

In Österreich gibt es keine umfassenden Daten zum ethnischen Unternehmertum und dessen Rolle in der österreichischen Wirtschaft. Es gibt aber schon mehr als nur anekdotische Evidenz dafür, dass MigrantInnen zunehmend selbständig werden; das mag eine Reaktion auf die Schwierigkeiten sein, eine stabile Beschäftigung als Unselbständige zu finden. Es kann aber auch der Wunsch nach Selbstentfaltung und Aufrechterhaltung eines eigenen ethnisch-kulturellen Lebensstils sein. Die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit ist ein relativ neues Phänomen der Migrationen in Österreich. Bisher waren MigrantInnen in viel geringerem Maße als Einheimische selbständig erwerbstätig, im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich, Niederlande oder Großbritannien.

MigrantInnen machen in Österreich vorwiegend Geschäfte im Dienstleistungssektor auf, insbesondere Putzereien, Restaurants, Catering-Dienste, Lebensmittelhandel; aber auch im traditionellen Gewerbe findet man zunehmend UnternehmerInnen mit einem Migrationshintergrund, insbesondere in der Textil- und Bekleidungsbranche und im Reparaturwesen. Diese Entwicklungen sind bis dato nicht umfassend empirisch untersucht worden, im Wesentlichen als Folge des Datenmangels. Studierende, häufig selbst mit Migrationshintergrund, nehmen sich zunehmend dieses Themas in Diplomarbeiten und in Dissertationen an (Gollner 2001; Cahit 2001, Haberfellner 2000, auch Haberfellner/Betz 1999a und b, Haberfellner/Böse 1999).

¹¹ Ethnische UnternehmerInnen: dieser Terminus bezieht sich auf europäische Unternehmen und Geschäfte, die von MigrantInnen aufgebaut und/oder geführt werden, häufig Klein- und Kleinstunternehmen. Ethnische Unternehmen weisen ein weites Wirkungsfeld auf; sie reichen vom catering, über die Produktion von Textilien und Bekleidung bis hin zum Handwerk, Kunsthandwerk und zur Kunst.

3.5. Hoch qualifizierte EinwanderInnen¹²

Im Gefolge der Globalisierung und der politischen und wirtschaftlichen Öffnung der MOEL änderte sich die Qualifikationsstruktur der MigrantInnen in Österreich etwas. In den 1990er Jahren kamen zunehmend hoch qualifizierte MigrantInnen aus industrialisierten Ländern und aus MOEL nach Österreich. Meist haben sie nicht die Absicht sich niederzulassen, sondern sehen den Aufenthalt in Österreich als einen Entwicklungsschritt in einer international ausgerichteten Karriere, meist innerhalb eines Großunternehmens.

Diese Entwicklung trägt dazu bei, dass die Qualifikationsstruktur der MigrantInnen bipolar ist. ZuwanderInnen sind stark auf das untere Ende der Qualifikationspalette konzentriert, sie sind aber auch häufiger als Einheimische im obersten Qualifikationssegment, gemessen am AkademikerInnenanteil. Das steht im Gegensatz zu ÖsterreicherInnen, die ihren Ausbildungsschwerpunkt im mittleren und oberen berufsorientierten Bildungssegment haben. Während TürkInnen und Ex-JugoslawInnen in den untersten Bildungsebenen überdurchschnittlich häufig vertreten sind, sind EU/EWR-Bürger und Personen aus mittel- und osteuropäischen Staaten in der Regel überdurchschnittlich qualifiziert.

Hoch qualifizierte MigrantInnen finden sich vor allem in unternehmensorientierten Diensten, insbesondere im Banken- und Versicherungswesen, in der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie in der Energie- und Wasserversorgung (hier insbesondere als Elektrotechniker), und in der Forschung (Biffl 2003c).

Die Zahl der hochqualifizierten MigrantInnen ist weiterhin sehr gering, obschon die Quote für die Zuwanderung und Niederlassung von MigrantInnen mit hohen Qualifikationen spätestens seit 1997 großzügig ist (Novelle des Fremden Gesetzes 1992/1997). Es bleibt abzuwarten, ob die jüngsten Novellen zum Ausländerbeschäftigungsgesetz (BGBl. I Nr. 133/2003, BGBl. II Nr. 469/2003), die die Zuwanderung von Führungskräften und ForscherInnen erleichtern und ihnen Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen, von Erfolg gekrönt sein werden.

Auch der erleichterte Zugang von ausländischen UniversitätsabsolventInnen zum Arbeitsmarkt, der in Österreich im Jahre 2003 – in Analogie zu den traditionellen Einwanderungsländern – eingeführt wurde, sollte Früchte zeigen und einen Beitrag zur

¹² Hoch qualifizierte EinwanderInnen: sind Personen mit einer spezifischen Expertise, mit besonderen Talenten und Fähigkeiten, meist mit universitärer Ausbildung, die international sehr mobil sind. Meist versteht man darunter ExpertInnen im Bereich der Informationstechnologie (IT-Fachleute), ExpertInnen, ÄrztInnen, ForscherInnen etc. Nicht dazu zu zählen ist Hauspersonal, catering, Dienstleister und dgl.

Anhebung der Zahl hoch qualifizierter MigrantInnen liefern. (Biffl/Bock-Schappelwein 2004)
Das dürfte umso leichter sein, als Österreich zu den OECD Ländern zählt, die einen Nettozustrom von Studierenden aus dem Ausland haben. Im Jahre 1998 führte Australien die Liste an (12 Prozent), gefolgt von der Schweiz (11.4 Prozent) und Österreich (7.1 Prozent) (Biffl 2004a).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Österreich bis jetzt nicht in der Lage war, hoch qualifizierte EinwanderInnen in großer Zahl anzulocken, entweder weil die Nachfrage nach diesen Qualifikationen in Österreich nicht besonders groß ist oder weil die potenziellen ZuwanderInnen noch nicht angesprochen und/oder überzeugt werden konnten, dass die bürokratischen Hürden abgebaut wurden und Österreich ein interessantes Einwanderungsland für sie geworden ist. Warum Österreich nicht in der Lage ist, hoch qualifizierte EinwanderInnen aus Drittstaaten anzulocken, gälte es zu untersuchen. Es mag eine Folge der Geschichte der Migrationspolitik sein – Österreich warb stets Personen mit einfachen oder mittleren Qualifikationen an; über die Familienzusammenführung kamen Menschen mit ähnlichem Qualifikationsprofil nach Österreich; Österreich wird daher nicht als Einwanderungsland für Hochqualifizierte gesehen – oder die Reformpolitik im Migrationsbereich war nur halbherzig und hat den Bruch in den Intentionen der Politik in Richtung Einwanderung Hochqualifizierter nicht adäquat umgesetzt. Letzteres würde bedeuten, dass der verstärkte Wettbewerb im einfachen und mittleren Qualifikationssegment, der aus einer Zuwanderung in diesem Bereich entsteht, von den EntscheidungsträgerInnen der Migrationspolitik unterstützt wird, nicht jedoch eine ähnliche Anhebung des Wettbewerbs im oberen und obersten Qualifikationsbereich. Sollte letztere Überlegung eine Rolle bei der Umsetzung der Gesetze spielen, ist das eher kurzfristig; eine rasche Höherqualifizierung des Erwerbspotentials trägt nämlich zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei, damit zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und der Verbesserung der Wohlfahrt aller.

3.6. Der Einfluss der Einwanderung auf bestimmte Wirtschaftsbereiche

Wie schon erwähnt, sind MigrantInnen auf Branchen und Berufe konzentriert, die am untersten Ende der Lohnskala angesiedelt sind. Diese Branchen sind auf nationalen und internationalen Märkten einem großen Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Das kann die Folge von einer Kombination von Faktoren sein: Die Produktionstechnologie ist relativ ausgereift (globale Technologie), die Arbeitsanforderungen an die Arbeitskräfte sind standardisiert und/oder die Industrie weist eine geringe betriebliche Konzentration/Marktmacht auf.

MigrantInnen werden meist als Hilfs- und AnlernarbeiterInnen eingesetzt, manchmal auch in gewissen Facharbeitertätigkeiten. Die Konzentration auf einige wenige Qualifikationssegmente hängt damit zusammen, dass die Fähigkeiten eines Menschen nicht ohne weiteres erkennbar sind; da Schulsysteme und Lerninhalte von Land zu Land unterschiedlich sind, das Wissen über die Lerninhalte bei den Unternehmern insbesondere im mittleren bis höheren Qualifikationsbereich meist nicht vorhanden ist und die institutionelle Anerkennung ausländischer Zeugnisse (Nostrifizierung) eine längere Zeit in Anspruch nimmt, setzt man MigrantInnen dort ein, wo man ihre Skills relativ leicht einschätzen bzw. überprüfen kann.

Da die Ausbildung in traditionellen handwerklichen Qualifikationen relativ universell ist, so etwa Nähen, Schneiden, Ledererzeugung und -verarbeitung, und die Evaluierung der Skills und Zeugnisse vergleichsweise rasch vonstatten geht, haben Menschen mit diesen Qualifikationen eher Jobchancen als Personen mit einer nicht-traditionellen Ausbildung. Aus demselben Grund finden Personen mit relativ einfachen Qualifikationen leicht eine Anstellung, da ihre Skills fast schon definitorisch universell sind und leicht in alle Kulturen transferierbar sind. Das bedeutet aber auch, dass die Fähigkeiten der MigrantInnen häufig nicht optimal genutzt werden.

MigrantInnen sind also häufig in der Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie beschäftigt sowie in der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung; sie haben zum Überleben dieser Industrien in Österreich beigetragen und, damit verbunden, zur Stabilität der Produktionsstandorte. Auch in der Bauwirtschaft, im Tourismus, in persönlichen Diensten, in der Krankenpflege, in Reinigungsdiensten und als Land- und ForstarbeiterInnen sind MigrantInnen häufiger als der Schnitt der InländerInnen beschäftigt.

Lohnsteigerungen der Hilfs- und AnlernarbeiterInnen sowie der FacharbeiterInnen wurden einerseits durch den internationalen Wettbewerb, sprich den internationalen Handel, eingeschränkt, andererseits durch den Wettbewerb im Inland infolge der Beschäftigung von MigrantInnen. Branchen, in denen MigrantInnen vorzugsweise beschäftigt sind, sind nicht nur am unteren Ende der Lohnskala, sondern weisen auch starke konjunkturelle und saisonale Beschäftigungsschwankungen auf. Ein besonderer Fall ist die Bauwirtschaft, die sowohl Einheimischen als auch MigrantInnen relativ hohe Löhne zahlt. Das dürfte vor allem auf den starken gewerkschaftlichen Organisationsgrad dieser Branche zurückzuführen sein;

Gewerkschaften legen Wert auf die Gleichbehandlung der Arbeitskräfte, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen Betrieben mit unterschiedlicher Ausstattung mit MigrantInnen zu verhindern.

Vergleichsweise wenige MigrantInnen finden in Branchen Eingang, die eine hohe Kapitalintensität bzw. eine schwache internationale Konkurrenzierung aufweisen. Dazu gehören etwa Banken und Versicherungen, der Telekommunikationsbereich, das Transportwesen (vor allem Bahn und Post) sowie das hochqualifizierte Segment der Gesundheitsversorgung und des Bildungs- und Forschungssektors. Diese Bereiche bieten ihren ArbeitnehmerInnen nicht nur einen hohen Grad an Jobsicherheit, sondern auch vergleichsweise stattliche Löhne und Aufstiegschancen. Sie waren bis vor kurzem vom internationalen Wettbewerb abgeschirmt; Deregulierung und Internationalisierung setzten aber auch hier in den 1990er Jahren ein, was einen Anstieg der Beschäftigung von MigrantInnen erwarten lässt. Ansatzweise ist dies schon in den meisten dieser vormals geschützten Bereiche zu beobachten.

Die Segmentation der Beschäftigung nach Herkunftsregion und Branche ist zum Teil das Resultat von Marktkräften, zum Teil eine Folge der gezielten Migrationspolitik. Letztere will vor allem die Exportwirtschaft fördern und inflationären Tendenzen entgegenwirken, die aus Arbeitskräfteknappheiten entstehen können. Zu beachten ist allerdings, dass die Migrationspolitik bis dato das Arbeitskräfteangebot nur im einfachen Qualifikationssegment sowie in ganz bestimmten Facharbeiterberufen ausweitete. Somit werden Personen mit höherer und höchster Qualifikation kaum von ZuwanderInnen konkurrenziert. Das ist ein Nachteil für die Gesellschaft und Gesamtwirtschaft, da dadurch der wirtschaftliche und technologische Fortschritt gebremst wird und ein gewisser Inflationsdruck entsteht. Dieses Element der österreichischen Migrationspolitik steht in krassem Gegensatz zu den Politiken traditioneller Einwanderungsländer wie Kanada und Australien. Letztere geben hoch qualifizierten MigrantInnen und Personen mit außergewöhnlichen Fähigkeiten und knappen Skills den Vorzug, um sicherzustellen, dass MigrantInnen nicht nur einen Beitrag zum Bevölkerungswachstum liefern, sondern vor allem auch zur Produktivitätssteigerung. Damit tragen MigrantInnen in den traditionellen Einwanderungsländern nicht nur zum Wirtschaftswachstum bei sondern heben auch das BIP pro Kopf und damit das Einkommen pro Einwohner.

3.7. Einfluss der Einwanderung auf Exporte und Importe

Die internationalen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen änderten sich in Österreich Ende der 1980er Jahre im Gefolge der wirtschaftlichen und politischen Öffnung der Märkte der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL), und ein weiteres Mal Mitte der 1990er Jahre, als Österreich der EU beitrug. Beide Faktoren erhöhten den Wettbewerb vergleichsweise abrupt und signifikant; ersterer traf die arbeitsintensiven Exportindustrien – insbesondere die Konsumgüterproduktion –, letzterer vormals halbstaatliche und staatliche Dienstleistungen.

Die veränderte Wettbewerbslage der österreichischen Exportindustrie und die Öffnung des geschützten halb-amtlichen Dienstleistungsbereichs (Telecom, Banken und Versicherungen, Post und neuerdings auch Bahn) lösten einerseits Arbeitsplatzverluste aus, andererseits wurde der internationale Handel angekurbelt (gemessen am Prozentsatz der Exporte/Importe am BIP) und die Arbeitsmigration (gemessen als Prozentsatz der MigrantInnen an der Beschäftigung). Der AusländerInnenanteil an der Beschäftigung erhöhte sich von 6,3 Prozent im Jahre 1998 auf 11 Prozent heute. Der Anteil der Importe/Exporte am BIP stieg in derselben Periode um 10 Prozentpunkte auf 52% des BIP. Der Hauptgrund für diese starke Steigerungsrate war die rasante Anhebung der Handelsvernetzung mit den MOEL (Biffi 2003b).

Die zeitliche Abfolge der verstärkten Mobilität von Arbeitskräften sowie Gütern und Dienstleistungen war nicht synchron. Migrationen setzten sofort nach Änderung der geopolitischen Lage Ende der 1980er Jahre ein und verloren im Laufe der 1990er Jahre an Dynamik, als der Handel mit Gütern und Dienstleistungen die Stafette übernahm. Letzteres dürfte nicht nur die Folge von Marktkräften gewesen sein, sondern dürfte zumindest zum Teil von wirtschafts- und entwicklungspolitischen Prioritätensetzungen gegen Migrationen und pro Handel ausgelöst worden sein. Das kann davon abgeleitet werden, dass die Handelsabkommen der EU mit den MOEL (Europe Agreements) im Jahre 1991 auch von Österreich unterzeichnet wurden, als Österreich noch kein Mitglied der EU war. Damit wurde der österreichische Handel mit den MOEL liberalisiert; gleichzeitig wurden die Migrationsgesetze reformiert, um die Zuwanderung besser in den Griff zu bekommen.

Die Handelsliberalisierung erlaubte eine größere regionale Spezialisierung der Produktion, sowohl in Österreich als auch im Ausland; arbeitsintensive Produktionsbereiche, die

obendrein eine einfache bis mittlere Produktionstechnologie anwenden, wurden häufig in die MOEL ausgelagert; oft ging die Produktionsverlagerung Hand in Hand mit einem Maschinentransfer, einer für Österreich typischen Form der Kapitalinvestitionen im Ausland. Zum Ausgleich wurde in Österreich verstärkt in die höherwertige Wertschöpfung investiert. Die Kosten der räumlichen Verlagerung der Produktion und der Transportkosten für (re-)importierte Halb- und Fertigwaren, die in Österreich weiterverarbeitet und vermarktet wurden, wurden durch die geringeren Produktionskosten in den MOEL mehr als kompensiert. Insgesamt konnten die Preise für die Güter unter Beibehaltung der Qualität gesenkt werden, was eine Nachfragesteigerung und damit die Ausweitung der österreichischen Marktanteile auf internationalen Märkten erlaubte.

Die Produktionsverlagerungen trugen nicht nur zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt und des Wirtschaftswachstums in Österreich bei, sondern auch in den MOEL. Das ausreichende Angebot an Arbeitskräften mit den nötigen Qualifikationen in den MOEL zu relativ günstigen Preisen, sprich Löhnen, war eine Voraussetzung für den Erfolg dieser Wachstumsstrategie. Merkliche Umstrukturierungen dieser Art fanden in fünf Branchen statt – der chemischen Industrie, die eine humankapitalintensive und natürliche Ressourcen intensive Produktion im mittleren Technologiesegment aufweist; die Erzeugung von Baumaterialien (Zement, Steine und Erden, Glas und Keramik), die natürliche Ressourcen in hohem Maße in der Produktion einsetzen; des weiteren Druck, Papier und Papiererzeugung, Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung; Maschinenerzeugung am reifen Ende des Produktzyklus, mit mittlerer Produktionstechnologie und hohem Arbeitseinsatz; und, natürlich, die arbeitsintensive Erzeugung von Textilien und Bekleidung. Diese industrielle Umstrukturierung der 1990er Jahre kannte Gewinner und Verlierer. Arbeitskräfte mit überdurchschnittlichen Qualifikationen, die in Bereichen arbeiten, in denen hoch entwickelte Technologien zum Einsatz kommen, waren die Nutznießer dieser Entwicklung. Zu den Verlierern gehören vor allem Arbeitskräfte in den obgenannten Bereichen, also im wesentlichen Personen mit einfachen Qualifikationen und FacharbeiterInnen in arbeitsintensiven Produktionsbereichen, in denen eine mittlere Produktionstechnologie zum Einsatz kommt.

In Summe sank die Beschäftigtenzahl in der verarbeitenden Industrie zwischen 1990 und 2002 um jährlich durchschnittlich 2.1%. Betriebe mit einer unterdurchschnittlichen Produktivität und dadurch bedingt einer geringen Wettbewerbsfähigkeit waren die ersten, die

bei dem steigenden Wettbewerb unter die Räder kamen. Die starken Arbeitsplatzverluste spiegeln sich in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit: zwischen 1989 und 2001 stieg die Zahl der österreichischen HilfsarbeiterInnen um 8% und verdoppelte sich im Fall der ausländischen HilfsarbeiterInnen. Unter den FacharbeiterInnen (Personen mit abgeschlossener Lehre) stieg die Zahl der arbeitslosen InländerInnen um 30%, die der ausländischen FacharbeiterInnen vervierfachte sich.

Die Arbeitsplatzverluste treffen MigrantInnen noch härter als Einheimische, da ihre Chancen auf eine Wiederbeschäftigung wesentlich geringer sind. Einerseits fällt ihnen das Umlernen auf andere Tätigkeiten nicht zuletzt wegen Sprachbarrieren schwerer, andererseits kommt eine Höherqualifizierung infolge ihrer geringeren finanziellen Möglichkeiten oft nicht in Frage. Aber nicht nur die Arbeitslosigkeit der AusländerInnen ist in den 1990er Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen, sondern auch ihre Löhne fielen gegenüber den Einheimischen weiter zurück. Während ausländische Arbeitskräfte in den späten 1980er Jahren im Schnitt um 11% weniger verdienten als der Schnitt der ÖsterreicherInnen (Männer: -15%, Frauen: -10%), erhöhte sich der Abstand bis Mitte der 1990er Jahre auf 21%. Im Anschluss daran verringerte sich der Lohnabstand zwischen In- und AusländerInnen wieder, zum Teil eine Folge der verstärkten Einbürgerungen von AusländerInnen mit einfachen Qualifikationen, zum Teil eine Folge der Zuwanderung von MigrantInnen mit überdurchschnittlichen Skills.

Infolge der Verringerung der Beschäftigungschancen der MigrantInnen stieg der Konzentrationsgrad der AusländerInnen auf ganz bestimmte Wirtschaftsbranchen noch weiter an. Im Jahr 2002 waren 25.3% der Beschäftigten in Niedriglohnbranchen inklusive Landwirtschaft AusländerInnen. Im Tourismus erreichte der Ausländerbeschäftigungsanteil sogar 28.1%.

Eine große Anzahl von MigrantInnen, die ihren Arbeitsplatz im exportorientierten Sektor verloren, wendete sich dem Inlandsmarkt zu. Oft bedeutet das eine De-Qualifizierung, da sie ihre beruflichen Fähigkeiten nicht zur Gänze nutzen können; sie kommen vor allem in Reinigungsdiensten unter sowie im Handel und in der Lagerung, im Bereich der persönlichen und Haushaltsdienste und in der Bauwirtschaft.

3.8. Kulturelle Diversität¹³ und Wettbewerbsfähigkeit

Vor allem in der Privatwirtschaft trugen EinwanderInnen zur vermehrten kulturellen Vielfalt bei. Der öffentliche Sektor nahm nämlich kaum MigrantInnen auf – Ausnahmen sind nur der Gesundheits- und Pflegebereich sowie, etwas abgeschwächt, das Unterrichts- und Sozialsystem. MigrantInnen wurden häufig aufgenommen, um die Integration von jugendlichen MigrantInnen im Schulsystem zu erleichtern, aber auch als SozialarbeiterInnen. In jüngerer Zeit haben sich politische Parteien, vor allem die Grünen, der MigrantInnen angenommen; sie wurden Abgeordnete oder fanden in der Partei eine Beschäftigung. Indem sich die Parteienvertretung kulturell diversifizierte, wird den MigrantInnen zunehmend eine Stimme gegeben; gleichzeitig wird damit dem zunehmenden politischen Gewicht der MigrantInnen in Österreich Rechnung getragen (Appelt 1999).

Der Einfluss der kulturellen Diversität auf die österreichische Wirtschaft wurde bisher kaum untersucht. Unter diesen Umständen kann man nur sagen, dass der wirtschaftliche Erfolg Österreichs eng mit dem der wichtigsten Handelspartner verknüpft ist und von ihren Geschicken abhängt. Die zunehmende Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft hinterlässt zwangsläufig seine Spuren in der österreichischen Gesellschaft; die EinwanderInnen spielen in dem Zusammenhang eine wichtige Rolle, indem sie das Muster der Gesellschaft und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes mitgestalten und prägen.

¹³ Kulturelle Diversität: Kultur kann verschiedene Ausprägungen in Raum und Zeit annehmen. Diese Diversität ist in der Einzigartigkeit und Vielfalt der Identitäten der Gruppen und Gesellschaften verkörpert, die unsere Menschheit ausmachen. Grenzüberschreitende Bevölkerungsströme, wie es die Migrationen sind, tragen zur kulturellen Diversität innerhalb einer Gesellschaft bei (Ko-existenz von unterschiedlichen Verhaltensmustern, Traditionen und Gewohnheiten etc.); das kann eine Quelle gegenseitigen Lernens, von Innovation und Kreativität sein.

4. Der Einfluss der Immigration auf die österreichische Gesellschaft: der kulturelle Kontext

(in Konsultation mit Dr. Bernhard Perchinig, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission für Migrationsforschung)

4.1. Kulturelle Vielfalt und die Debatte über Multikulturalismus

„Kulturelle Vielfalt“ und „Multikulturalismus“ sind in den letzten Jahren Schlüsselwörter im Diskurs über Migrations- und Integrationspolitik geworden. Im Gegensatz zu den Debatten der 1970er und 1980er Jahre, als kulturelle Homogenität als eine Bedingung für soziale Kohäsion gesehen wurde, wird kulturelle Vielfalt heute nicht mehr als Bedrohung gesehen, sondern als Ressource für die Gesellschaft. Das Problem der Definition von „Kultur“ und „kultureller Identität“ als homogene und statische Prinzipien ist eines der Hauptargumente bei der wissenschaftlichen Diskussion über Multikulturalismus (vgl. Bauböck 2001b): 3; Wagner/Schwinghammer/Hüttler 2003: 15). Dieses Thema hat in den letzten Jahren beachtliches Interesse in der österreichischen Wissenschaft erweckt. Laut einigen WissenschaftlerInnen ist die Reduktion der Immigration auf die kulturellen Fragen charakteristisch für die Debatte: *„Das Kopftuch, der Hammelbraten, der Kebab und die multikulturellen kulinarischen Festivitäten wurden zum bevorzugten Diskussions- und Streitthema. Für die einen stellten die MigrantInnen eine „kulturelle Bereicherung“, für die anderen eine „kulturelle Bedrohung“ dar.“* (Bratić 2001: 519).

Die Kritik des Politikwissenschaftlers Anton Pelinka richtet sich ebenfalls gegen die Tendenz, das Konzept von Multikulturalismus auf ethnisch-nationale Konflikte oder Migrationsfragen zu reduzieren (Pelinka 2001: 164). Seiner Meinung nach beschreibt das Konzept von Multikulturalismus primär ein politisches Programm, das nicht auf eine deontologische Formulierung beschränkt werden darf. Im Gegenteil, um wirksam zu sein, sollte der Ausdruck ein klares Bild der Realität wiedergeben, das die Ideen der Funktionalität der Kultur, der Verbindung zwischen Kultur und Macht, und der Vielfalt von Identitäten, die nicht ausschließlich auf ethnischen Grundlagen basiert (ibid. 165).

Aus einer ähnlichen Perspektive handelt Rainer Bauböck die Debatte über das „Ende des Multikulturalismus“ ab, welche von einigen WissenschaftlerInnen nach dem 11. September 2001 proklamiert wurde (Bauböck 2003: 21). Er argumentiert, dass das Verständnis von Multikulturalismus als Mosaik mit klar abgegrenzten Teilen nicht mit der Realität

übereinstimmt, für welche die unbestrittene Dominanz der nationalen Kulturen sowie das Überlappen und der Übergang von Sprachen, Religionen und Herkunftsn kennzeichnend sind (Bauböck 2001a: 31). Bauböck betont, dass ImmigrantInnen nicht als Bedrohung für die soziale Kohäsion des Empfängerlandes betrachtet werden sollten, vorausgesetzt, dass gemeinsame Werte und Identitäten gefördert werden. Kultur und Geschichte der ImmigrantInnen müssen außerdem in das nationale Selbstbild einfließen, um das ausschließende Selbstverständnis der Empfängergesellschaften zu verändern (Bauböck 2003a: 22).

Vielfalt ist auch in der Europäischen Union ein Modewort geworden. Bezüglich des EU-Slogans „*Unity in Diversity*“ sind kritische Stimmen laut geworden, die auf das paradoxe Verhältnis zwischen kultureller „Einheit“ und kultureller „Vielfalt“ hinweisen, welches wiederum Exklusionsmechanismen auf europäischer Ebene schafft. Kulturelle Vielfalt sollte eher als dynamisches Prinzip gesehen werden, das auf einer transversalen Ebene ständig neu verhandelt werden muss (vgl. Kaufmann 2003: 2). Darüber hinaus sollte beachtet werden, dass ethnische Gruppen selbst untereinander große Unterschiede an den Tag legen. Alex Demirovic hat den unreflektierten Gebrauch von Kultur als soziale Kategorie scharf kritisiert: „*Einwanderer oder Flüchtlinge allein nach der Kultur zu unterscheiden und diese Kultur als ethnisches Merkmal zu betrachten, ist ein symbolischer Gewaltakt*“ (Demirovic 1997: 2).

Der Einfluss kultureller Minderheiten auf die kulturelle Vielfalt ist eines der Hauptthemen des Berichtes, der von österreichischen WissenschaftlerInnen für den Europarat verfaßt wurde: „*Transversal Study: Cultural Policy and Cultural Diversity. Country Report Austria*“ (2000) untersucht den rechtlichen Status und die Teilnahme der eingewanderten ethnischen Gruppen und der sechs offiziell anerkannten autochthonen ethnischen Minderheiten¹⁴ am österreichischen Kulturleben auf Länder- und Bundesebene. Laut Bericht tendieren die Bundesländer dazu, regionale kulturelle Traditionen der deutschsprachigen Mehrheit stark zu unterstützen (Baumgartner/Ellmeier/Perchinig 2000: 40). Die Bundespolitik unterscheide sich nicht sehr von dieser Haltung: „*In general, there is no organised response to the cultural diversity of immigrant groups in Austria and cultural activities mainly have to rely on private initiatives and funding. (...) Cultural policy towards immigrant groups thus directly reflects the exclusionist tradition of Austria's immigration policy and its general policy towards immigrants already living in this country*“ (ibid. 41). Auf Länderebene hat die Debatte über

¹⁴ KroatInnen, TschechInnen, UngarInnen, Roma, SlowakInnen und SlowenInnen

Diversität die Politik gegenüber ImmigrantInnen in Wien beeinflusst. Im Jahr 2002 beauftragte die Stadt Wien eine umfassende Studie mit dem Titel *„Migration, Integration, Diversitätspolitik“*, die den Status Quo der Integration in Wien und ihre veränderten Rahmenbedingungen analysiert. Die Studie untersucht ferner „best practices“ in europäischen, kanadischen und US-amerikanischen Städten und liefert konkrete Empfehlungen für eine zukünftige Diversitätspolitik. Laut AutorInnen besteht der große Vorteil einer Diversitätspolitik darin, dass die a priori Definition der ImmigrantInnen als „Problemgruppe“ überwunden wird (Stadt Wien 2002: 8). Vielmehr unterstützt eine *„Diversitätspolitik [...] den sozialen Zusammenhalt und macht den Blick frei für das wirtschaftliche und kulturelle Potenzial, das in einer Bevölkerung steckt, die internationale Bezugspunkte hat.“* (ibid. 8).

Während der wissenschaftliche Diskurs seine Beurteilung der kulturellen Vielfalt im positiven Sinne geändert hat, war diese Haltung bis vor kurzem im öffentlichen Diskurs kaum präsent. 1998 wurde auf Anfrage des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr eine Umfrage über Fakten, Meinungen und Einstellung der ÖsterreicherInnen zur internationalen Migration, ausländischen Bevölkerung und nationalen Migrationspolitik in Österreich durchgeführt. Sie zeigte, dass 31% der 2.000 befragten BürgerInnen AusländerInnen als Bereicherung der österreichischen Kultur empfanden, 40% sich jedoch wie „AusländerInnen im eigenen Land“ fühlten (Lebhart/Münz 1999: 79). Dennoch, wie eine spätere Umfrage im Jahr 2001 zeigte, gab sich die Haltung der österreichischen Bevölkerung zu einigen Integrationsbereichen und sozialpolitischen Fragen deutlich aufgeschlossener als zu Beginn der 1990er (Gisser 2003: 54; Lebhart 2004: 86). Laut Statistik hat die starke negative Einstellung zur Ausländerpräsenz und „ausländischen Kultur“ zwischen 1992 und 2001 in bemerkenswerter Weise nachgelassen (1992: 32%, 1998: 25%, 2001: 11%) (Lebhart 2004: 86).

4.2. ImmigrantInnen und der kulturelle Kontext: Essen, Sport, Mode und Kunst

Angesichts des begrenzten Umfangs dieser Studie und der weitreichenden Definition der folgenden Unterkapitel kann der hier aufgezeigte Überblick nur fragmentarisch sein. Interessante Bereiche wie Musik und Film mussten aus Platzgründen weggelassen werden. Die vorgestellten Projekte sind eine beispielhafte Auswahl dessen, was sich im österreichischen Kulturbereich während des letzten Jahrzehnts ereignet hat. Dennoch hat man

sich in der Forschung nicht genügend mit dem Einfluss der ImmigrantInnen in kultureller Hinsicht befasst, und Datensammlungen wie der „*Erste Österreichische Kreativwirtschaftsbericht*“ (2003) gehen nicht auf ImmigrantInnen oder Personen mit Migrationshintergrund ein.

4.2.1. Essen

Die Rolle der ethnischen Küche als Indikator für zunehmende kulturelle Vielfalt wurde bisher kaum von ForscherInnen behandelt, obwohl zu erwähnen ist, dass Österreich Mitglied der „*International Commission for Ethnological Food Research*“ ist. Der Einfluss von Immigration ist mit der steigenden Anzahl türkischer, asiatischer und lateinamerikanischer Restaurants, insbesondere in Städten, für alle sichtbar. Bernhard Fuchs macht auf die lange Tradition von ausländischen Rezepten in der österreichischen Geschichte aufmerksam: „*„Multikulturelle Küche‘ heißt der gegenwärtige Trend in der heimischen Gastronomie: Österreichs Spitzenköche mischen heimische Spezialitäten mit exotischen Köstlichkeiten. Doch die meisten traditionellen Gerichte unseres Landes sind ebenfalls Ergebnisse einer aktiven Aneignung fremder Eßkultur.*“ (Fuchs 1997: 41). Gleichzeitig führt er an, dass die Nische für ethnische Gastronomie in Österreich immer noch zu eng scheint, wenn man von den größeren Städten absieht. Deshalb kommen exotisches Gerichte manchmal nur zusammen mit vertrauten Speisen in so genannten „Mischlokalen“ auf die Speisekarte (ibid. 39). Trotzdem ist der moderne Trend „ethnische Gastronomie“ als Indikator für mehr Toleranz unter der einheimischen Bevölkerung auch kritisch betrachtet worden: „*Döner has become a German word. However, it would be naïve to regard the adoption of ethnic food or music by the native population as a sign of cultural openness.*“ (Bauböck 2001b: 12).

Wirtschaftlich gesehen sind ethnische Nahrungsmittelgeschäfte und Restaurants oft der Ausgangspunkt für die Entwicklung von ethnischen Unternehmen, die zu Beginn vor allem die eigene Gemeinschaft versorgen und später die ganze Bevölkerung erreichen. Laut den letzten erhältlichen Zahlen waren im Jahre 1999 3.7% aller selbständigen Personen in Österreich im Besitz einer ausländischen Staatsbürgerschaft. In Wien betrug der Prozentsatz der ausländischen StaatsbürgerInnen unter den Selbständigen 10% (Volf/Bauböck 2001: 75).¹⁵

¹⁵ 1991 (letzte verfügbare Zahlen) betrug der Anteil der Ex-Jugoslawischen und türkischen StaatsbürgerInnen im Einzelhandel 16.9%, bzw. 30% und im Wiener Restauranthandel 28.7% bzw. 30% (Europaforum 2002: 211). Dennoch sind die meisten Unternehmen in diesen Sektoren durch einen Mangel an Kapital und

4.2.2. Sport

Im Sportbereich werden akademische und öffentliche Debatten insbesondere unter den Aspekten der Xenophobie und Integration von AusländerInnen geführt: Zwei Diplomarbeiten über eingewanderte Fußballspieler wurden an der Universität Wien publiziert (vgl. Tunst 2004, Kordik 1994), und 2002/2004 fanden Vorlesungen unter dem Titel „*Globale Spieler. Kultur, Wirtschaft und Politik des Fußballs*“ an der Wiener Universität im Studiengang Internationale Entwicklung statt. Es wurde beobachtet, dass kulturelle Unterschiede selbst im Sportbereich eine wichtige Rolle spielen (vgl. Fanizadeh 2000: 6). Im Großen und Ganzen ist die Situation von ausländischen Fußballspielern ambivalent: einerseits bieten sportliche Aktivitäten eine gute Gelegenheit, sich erfolgreich zu integrieren, wie Forschungsstudien über die Beziehung zwischen österreichischen und ausländischen Spielern gezeigt haben (vgl. Fischer 2000: 201). Andererseits ist es ein Bereich, in dem Xenophobie und Rassismus offen gezeigt werden (Tunst 2004: 80).

Seit dem europäischen Jahr gegen Rassismus (1997) beschäftigt sich die österreichische Fußballkampagne „*Fairplay. Viele Farben. Ein Spiel*“ mit der Konzipierung und Implementierung von anti-diskriminierenden, anti-rassistischen und integrativen Maßnahmen im Sport, insbesondere im Fußball (vgl. <http://www.vidc.org/vidc/organisation/vidc.htm>). Das Projekt hat sich unter anderem auch zum Ziel gesetzt, Forschung bezüglich Fußball zu fördern. Im Kontext von Immigration und Sport wird es interessant sein, diese Entwicklung zu verfolgen.

4.2.3. Mode

In den letzten Jahren hat Modedesign in Österreich an Bedeutung gewonnen, insbesondere aus einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt (zum Unternehmerstandort Wien im Zusammenhang mit Mode, siehe Kalchmann 2001). Eine bundesweite Umfrage über Modekultur in Österreich und deren Internationalisierung, die 1999 vom österreichischen Bundeskanzleramt in Auftrag gegeben wurde („*Österreich in Mode. Bundesweite Untersuchung zur Internationalisierung österreichischer Mode*“), hat zu einer neuen Förderpolitik und zur Gründung von eigenen Modebüros geführt („*UNIT F – büro für mode*“,

unternehmerischem Wissen gekennzeichnet, und sie behalten in ihren Sektoren jeweils eine marginale Position (ibid.).

„fashionOffice.org“), mit dem Ziel, junge Modedesigner zu unterstützen. Dies hat die Modelandschaft in Österreich erheblich verändert, was auch eine beträchtliche Anzahl ausländischer ModekünstlerInnen betrifft. Dennoch gibt es große Forschungslücken in Bezug auf das Thema Mode und Immigration. Abgesehen von einer kurzlebigen politischen Debatte über den Schleier, den Frauen als Zeichen ihrer muslimischen Zugehörigkeit tragen, hat es weder eine akademische, noch eine öffentliche Diskussion in diesem Bereich gegeben.

Dennoch sollte der Einfluss der ImmigrantInnen in dieser Hinsicht nicht vernachlässigt werden. Atil Kutoglu, der in der Türkei geboren wurde und seine Karriere in Österreich begonnen hat, ist heute einer der wenigen international erfolgreichen und geschätzten ModeschöpferInnen. Gemäß Andreas Bergbaur¹⁶ macht sich der Einfluss der ImmigrantInnen auf die Mode insbesondere im Bildungsbereich bemerkbar: der Prozentsatz der DrittstaatsbürgerInnen, die an der Universität für Angewandte Kunst Mode studieren, ist bemerkenswert hoch. Er betont auch, dass die ausländische Herkunft dieser Studierenden von einem ästhetischen Standpunkt aus in ihre Kreationen und Entwürfe eindeutig einfließt.¹⁷ Mode ist auch zu einem Thema innerhalb des Vereins „Echo“ geworden, der Mode in seine Tätigkeiten und in die Artikel seiner Zeitschrift aufnimmt.

4.2.4. Kunst

Anlässlich des Jubiläums von 40 Jahren Arbeitsmigration in Österreich im Jahr 2004 organisierte das Historische Museum Wien zusammen mit der NGO „Initiative Minderheiten“ zwei umfassende Ausstellungen und eine Filmserie unter dem Titel „Gastarbajteri – 40 Jahre Arbeitsmigration / Medien und MigrantInnen / MigrantInnen im Film“. Ein Jahr zuvor (2003) war die internationale Ausstellung „Crossing the Line. Human Trafficking“ in der Kunsthalle Wien gezeigt worden, ein weiterer Beitrag zur öffentlichen Diskussion über illegale Migration, Schmuggel und Menschenhandel.

Eine Sparte, in der vieles von und für ImmigrantInnen gemacht wird, ist der Theaterbereich. In Wien gibt es zwei etablierte Theater („Interkulttheater“, „Theater des Augenblicks“), deren DirektorInnen türkischer Abstammung sind; weiters gibt es eine Vielzahl von Theaterprojekten und kleinen alternativen Theatergruppen, die das Thema Migration vermehrt in einen kulturellen Kontext setzen. „Lalish-Theaterlabor“, „Die Fremden“, „Die

¹⁶ Assistent an der Universität für Angewandte Kunst in Wien und Mitgründer des UNIT F – büro für mode

¹⁷ Telefongespräch am 17. Juni 2004

Menschenbühne“ und *„Reiches Afrika“* sind einige der Migrantensembles in Österreich (vgl. Wagner/Schwinghammer/Hüttler 2003). Das Buch *„Theater. Begegnung. Integration?“* (2003), das von der Gesellschaft für TheaterEthnologie herausgegeben wurde, ist eine erste Bestandsaufnahme von Theatergruppen und Projekten von ethnischen und religiösen Minderheiten in Österreich, in der AkademikerInnen und im Bereich tätige Personen über die Möglichkeit nachdenken, ob interkulturelles Theater zum Prozess der Kommunikation, des Respekts und des Verständnisses des „Anderen“ beitragen kann. Die gemeinsame Kritik der AutorInnen richtet sich gegen die österreichische Kulturpolitik im Allgemeinen, der es *„an der grundsätzlichen Bereitschaft [mangelt], eine tragfähige Infrastruktur für die Entfaltung und Etablierung einer „MigrantInnen-Kultur“ zu schaffen. Multikulturell ausgerichtete Events degenerieren häufig zu Veranstaltungen mit Jahrmarktcharakter, bei denen künstlerisch tätige MigrantInnen wie dereinst Exoten ausgestellt werden.“* (ibid. 180).

4.2.5. ImmigrantInnen und Medien

Dem Bereich der Medien wird von der Forschung am meisten Aufmerksamkeit geschenkt. In den letzten Jahren hat sich die Forschungsperspektive leicht vom Fokus auf die anerkannten Minderheiten hin zu den „neuen Minderheiten“ im Anschluss an die Gastarbeiterimmigration verschoben. In diesem Zusammenhang muss man die hohe Konzentration auf dem österreichischen Medienmarkt berücksichtigen (Radio, Fernsehen, Printmedien)¹⁸, welche die Entwicklung von ImmigrantInnenmedien schwerwiegend behindert hat. Rechtliche Einschränkungen sowie die späte Öffnung des Marktes für private Fernseh- und Radiostationen haben ebenso zu dieser Situation beigetragen (vgl. EUMC 2002: 312). In der Folge einer gesetzlichen Neuerung im Jahr 2001 wurde die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt ORF verpflichtet, ein hinreichendes Ausmaß an Programmen in den Sprachen der autochthonen ethnischen Minderheiten auszustrahlen. Diese Regelungen schließen jedoch Immigrantengruppen nicht ein (vgl. Busch/Kogoj/Peissl 2001; ORF Gesetz vom 31. Juli, 2001).

Ethnischen Minderheitengruppen bietet der ORF Sendungen in den Minderheitensprachen sowohl im Radio¹⁹ als auch im Fernsehen²⁰ an. Zudem führt die Abteilung „Ethnische

¹⁸ Zu den Daten siehe <http://www.media-analyse.at>

¹⁹ Der lokale Radiosender des ORF in Wien (*Radio Wien*) sendet jeden Sonntag Abend eine halbstündige Radiosendung zu Minderheitenthemen. Der Radiosender *Radio 1476* sendet regelmäßig in den Sprachen der offiziell anerkannten ethnischen Minderheiten und einiger Immigrantengruppen. Dieser Radiosender ist ein

Projekte“ eine Homepage, die sich den Themen von Minderheiten und ImmigrantInnen widmet.²¹ Dennoch haben mehrere AutorInnen kritisiert, dass Minderheiten und ImmigrantInnen nur eine marginale Rolle in den österreichischen Medien spielen, dass ferner die Medien und Programme, die sich speziell an Minderheiten und ImmigrantInnen richten, eine begrenzte Reichweite haben, und dass zudem die Möglichkeiten der Teilnahme an Medienproduktionen und -präsentationen für ImmigrantInnen oft eingeschränkt sind (vgl. EUMC 2002: 313; Volf 2001: 126).

In diesem Zusammenhang ist Radio – insbesondere der private, freie, nicht kommerzielle Sektor – von großer Bedeutung für ImmigrantInnengruppen. Radiostationen wie „Radio FRO“, „Radio Orange“ oder „Radiofabrik“ bieten den ImmigrantInnen die Chance, ihre eigenen Sendungen in mehreren Sprachen zu gestalten und produzieren. Diese Möglichkeiten haben auch zur Produktion von Minderheitenprogrammen beigetragen, die sich an die Bevölkerungsmehrheit richten (vgl. Böse/Kogoj 2002: 300-302; Kogoj 2002c: 42-43). Das Internet wurde ebenfalls zu einem wichtigen Medium: in den letzten Jahren sind zahlreiche Internetseiten, die von Migrantenorganisationen oder religiösen Gruppen geführt werden, online gestellt worden.²² Fast alle Organisationen und Vereine im Bereich der Integration betreiben ihre eigenen Homepages, die manchmal zwei- oder dreisprachig sind.²³ Zahlreiche Projekte, die sich an die zweite Generation richten, haben auch ihre eigenen Internetseiten, die nicht nur ihre Projekte zeigen, sondern auch als Diskussionsforum dienen.²⁴ „MONA“ (*Migration Online Austria*) ist eine Internet-Plattform, die den LeserInnen die letzten Nachrichten und Projekte bezüglich Migration, Integration und Anti-Rassismus präsentiert.²⁵

Die Printmedien der MigrantInnen beschränken sich laut Böse/Haberfellner/Koldas (2001: 10-11) auf Veröffentlichungen von einzelnen Vereinen sowie Informationsblätter von Migrantenvereinen in Österreich. „Stimme von und für Minderheiten“, „Die Bunte Zeitung“,

Projekt des ORF, der seine Studioinfrastruktur und einen Mittelwellensender auch NGOs und unabhängigen ProduzentInnen zur Verfügung stellt. (<http://1476.orf.at>)

²⁰ Das Fernsehprogramm „Heimat, fremde Heimat“, das von der Minderheitenredaktion des ORF produziert wird, strahlt jeden Sonntag Mittag auf dem Kanal ORF 2 eine halbe Stunde Informationen zu Minderheitenthemen aus. In Kärnten und im Burgenland wird die Sendung in der Sprache der jeweiligen ethnischen Minderheiten des Bundeslands übertragen und konzentriert sich auf ihre Themen; in übrigen Österreich empfängt man die Sendung hauptsächlich auf Deutsch und diese konzentriert sich auf die Situation der ImmigrantInnen.

²¹ <http://volksgruppen.orf.at/volksgruppen/integration>

²² z.B. www.jedinstvo.at, www.jogoton.com, www.Turklook.at, www.islam.at, www.jbbz.at

²³ Eine umfassende Link-Liste ist unter www.wif.wien.at zu finden

²⁴ z.B. www.echo.non.at, www.interface.or.at, www.topone.at

²⁵ www.migration.cc

„Zebratl“ sind Beispiele von Zeitschriften von und für MigrantInnen, die auf Deutsch erscheinen, „Echo“ und „Top One“ sind Magazine von und für die zweite Generation.

Im Allgemeinen kritisieren ForscherInnen nicht nur das spärliche Medienangebot für Minderheiten und MigrantInnen, sondern auch den Mangel an „Minderheitenthemen“ in den Hauptmedien, und die Art und Weise, wie Minderheiten und ImmigrantInnen in den Hauptprogrammen präsentiert werden. Mit ihrer Analyse der Minderheitenprogramme des ORF kritisieren Böse/Kogoj die marginale Position, die sogar den anerkannten Minderheiten gewährt wird, indem sich die Programme auf kulturelle Traditionen und Folklore konzentrieren und Minderheiten manchmal als „exotische“ Gruppe präsentiert werden (vgl. Böse/Kogoj 2002: 299-300; 306; vgl. Schruiff 1999). Dennoch ist die Minderheitenredaktion des ORF ein Partner im neuen EU-gesponserten Projekt „*Online/More Colour in the Media*“, das Minderheiten in den Hauptmedien vermehrt vertreten will.

Verschiedenen AutorInnen zufolge liegt die Verbreitung von stereotypen Bildern auch am Mangel an Personal im Medienbereich mit Migrations- oder Minderheitenhintergrund (JournalistInnen, ReporterInnen, ModeratorInnen usw.) (vgl. Volf 2001: 126). Außerdem sollten ImmigrantInnen oder Minderheitenmitglieder nicht nur von ImmigrantInnen- bzw. Minderheitenthemen berichten, sondern auch in den etablierten Programmen vertreten sein und somit die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln. Berghold/Menasse/Ottomeyer (2000: 15) stellen die Notwendigkeit fest, ImmigrantInnen in der Öffentlichkeit (in den Medien, in der Verwaltung usw.) zu vertreten, um so zu einer Verminderung der Vorurteile und der voreingenommenen Vorstellungen beizutragen.

Heute kann jedoch schon eine leichte Veränderung festgestellt werden, insbesondere was den Fernsehbereich angeht: Personen mit Migrationshintergrund werden nicht mehr nur im Zusammenhang mit Minderheiten- oder ImmigrantInnenthemen gezeigt, sondern als anerkannte und teilnehmende Gruppen der Gesellschaft. Im ORF werden ModeratorInnen mit Migrationshintergrund zunehmend in Haupt- oder Jugendsendungen eingesetzt. Um ein konkretes Beispiel anzufügen: der erste bundesweite Privatsender ATV+ strahlt eine Sendung („*Unkürrekt*“) aus, die von Angehörigen der zweiten Generation produziert und präsentiert wird.

5. Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft: der politische Kontext

*(in Konsultation mit Dr. Bernhard Perchinig, Österreichische Akademie der Wissenschaften,
Kommission für Migrationsforschung)*

5.1. Die Partizipation von ImmigrantInnen im politischen System Österreichs

Wenn der Frage nach dem Einfluss von ImmigrantInnen in politischen Parteien, Gewerkschaften und anderen politischen Organisationen nachgegangen werden soll, so haben wir zu diesem Thema nur wenige Studien zur Verfügung. Dennoch besteht im österreichischen wissenschaftlichen Diskurs grundsätzlich Einigkeit darüber, dass Drittstaatsangehörige weitgehend von politischer Partizipation ausgeschlossen sind. Mehrere ForscherInnen weisen darauf hin, dass die mangelnden Möglichkeiten für politische Partizipation ein ernst zu nehmendes Problem für die österreichische Demokratie darstellen (Wiener Integrationsfonds 2003b; Fassmann/Stacher 2003; Wiener Integrationsfonds 2001). Darüber hinaus ist man sich einig, dass der langfristige Ausschluss eines Teils der Gesellschaft vom politischen Entscheidungsprozess das demokratische Prinzip des „*quod omnes tangit de omnibus approbetur*“ („Was alle betrifft, soll von allen gebilligt werden“) (Bauböck 2003b: 26) verletze. Dies hat nicht nur Konsequenzen für jenen Teil der Bevölkerung, der von politischer Partizipation ausgeschlossen ist, sondern auch für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

5.1.1. Die Struktur politischer Möglichkeiten („political opportunity structure“): Wahlrechte

Zahlreiche Autoren, wie etwa Rainer Bauböck, befürworten eine Ausweitung des kommunales Wahlrechts auf Drittstaatsangehörige (2003b: 34), denn derzeit sind diese in Österreich auf keiner der drei Ebenen politischer Repräsentation (Gemeinderat, Landtag, Nationalrat) berechtigt zu wählen oder gewählt zu werden. Politische Partizipation in Gewerkschaften und Interessensvertretungen ist zwar möglich, jedoch nur beschränkt: Drittstaatsangehörige besitzen das aktive, jedoch nicht das passive Wahlrecht. Wie König/Stadler (2003: 250) betonen, ist Österreich nach wie vor der einzige Staat innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums, in dem DrittstaatsbürgerInnen über kein passives Wahlrecht bei Betriebsratswahlen verfügen. Türkische StaatsbürgerInnen sind aufgrund des

Assoziierungsabkommens EWG-Türkei von 1963 von diesen Einschränkungen ausgenommen: nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Jahr 2003 (C-171/01, 8.5.2003), sind türkische StaatsbürgerInnen in Betriebsratswahlen, Arbeiterkammerwahlen und Wahlen der Österreichischen Hochschülerschaft sowohl aktiv als auch passiv wahlberechtigt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass die Mitgliedschaft in den gesetzlichen eingerichteten Interessenvertretungen wie etwa der Arbeiterkammer für *alle* ArbeitnehmerInnen/Studierende – ungeachtet ihrer Nationalität – gesetzlich verpflichtend ist.

Was das Wahlrecht für Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene betrifft, so hat der Wiener Landtag im Jahre 2002 das Wahlrecht auf Bezirksebene²⁶ für Drittstaatsangehörige nach fünfjähriger Niederlassung eingeführt. Nach Anfechtung dieser Änderung des Wahlrechts durch Landtagsabgeordnete der ÖVP und FPÖ, wurde das so genannte „*Ausländerwahlrecht*“ vom Verfassungsgerichtshof jüngst als verfassungswidrig erklärt (VfGH 30.06.2004, G 218/03-16). In Zukunft wird für eine Ausweitung des Wahlrechts auf Drittstaatsangehörige eine Verfassungsänderung notwendig sein, wofür wiederum eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat erforderlich ist.

Matthias Tschirf bringt die Sache auf den Punkt: „*Die Staatsbürgerschaft ist ein ganz entscheidendes Kriterium*“ (Tschirf 2002: 439). Wahlrechte sind (mit den erwähnten Ausnahmen) an den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft gebunden; mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft wird dem Integrationsprozess im juristischen Sinne ein Ende gesetzt. Dieser Fokus auf die Staatsbürgerschaft als entscheidendes Moment in der Frage der politischen Beteiligung von ImmigrantInnen führt zu einem Paradoxon: mit der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft wird den ImmigrantInnen das Recht gewährt, sich politisch zu artikulieren, gleichzeitig gelten sie ab diesem Zeitpunkt jedoch nicht mehr als ImmigrantInnen.²⁷

²⁶ Die Stadt Wien setzt sich aus 23 Bezirken mit gewählten BezirksrätInnen zusammen. Da in Wien der Gemeinderat gleichzeitig als Landtag fungiert, üben EU-BürgerInnen im Rahmen der Bezirksratswahlen ihr Wahlrecht auf lokaler Ebene aus.

²⁷ Es ist ein allgemeines statistisches Problem, dass ImmigrantInnen, sobald sie die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben, in der Bevölkerungsstatistik nicht mehr als ImmigrantInnen, sondern als ÖsterreicherInnen aufscheinen. Mit der Einrichtung eines umfassenden Bevölkerungsregisters (POPREG) durch die Statistik Austria wird es in Zukunft jedoch möglich sein, genauere Angaben über die Anzahl der in Österreich lebenden Personen mit Migrationshintergrund zu machen, auch wenn diese bereits eingebürgert wurden.

5.1.2. Die Struktur politischer Möglichkeiten: Einbürgerung

In vielen Einwanderungsländern ist die Einbürgerung der traditionelle Weg zur politischen Partizipation. Die Einbürgerungsbedingungen in Österreich sind allerdings verhältnismäßig streng²⁸. Zwischen 1981 und 2001 wurden rund 275.000 ZuwanderInnen eingebürgert (Waldrauch/Çinar 2003: 277). Die Gesamtzahl der eingebürgerten Personen mit Migrationshintergrund, die heute in Österreich leben, kann nur geschätzt werden: sie beträgt in etwa 408.500 Personen (Lebhart 2003: 265). Einer kürzlich veröffentlichten Umfrage unter MigrantInnen in Wien zufolge, lag die Wahlbeteiligung eingebürgerter Personen an den Gemeinderatswahlen 2001 bei 48%, also deutlich niedriger als die allgemeine Beteiligung von 65% (SORA 2002: 62). Da es keine Studien über das Wahlverhalten eingebürgerter ImmigrantInnen bei anderen Wahlen auf Landes- oder Bundesebene gibt, ist es nicht möglich, zuverlässige Schlussfolgerungen aus den Auswirkungen der Einbürgerung auf die politische Partizipation von ImmigrantInnen und deren politische Aktivitäten im Allgemeinen zu ziehen.

Bei den Nationalratswahlen im Jahr 2002 kandidierten 29 Personen mit Migrationshintergrund. Gemäß dem Prinzip, dass die Ausübung öffentlicher Ämter österreichischen StaatsbürgerInnen vorbehalten ist (Art. 3, Staatsgrundgesetz), waren alle dieser Personen eingebürgert. Bei den Wiener Gemeinderatswahlen 2001 wurden vier eingebürgerte KandidatInnen zu Landtagsabgeordneten gewählt und mehr als 30 ImmigrantInnen der ersten und zweiten Generation zu BezirksrätInnen (Grasl 2003: 144). Im Jahr 2004 wählten die Wiener Grünen die gebürtige Griechin Maria Vassilakou zur Grünen Klubchefin im Landtag und ernannten sie zur Spitzenkandidatin für die nächsten Gemeinderatswahlen. Über die Anzahl eingebürgerter ImmigrantInnen in anderen Gemeinderäten oder in den Landtagen stehen keine Zahlen zur Verfügung, und noch gibt es keine Studien, die sich genauer mit ImmigrantInnen in politischen Parteien oder Interessensvertretungen auseinandersetzen. Eine Ausnahme bildet jedoch die Studie über Wiener Landtagsabgeordnete und BezirksrätInnen mit Migrationshintergrund von Alexandra Grasl (2002), die zeigte, dass deren Auffassung von Ethnizität und ihr jeweiliges

²⁸ ImmigrantInnen erlangen erst nach dreißig Jahren Niederlassung in Österreich einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Einbürgerungen können jedoch nach behördlichem Ermessen nach zehn Jahren Niederlassung erfolgen bzw. wenn der/die AntragstellerIn die berufliche und persönliche Integration nachweisen kann bereits nach sechs Jahren. Notwendige Bedingungen für die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft sind u.a. ein gesicherter Lebensunterhalt, ausreichende Deutschkenntnisse sowie keine strafrechtliche Verurteilung zu mehr als drei Monaten Gefängnisstrafe. Da in Österreich keine Doppelstaatsbürgerschaft erlaubt ist, müssen AntragstellerInnen nachweisen, dass sie ihre vorhergehende Staatsbürgerschaft zurückgelegt haben.

Selbstverständnis als eingebürgerte ImmigrantInnen eine große Rolle in ihrem politischen Engagement spielt.

5.1.3. Die Struktur politischer Möglichkeiten: andere Formen der Partizipation

Als alternative Form der politischen Partizipation für ImmigrantInnen auf kommunaler Ebene, wurden in mehreren Städten gewählte Ausländerbeiräte eingerichtet, die beratende Funktionen im Gemeinderat erfüllen. Der erste Ausländerbeirat wurde 1996 in Linz eingerichtet. In der Steiermark beschloss der Landtag 1999 ein Gesetz (Stmk. LBGL. 1999/82), das alle Städte mit mehr als 1000 niedergelassenen ausländischen BürgerInnen zu Ausländerbeiratswahlen verpflichtet. Ausländerbeiräte wurden 2002 in Kapfenberg, Knittelfeld und Leoben und 2003 in Graz von niedergelassenen ausländischen BürgerInnen gewählt, wenn auch mit einer verhältnismäßig niedrigen Wahlbeteiligung (Graz 2003: 14,26%²⁹). Derzeit ziehen mehrere kleinere Städte wie z.B. Dornbirn oder Krems die Bildung von Ausländerbeiräten als Teil einer Strategie zur lokalen Integration im Rahmen eines EQUAL-Projekts³⁰ in Erwägung. Leider liegen keine Studien vor, die die Auswirkungen der Ausländerbeiräte auf die Selbstorganisation von ImmigrantInnen und die Artikulation ihrer politischen Forderungen analysieren.

In der Stadt Wien wurde 1999 die so genannte „*Integrationskonferenz*“ eingerichtet. Diese ist ein regelmäßiges Treffen (zwei- bis dreimal im Jahr) von MigrantInnenvereinen, die auf Einladung der Stadträtin für Integration³¹ aktuelle politische Themen diskutieren. Die Integrationskonferenz hat jedoch kein rechtliches Mandat.

5.1.4. Politische Mobilisierung von ImmigrantInnen und ihre Auswirkung

Einer Studie des Instituts für Social Research and Analysis über ImmigrantInnen in Wien zufolge (SORA 2002), waren etwa 60% der Befragten an österreichischer Politik interessiert und etwa 50% an der Politik ihres Herkunftslandes bzw. das ihrer Eltern (ibid. 55). Ausschlaggebende Faktoren, die das Interesse an österreichischer Politik beeinflussen, waren das Bildungsniveau sowie Deutschkenntnisse. Unter eingebürgerten ImmigrantInnen war das Interesse bedeutend größer als unter Drittstaatsangehörigen (68% bzw. 54%). 70% der

²⁹ http://www.graz.at/x_wahl2003/erg/alwahl.htm, Zugriff im Juli 2004

³⁰ <http://www.equal-noe-lak.at/frames.php?startpage=1>, Zugriff im Juli 2004

³¹ Ehemals Frau Mag. Renate Brauner, heute Frau Mag. Sonja Wehsely

befragten DrittstaatsbürgerInnen meinten, sie würden sich an den Gemeinderatswahlen beteiligen, wenn sie dazu berechtigt wären (ibid. 63).

Es gibt keine Angaben über das Interesse an Politik und über die Partizipation von niedergelassenen AsylwerberInnen, aber wie eine Studie der Caritas Österreich zeigt, sind anerkannte Flüchtlinge in großem Maße an der österreichischen Politik interessiert: 67% der Befragten gaben an, dass sie entweder an der Politik in Österreich und in ihrem Herkunftsland interessiert seien, oder nur an österreichischer Politik. Hingegen waren nur 4% ausschließlich an der politischen Situation ihres Herkunftslandes interessiert (Caritas 2002: 78).

Bei den Arbeitskammerwahlen im Mai 2004 konnte man mehrere MigrantInnenlisten wählen, wie z.B. „Bündnis Mosaik“, „Bunte Demokratie für Alle“, und „Neue Bewegung für die Zukunft“. Sie erhielten jedoch nur wenig Aufmerksamkeit („Bunte Demokratie für Alle“ erreichte in Wien nur 1.0%³²). Die Mehrheit der ImmigrantInnen wählte demnach die allgemeinen Listen der etablierten Parteien. In den meisten Bundesländern kandidierten ÖsterreicherInnen türkischer Herkunft für die MigrantInnenlisten oder für die Listen der etablierten Parteien.

Die Wahrnehmung der politischen Mobilisierung von ImmigrantInnen durch die österreichische Bevölkerung ist ein weitgehend unerforschtes Gebiet. Dennoch ist aus den Studien des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (1992, 1998, 2001) ab 1992 eine positive Tendenz im Bereich der Integrationspolitik klar zu erkennen: Während sich 1998 bei der Umfrage „*Migration und Fremdenfeindlichkeit*“ 42% der österreichischen Bevölkerung mit der Aussage einverstanden erklärten, dass jegliche politische Aktivität der im Land niedergelassenen AusländerInnen zu verbieten sei, (Lebhart/Münz 1999: 72; vgl. Hintermann 2001), sank im Jahr 2001 die Zustimmung in der österreichischen Bevölkerung zu diesem Satz auf 35% (minus 7 Prozentpunkte). Die Ablehnung dieser Aussage bezüglich der Möglichkeiten der politischen Mobilisierung von ImmigrantInnen stieg dagegen von 36% (1998) auf 40% (2001) (Lebhart 2004: 101).

Auf politischer Ebene hat Immigration noch keine Debatte über post-nationale Formen der Integration ausgelöst, in der Forschung macht sich der Einfluss der Immigration jedoch immer stärker bemerkbar. Appelt (2001: 7; 13) stellt fest, dass wenn demokratische Politikformen

³² http://www.gpa-fsg.at/content/akwahl2004/wien_sora.htm, Zugriff im Juli 2004

das nächste Jahrhundert überleben wollen, Demokratie und ihre fundamentalen Prinzipien von Freiheit und Gleichheit für *alle* seine BürgerInnen neu konzipiert werden müssen. Obwohl Abgrenzung und Differenzierung zwischen BürgerInnen und AusländerInnen übliche Erscheinungen einer nationalstaatlichen Demokratie sind, ist die ausschlaggebende Frage wie die Grenzen zwischen diesen Gruppen gezogen werden (Reiterer 2000: 55). Bauböck schlägt das Prinzip der „Wohnbürgerschaft“ (Bauböck: 2001c) vor: Dieser Ausdruck soll nahelegen, dass sich einige wesentlichen Bürgerrechte nicht auf die formale Staatsangehörigkeit stützen sollten, sondern aus Aufenthalt oder Beschäftigung abgeleitet werden, so wie es bereits für EU-BürgerInnen der Fall ist. Sein Hauptargument lautet folgendermaßen: *“we should conceive of the city as a political space inside the territorial nation-state where multicultural and transnational identities can be more freely articulated than at the provincial or national level.”* (ibid. 3). Demnach empfiehlt er, dass Staaten und insbesondere EU-Mitgliedstaaten eine Antidiskriminierungsklausel annehmen sollten, und somit dauerhaft niedergelassenen DrittstaatsbürgerInnen erlauben, in ihrer Wohngemeinde politische Rechte zu erlangen (ibid. 17).

5.2. Selbstorganisation von ImmigrantInnen in Österreich

Obwohl Migrantenvereine eine traditionelle Form von Partizipation der EinwanderInnen im öffentlichen Leben sind (Waldrauch/Sohler 2003: 16), sind ihre Rolle und Funktionen erst ab Ende der 1990er Jahre näher untersucht worden. Im Jahre 2003 wurde vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung (Waldrauch/Sohler 2003) eine umfassende empirische Studie über Migrantenorganisationen in Wien fertiggestellt. Neben einem quantitativen Überblick über 544 Migrantenorganisationen und einer Analyse der Strukturen, grundlegenden Zielsetzungen, Aktivitäten und Ausrichtungen, liefert die Studie außerdem eine gute Übersicht über die bereits bestehende Forschungsliteratur. Eine weitere Studie, die eine Bestandsaufnahme von 447 MigrantInnenorganisationen außerhalb Wiens bietet, wurde im Rahmen des EQUAL-Projekts „MIDAS“ zusammengestellt, das die Stärkung der Selbstorganisation von ImmigrantInnen anstrebt³³. Demnach sind etwa 1000 Migrantenorganisationen in Österreich zu finden, jedoch sind nicht alle in gleichem Maße im politischen Sinne von Selbstorganisation relevant.³⁴

³³ <http://www.midasequal.com/de/empowerment/index.html>

³⁴ Diese große Anzahl an MigrantInnenorganisationen in Österreich sollte nicht überschätzt werden – die meisten Organisationen betätigen sich nicht im politischen, sondern im sozialen, kulturellen und religiösen Bereich oder im Sportbereich. Andere beziehen sowohl ImmigrantInnen als auch Einheimische mit ein („gemischte Vereine“).

Freiwilliges Engagement als Form der Selbstorganisation wurde in einer Studie von Margit Grilz-Wolf und Charlotte Strümpel im Rahmen des europäischen Programms „*Migrant and Ethnic Minority Volunteering*“ analysiert, die alle bestehenden Angaben über bürgerschaftliches Engagement von ImmigrantInnen in Österreich sammelt und Beispiele von Best-practices sowie Empfehlungen für die Zukunft abgibt (Grilz-Wolf/Strümpel 2003).

Andere ForscherInnen haben sich auf eine bestimmte Gruppe von ImmigrantInnen oder auf ethnische Minderheiten konzentriert. Sabine Kroissenbrunner hat polnische und türkische Selbstorganisationen analysiert (1995, 1996, 1997) und sich mit der Korrelation von Migration und Religion beschäftigt, insbesondere mit Organisationsformen des Islam in Österreich (2001, 2003). Ljubomir Bratić fokussiert auf die Geschichte der Selbstorganisationen von aus Ex-Jugoslawien stammenden Personen. Er unterscheidet dabei zwischen den Organisationsformen von „GastarbeiterInnen“, wo eher Kultur- und Sportaktivitäten im Mittelpunkt stehen, und den Organisationen von politischen EmigrantInnen, die eher als politische Exilorganisationen gesehen werden können (vgl. Bratić 2000, 2001, 2003). Unter der Selbstorganisation von MigrantInnen versteht er „*jene defensiven und partizipationsorientierten Gruppen, die das soziale Gefüge und das politische Agieren der MigrantInnen wesentlich prägen*“ (Bratić 2004: 64).

Anhand der verfügbaren Studien können die meisten Migrantenorganisationen als multisektoral und multifunktional charakterisiert werden (Waldrauch/Sohler 2003: 18; vgl. Schröttner/Sprung 2003). Während Organisationen der „ersten Generation“ ihre Aktivitäten eher auf ImmigrantInnen des gleichen Herkunftslandes konzentrieren, erweitert die zweite Generation, die langsam die Führung übernimmt, ihre Aktivitäten oft im Zusammenhang mit Themen wie Anti-Diskriminierung aus einer interkulturellen Perspektive (vgl. Waldrauch/Sohler 2003). Laut der erwähnten Studie über MigrantInnenvereine von Waldrauch/Sohler ist die Zahl der islamischen Organisationen seit den 1980ern beträchtlich gestiegen. In der Zwischenzeit hat sich ein dichtes Netzwerk von Moscheen und Vereinen entwickelt (2003: 284), die nicht nur Orte der religiösen Betätigung, sondern auch Raum der sozialen Begegnung sind und Sprachkurse, Kinderbetreuung und andere Formen sozialer Unterstützung anbieten.

Von den 554 durch Waldrauch und Sohler erfassten Organisationen in Wien wurden nur 56 als „politisch“ identifiziert (Waldrauch/Sohler 2003: 429). Vereine, die nur von ImmigrantInnen betrieben werden, konzentrieren sich zumeist auf interne Aspekte der jeweiligen Community, wohingegen gemischte Vereine größeres Interesse an allgemeineren Belangen zeigen.

Obwohl eine relativ große Anzahl an MigrantInnenvereinen in Österreich ausfindig gemacht worden ist, gibt es keine Studien über ihren Einfluss auf die allgemeine politische Integration von ImmigrantInnen.

5.3. Transnationale politische Mobilisierung

Während bis in die 1990er Jahre der internationale und nationale wissenschaftliche Diskurs Immigration nur in eine Richtung betrachtete, nämlich vom Herkunftsland zum Niederlassungsland, herrscht nun Einstimmigkeit darüber, dass ImmigrantInnen ihre Beziehungen zum Herkunftsland oder zur Herkunftsregion nicht aufgeben. Dieser neue Fokus auf Transnationalismus hat zu einer Wahrnehmung von Immigration als Zustand mehrfacher Zugehörigkeit geführt: *„Transnationalism leads to an institutional expression of multiple belonging: the country of origin becomes a source of identity, the country of residence a source of rights, and the emerging transnational space a source of political action combining the two or more.“* (Kastoryano 2001, in IOM 2003: 20-21). ImmigrantInnen *„verbinden zwei oder mehrere lokale Kontexte zu neuen sozialen Räumen oder transnationalen Gemeinschaften“* (Akkiliç/Strasser 2003: 17) und geben ihre Bindung zum Herkunftsland nicht auf, was zu vielfältigen Interaktionen wie Rückreisen, Geldüberweisungen und transnationaler Kommunikation führt (Fassmann 2003: 437). In diesem Zusammenhang hat die Frage der transnationalen politischen Partizipation an Interesse für MigrationsforscherInnen gewonnen.

Eine Studie von Şenol Akkiliç und Sabine Strasser über die kurdische *„Initiative Munzur“* in Wien konzentriert sich auf die transnationale Funktion der Selbstorganisationen, Brücken zwischen dem Herkunftsland und dem Niederlassungsland zu bilden. Indem Akkiliç/Strasser analysierten, wie 2003 Proteste gegen ein Staudammprojekt in der Osttürkei organisiert wurden, zeigten sie, wie sich ImmigrantInnen nicht nur für Veränderungen auf der politischen, sozialen und ökologischer Ebene in ihrem Heimatland engagieren, sondern auch, wie sie in ihrem neuen Umfeld als politische TeilnehmerInnen aktiver werden. Ihrem Verständnis zufolge bildet sich dabei eine neue Form transnationaler Politik heraus. Diese *„umfaßt sowohl direkte als auch indirekte Partizipation im Herkunftsland und Versuche, Institutionen in Aufnahmeland durch externe Kenntnisse zu beeinflussen.“* (Akkiliç/Strasser 2003: 17).

6. Überblick über die strukturellen Rahmenbedingungen: Unterstützungen und Einschränkungen

(Autorin: Mag. Brigitte Schütz, IOM Wien)

6.1. Die Integration von ImmigrantInnen

Wie bereits zuvor ausgeführt wurde, ist das österreichische Selbstverständnis trotz der hohen Zuwanderung während der letzten Jahrzehnte nicht das eines Einwanderungslandes. Bis zum heutigen Tag gibt es keine eigene Einrichtung auf Bundesebene, die für Strategien im Bereich Immigration und Integration verantwortlich ist. Dennoch ist in den letzten Jahren die Wichtigkeit einer wohldurchdachten Integrationspolitik auf die politische Agenda gerückt. Auf Bundes- als auch auf Landesebene ist erkannt worden, dass eine erfolgreiche und nachhaltige Integration zu einem Großteil von den ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen abhängt, die die EinwanderInnen in der Aufnahmegesellschaft vorfinden.

Während im Jahr 2004 verschiedene Ministerien und amtliche Stellen in den Bundesländern eine Vielzahl von Projekten durchführen, die auf eine Verbesserung des Zusammenlebens von ÖsterreicherInnen und Nicht-ÖsterreicherInnen abzielen, lässt sich anhand einer vergleichenden Studie des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung des Jahres 2001 auch ein konträres Bild feststellen.³⁵ Im Rahmen dieser Studie wurde ein Index der rechtlichen Diskriminierung von EinwanderInnen entwickelt, anhand dessen der rechtliche Status von Drittstaatsangehörigen in sieben Staaten (Österreich, Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich) in Hinblick auf Aufenthalt, Familiennachzug, unselbständige Beschäftigung, Zugang zur Staatsbürgerschaft, soziale, bürgerliche und politische Rechte verglichen wurde (Davy 2001, Waldrauch 2001). Waldrauch (2001: 559) stellte fest, dass Österreich im gesamten Ranking der untersuchten Staaten an vorletzter Stelle vor der Schweiz liegt und im Bereich der zivilen und politischen Rechte sogar an letzter Stelle.

³⁵ Die Stadt Wien unterstützt das friedliche Zusammenleben von ÖsterreicherInnen und ImmigrantInnen bereits seit 1992 durch die Arbeit des Wiener Integrationsfonds. Derzeit ist die Integrationspolitik der Stadt Wien einer Umstrukturierung unterworfen: der Fonds wird aufgelöst und die gesamte Integrationspolitik ab Herbst 2004 einer neuen Magistratsabteilung für Integration und Diversitätspolitik untergeordnet (vgl. www.wif.wien.at).

Perchinig nennt rechtliche Gleichstellung, Chancengleichheit auf sozioökonomischer und politischer Ebene und kulturelle Diversität als die drei wesentlichen Faktoren einer Integrationspolitik (2003: 9). Für Gächter sind Inklusion und Mobilität die Schlüsselwörter und wesentlichen Grundkomponenten von Integration (vgl. Gächter 1999b). Er kritisiert, dass der politische Leitspruch „*Integration vor Neuzuzug*“ die Illusion schaffe, Integration sei eine politische Aufgabe von zeitlich begrenzter Dauer. Dieses Bild negiert jedoch die Tatsache, dass Integration ein fortwährender Prozess in der Gesellschaft ist (vgl. Gächter 1999b).

Im Gegensatz zur Ansicht, die die längste Zeit auf der politischen Ebene vertreten wurde, nämlich, dass eine erfolgreiche Integration vor allem von der „Integrationsbereitschaft“ der EinwanderInnen abhängt, sind sich ForscherInnen weitgehend darüber einig, dass gezielte Maßnahmen zur Integration auch Aufgabe der Aufnahmeländer sind (vgl. Zwicklhuber 2003: 5). Bauböck definiert Integration als „*Prozess der wechselseitigen Anpassung und Veränderung einer aufnehmenden und einer aufzunehmenden Gruppe*“ (Bauböck 2001a: 14). Die Aufnahmegesellschaft muss die entsprechenden Rahmenbedingungen und Partizipationsmöglichkeiten schaffen, während die EinwanderInnen im Integrationsprozess individuelle Anstrengungen leisten müssen. Dilek Çinar hat jedoch kritisiert, dass „*sich der politische Wille zur Integration – im Gegensatz zur offiziellen Rhetorik – in deutlichen Grenzen hält und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Teil am Prinzip der Segregation festhalten.*“ (Çinar 2004: 48). Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind daher ein entscheidender Faktor, wenn die Frage eines möglichen Einflusses von Immigration auf die Aufnahmegesellschaft erörtert wird.

6.2. Rechtliche Rahmenbedingungen

Eine von ExpertInnen häufig erhobene Kritik zielt auf die Tatsache ab, dass ein Aufenthaltstitel nicht automatisch auch den Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt. Eine positive Ausnahme stellt hier jedoch der „Niederlassungsnachweis“ dar, der in Hinblick auf die Verhandlung der EU-Richtlinie 2003/109/EG vom 25. November 2003 zur Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen im Rahmen der Fremden-gesetznovelle 2002 eingeführt wurde: Diese unbefristete Niederlassungsbewilligung, die seit 1.1.2003 in Kraft ist, garantiert den unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt für jene ImmigrantInnen, die sich seit mindestens fünf Jahren in Österreich ordentlich niedergelassen haben (über die rechtliche Situation von ImmigrantInnen in Österreich vgl. auch Wiener Integrationsfonds 1999, 2000, 2001, 2002, 2003; Davy 2001).

Im Rahmen derselben Novelle wurde auch die so genannte „*Integrationsvereinbarung*“ eingeführt: um eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten bzw. um diese zu verlängern, müssen ImmigrantInnen (einige Gruppen sind hier jedoch ausgenommen) die Verpflichtung Deutsch zu lernen eingehen. Die Beschlussfassung dieses Gesetzes wurde von Diskussionen in der Öffentlichkeit begleitet und von einigen ExpertInnen und Nichtregierungsorganisationen kritisiert (vgl. z. B. www.wif.wien.at; De Cillia 2003).

Strukturelle Faktoren, die den Einfluss von ImmigrantInnen auf die Aufnahmegesellschaft einschränken, werden besonders evident, wenn man den wirtschaftlichen Bereich betrachtet. Ein niedrigeres Bildungs- und Qualifikationsniveau, die Konzentration der Erwerbstätigkeit in Niedriglohnbranchen oder befristete Beschäftigung schwächen die Position der ImmigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt. Biffl betont außerdem, dass in Bezug auf die Rechtslage gewisse Regelungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (welches ÖsterreicherInnen Vorrang am Arbeitsmarkt einräumt) eine Segmentierung der Arbeitskräfte in In- und AusländerInnen bewirken, „die zur Folge haben, dass AusländerInnen an den Rand der betrieblichen Belegschaft gedrängt werden“ (vgl. Biffl et al. 2002: 281). Volf weist darauf hin, dass es für EinwanderInnen nicht nur schwierig ist, Zugang zum Arbeitsmarkt zu bekommen, sondern, dass auch der soziale Aufstieg in der Jobhierarchie vergleichsweise selten ist und EinwanderInnen ihren beruflichen Status oft nicht verbessern können. Davon betroffen sei vor allem zweite Generation von EinwanderInnen (Volf 2001: 54-55).

Der Zugang zu Sozialleistungen hängt von verschiedenen Faktoren ab: während anerkannte Konventionsflüchtlinge im Allgemeinen dieselben Rechte wie österreichische StaatsbürgerInnen und EWR-BürgerInnen genießen, gelten Drittstaatsangehörige in Bezug auf Sozialleistungen als rechtlich benachteiligt. Privilegiert sind unter den Drittstaatsangehörigen jene Gruppen, deren Herkunftsstaaten (z. B. die Türkei) Assoziierungs- bzw. Kooperationsabkommen mit der EG oder bilaterale Abkommen mit Österreich abgeschlossen haben. Jene Gruppen von Drittstaatsangehörigen, die von derartigen Sonderregelungen nicht erfasst sind, sind im Vergleich zu ÖsterreicherInnen benachteiligt (vgl. König/Stadler 2003: 240). Sie haben nicht die gleichen Rechte wie ÖsterreicherInnen in Hinblick auf Sozialtransferleistungen für Familien (Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld), Wohnbauförderung, Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (Notstandshilfe), Pflegegeld etc. (Wiener Integrationsfonds 2001: 27). Sozialleistungen werden darüber hinaus

nicht nur vom Bund gewährt, sondern auch von den Bundesländern – in diesem Fall können sich die entsprechenden Regelungen regional unterscheiden.

6.3. Gesundheit

In Hinblick auf die gesundheitliche Situation von EinwanderInnen betont Volf, dass der kulturelle Kontext die Wahrnehmung und das Bewusstsein von Krankheiten, dem menschlichen Körper und dessen Funktionen im Allgemeinen beeinflussen kann (2001: 222). Darüber hinaus kann sich auch die Migrationserfahrung direkt negativ auf den Gesundheitszustand auswirken, als diese Stress und psychischen Druck verursachen kann. (vgl. *ibid.*)

Da es an umfassenden offiziellen Statistiken zum Thema mangelt, gibt es auch nur wenige wissenschaftliche Beiträge, die sich mit der Gesundheit von EinwanderInnen und deren Zugang zum Gesundheitssystem auseinandersetzen.³⁶ Hypothesen über den Gesundheitszustand von ImmigrantInnen basieren oft auf vorhandenen Studien über die Gesamtbevölkerung (IOM Wien/ Ludwig-Boltzmann-Institut für Frauengesundheitsforschung 2003: 28-29). Eine allgemeine Annahme ist etwa, dass zwischen dem Gesundheitszustand und dem sozioökonomischen Status (Bildung, Beruf, Einkommen, Alter etc.) ein Zusammenhang besteht. Amesberger/Liegl/Halbmayer (2003: 174-176) heben jedoch hervor, dass ausländische Staatsangehörige von bestimmten Erkrankungen (chronische Krankheiten, Erkrankungen des Magen-Darm-Trakts, psychosomatische Störungen) häufiger betroffen sind als Einheimische.

Nach Wimmer-Puchinger/Baldaszi (2001), die in einer Studie die gesundheitliche Situation von ausländischen und österreichischen Frauen verglichen haben³⁷, ist das subjektive Wohlbefinden von österreichischen Frauen deutlich besser. Abgesehen von

³⁶ Umfassendste Datenquellen in diesem Bereich sind das Spezialprogramm über den Gesundheitszustand der ÖsterreicherInnen im Rahmen der Mikrozensushebung (zuletzt im Jahre 1999) sowie auch die Gesundheitsberichterstattung der Stadt Wien (z. B. Sozial- und Gesundheitssurvey 2001). Einige AutorInnen weisen jedoch auf verschiedene Probleme in der Qualität der Daten in Bezug auf die Gruppe der ausländischen Staatsangehörigen hin: so brachte eine Auswertung des Mikrozensus das Ergebnis, dass Gruppen von EinwanderInnen ein geringeres Erkrankungsrisiko als ÖsterreicherInnen haben (Volf 2001: 219-220). Dieses Ergebnis lässt sich jedoch auch darauf zurückführen, dass die ausländische Bevölkerung im Durchschnitt jünger als die einheimische ist, und dass Männer (die über ein geringeres Erkrankungsrisiko verfügen), überrepräsentiert sind (vgl. *ibid.*). Es muss außerdem berücksichtigt werden, dass die Mikrozensus-Befragung nur von deutschsprachigen InterviewerInnen durchgeführt wird – die Beantwortung der Fragen erfordert also ausreichende Deutschkenntnisse. Amesberger/Halbmayer/Liegl (2003: 172) geben außerdem zu bedenken, dass die Antwortverweigerungsrate unter den ausländischen Befragten teilweise sehr hoch ist. Fragen zur Gesundheit würden von ihnen auch als eine Form staatlicher Kontrolle wahrgenommen.

³⁷ Befragt wurden hier nur Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei.

Informationsdefiziten über das österreichische Gesundheitssystem wissen Migrantinnen generell weniger Bescheid über den menschlichen Körper, dessen Funktionen, bestimmte Erkrankungen und der Gesundheitsvorsorge im Allgemeinen (ibid. 21). Was den Zugang von ImmigrantInnen zum österreichischen Gesundheitssystem betrifft, zeigt eine Studie des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen über Personen, die nicht von der staatlichen Krankenversicherung erfasst sind³⁸ unter anderem, dass ausländische Staatsangehörige und Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau stärker betroffen sind (vgl. BMGF 2003).

Volf weist neben den bereits genannten Problemfeldern auf den wichtigen Bereich der sprachlichen Barrieren hin: mangelnde Sprachkenntnisse sind nicht nur im Rahmen der medizinischen Behandlung von Kranken ein Problem, sondern auch im Bereich von Informationskampagnen zur Gesundheitsvorsorge. Der Autor empfiehlt in diesem Zusammenhang die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz im Gesundheitswesen (Volf 2001: 224-225).

6.4. Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen

Kohlbacher/Reeger (2003) haben Analysen über die Lebens- und Wohnverhältnisse von ImmigrantInnen in ganz Österreich durchgeführt, aber auch darauf hingewiesen, dass Einwanderung vor allem ein urbanes Phänomen ist. Sie stellen fest, dass ImmigrantInnen aufgrund ihres sozioökonomischen Status, den rechtlichen Einschränkungen sowie den rigiden Strukturen des Wohnungsmarktes, der in Österreich stark segmentiert ist und sich aus mehreren Teilmärkten zusammen setzt, im Wohnbereich benachteiligt sind.

Die Wohnverhältnisse der ausländischen Bevölkerung wurden vor allem im Rahmen von Analysen über Segregation und räumliche Konzentration (besonders in Bezug auf die Situation in Wien) behandelt (vgl. Giffinger/Wimmer 2002; 2003). Allerdings wird das Phänomen Segregation von ExpertInnen nicht als ausschließlich negatives Phänomen bzw. Integrationshindernis eingeschätzt – „ethnische Stadtviertel“ mit einer etablierten Einwanderer-Community bieten für neu ankommende ImmigrantInnen auch eine wichtige Integrationshilfe (Informationen, spezifische Infrastrukturen etc.) und bilden die entsprechenden Rahmenbedingungen für „ethnic businesses“ (vgl. Giffinger/Wimmer 2002: 212). Autoren wie Dangschat (2002) und Fassmann (2002) unterstreichen, dass das

³⁸ Insgesamt sind etwa bis zu 3.1% der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren betroffen (ca. 205.000 Personen) – die Mehrheit dieser Personen hat auch keinen anderweitig registrierten Leistungsanspruch im Krankheitsfall.

Hauptproblem nicht das Phänomen Segregation an sich ist, sondern dessen Konsequenzen: segregierte Stadtteile sind oft auch gleichzeitig sozial unterprivilegierte Stadtteile, wo die Strukturen sozialer Benachteiligung reproduziert werden. Ein anderer wichtiger Aspekt ist der offensichtlich schlechtere Lebensstandard und die minderwertigere Ausstattung der Wohnungen, mit denen EinwanderInnen vor allem in Städten wie Wien konfrontiert sind (vgl. Volf 2001: 244-245; vgl. Kohlbacher/Reeger 2002a: 192-194)³⁹.

Im Rahmen der Untersuchungen zu den Lebensumständen von EinwanderInnen in Österreich müssen auch Forschungsarbeiten über die Bedeutung der Familienbeziehungen im Rahmen von Migration erwähnt werden (Fernández de la Hoz/Pflegerl 1999a, b; Pflegerl 2002). Darüber hinaus gibt es auch soziologische Studien und Artikel über die soziale Situation von älteren ImmigrantInnen, unter anderem auch mit einem speziellen Fokus auf deren Gesundheitssituation und die Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen (vgl. etwa Reinprecht 1999, 2000, 2003; Fernández de la Hoz/Pflegerl 2000).

6.5. Armut und soziale Ausgrenzung

Die Anzahl an Studien und Daten zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung ist eingeschränkt. ExpertInnen kritisieren darüber hinaus auch die Qualität der in Umfragen erhobenen Daten zu diesem Forschungsbereich (vgl. Förster/Heizmann 2003)⁴⁰. Dennoch haben Studien gezeigt, dass die ausländische Bevölkerung in größerem Ausmaß armutsgefährdet bzw. von akuter Armut betroffen ist, als die Gesamtbevölkerung. Laut dem Nationalen Aktionsplan (NAP) zur sozialen Eingliederung 2003-2005 liegt die Armutsgefährdungsrate für Drittstaatsangehörige mit 21% deutlich über der Armutsgefährdungsrate von ÖsterreicherInnen und EU-BürgerInnen (11%) (Republik Österreich: NAP zur sozialen Eingliederung 2003-2005: 2).⁴¹ Eine Analyse der Haushaltseinkommen von ÖsterreicherInnen, ImmigrantInnen und der Gesamtbevölkerung, stellte deutliche Unterschiede zwischen diesen Gruppen fest (vgl. Gächter in Volf 2001: 208).

³⁹ Beispielsweise leben in Wien 56,4% der türkischen Staatsangehörigen und 64,6% der Staatsangehörigen des ehemaligen Jugoslawien in Kategorie-D-Wohnungen im Vergleich zu nur 7,8% der ÖsterreicherInnen. Darüber hinaus haben ImmigrantInnen weniger Wohnraum zu Verfügung, zahlen aber höhere Mieten pro Quadratmeter als ÖsterreicherInnen. (vgl. Volf 2001: 244-245)

⁴⁰ Umfragen wie etwa das Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) wurden vor allem wegen der geringen Stichprobengröße kritisiert.

⁴¹ Der Nationale Aktionsplan zur sozialen Eingliederung unterstreicht deutlich die Notwendigkeit der Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und der Wohnsituation von Drittstaatsangehörigen (Republik Österreich: NAP zur sozialen Eingliederung 2003-2005).

Eine von IHS/SORA (1998) durchgeführte Studie mit Fokus auf Wien zieht die Schlussfolgerung, dass die höchste Armutsgefährdungsrate unter den türkischen Haushalten gefunden werden kann (27% im Vergleich zu 5% unter den österreichischen und 17% unter den Immigrantenhaushalten) (vgl. IHS/SORA: 208).

Förster/Heizmann (2003: 83) betonen in diesem Zusammenhang, dass das Armutsrisiko in hohem Ausmaß von einem niedrigen Erwerbseinkommen abhängig ist. Die geringeren Einkommen der ImmigrantInnen sind unter anderem bedingt durch niedrigere Beschäftigungsquoten, ein niedriges Bildungs- und Qualifikationsniveau und dem hohen Ausmaß an Beschäftigung in Niedriglohnbranchen (vgl. Kapitel Wirtschaft; vgl. Biffl et al. 2002). Nach Volf (2001: 208) steht der höheren Armutsgefährdung von ImmigrantInnen deren geringere Erfassung durch staatliche Maßnahmen zur Armutsverringerung gegenüber: während die Absicherung durch die Sozialversicherung im österreichischen Wohlfahrtsstaat einerseits von einer durchgehenden Erwerbsbiographie in Österreich abhängig ist, sind ImmigrantInnen darüber hinaus von Transferleistungen und im Bereich der Sozialhilfe teilweise von Leistungen ausgeschlossen, wobei Staatsbürgerschaft oder Länge des Aufenthalts ausschlaggebend sind. Derartige Regelungen erweisen sich auch als „Überbleibsel einer Gastarbeiterpolitik“ (vgl. Volf 2001: 208/209).

6.5. Bildung und Spracherwerb

Da das frühere Gastarbeitersystem ursprünglich keinen Familiennachzug vorsah, schien es für eine Bildungspolitik für Migrantenkinder in den 1960er und 1970er Jahren zunächst keine Notwendigkeit zu geben (vgl. Volf 2001; Biffl/Bock-Schappelwein 2003). Was die Schulbildung betrifft, zeigen Biffl und Bock-Schappelwein (2003: 123-124) eine bipolare Konzentration dieser Gruppe im österreichischen Bildungssystem auf: einerseits sind ausländische SchülerInnen im Wesentlichen in den Pflichtschulen konzentriert, andererseits weist auch der universitäre Sektor einen hohen Anteil an ausländischen Studierenden auf. Bei genauerer Analyse zeigt sich jedoch, dass die ausländischen Studierenden vorwiegend aus dem EU-Raum stammen. Die in Österreich studierenden Drittstaatsangehörigen kommen zu einem wesentlichen Teil zu Studienzwecken nach Österreich.

SchülerInnen aus den traditionellen „Gastarbeiterländern“ verlassen die Schule mit einer größeren Wahrscheinlichkeit bereits früher: während 93% der 17-Jährigen österreichischen

SchülerInnen eine weiterführende Schule besuchen, tun dies nur 60% der türkischen und ex-jugoslawischen SchülerInnen diesen Alters. Das bedeutet, dass ein hoher Anteil (etwa 40%) der aus den traditionellen Zuwanderungsländern stammenden Jugendlichen im Alter von 17 Jahren als HilfsarbeiterInnen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt tätig sind (ibid. 127).

Ein anderer offensichtlicher Trend ist die hohe Konzentration von ausländischen SchülerInnen in Sonderschulen (23.1% aller SonderschülerInnen waren im Jahr 1998/1999 ausländische Kinder verglichen mit 6.3% 1980/81), der Großteil stammt aus der Türkei und den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Mit Verweis auf die zweite Generation türkischer und ex-jugoslawischer ImmigrantInnen geht Herzog-Punzenberger von einer mehrheitlichen Benachteiligung dieser Gruppe in den Bildungsinstitutionen und am Arbeitsmarkt aus, die so stark ausgeprägt sei, dass von ethnischer Segmentierung gesprochen werden könne (Herzog-Punzenberger 2003: 47).

De Cillia kritisiert, dass es keine gesetzlichen Regelungen gibt, die sprachliche Rechte für ImmigrantInnen garantieren würden. Programme, die die Entwicklung sprachlicher und kultureller Identität von MigrantInnen fördern, gibt es nur im Rahmen des Schulunterrichts (De Cillia 2003: 131). Lediglich jenen eingebürgerten MigrantInnen, die eine der autochthonen Minderheitensprachen⁴² sprechen, werden sprachliche Rechte und Fördermaßnahmen zuteil. Eine Rechtsgrundlage für muttersprachlichen Unterricht⁴³ wurde nach ersten Schulversuchen in den 1970ern 1992/1993 in vollem Umfang eingeführt. Wie Fleck (2002) bemerkt, hat sich jedoch das Prinzip hinter dieser Maßnahme grundlegend verändert: waren erste Schulversuche während der 1970er, Migrantenkinder in ihrer Muttersprache zu unterrichten noch auf die Überzeugung gestützt, dass diese Kinder nach einiger Zeit wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren würden, basiert der muttersprachliche Unterricht heute auf der Überzeugung, dass dieser den Spracherwerb und die Sprachentwicklung im Allgemeinen fördere (vgl. Fleck 2002; bm:bwk 3/2003). Eine weitere Maßnahme im Rahmen des Schulunterrichts ist „interkulturelles Lernen“. Obwohl ExpertInnen gewisse Mängel bei der Implementierung dieser Programme herausheben (etwa was Schulbücher oder die Lehrerausbildung betrifft), wird dennoch betont, dass die Rechtsgrundlage und die angebotenen Möglichkeiten innerhalb des österreichischen Schulsystems internationalen Standards entsprechen (vgl. De Cilia 2003, Fleck 2002).

⁴² Slowenisch, Kroatisch, Ungarisch, Tschechisch, Slowakisch, Romani

⁴³ Statistische Informationen über muttersprachlichen Unterricht stellt das Bundesministerium für Wissenschaft, Unterricht und Kunst bereit (vgl. bm:bwk 5/2002, 5/2003, 2/2004).

Schlusswort

Viel mehr könnte noch zu den jeweiligen Kapiteln gesagt werden, die wir in dieser Studie untersucht haben. Aufgrund des Platzmangels konnten wir nur eine Auswahl an Forschungsmaterial einbinden und mussten Werke und Themen auslassen, die wir gerne integriert hätten. Das gleiche gilt für die Aufzählung von Forschungslücken: in Beantwortung der Fragen nach den Vorlagen des Europäischen Migrationsnetzwerks konnten wir zwar einige spezifische Themen aufzeigen, die von der Migrationsforschung noch nicht oder nicht ausreichend behandelt worden sind. Eine große Zahl an unbeantworteten Fragen kommt jedoch zum Vorschein, wenn wir von Immigration in einem breiteren Kontext sprechen, aber auf all diese Forschungsfelder einzugehen, hätte den Rahmen dieser Pilotstudie bei weitem gesprengt.

Die Studie *“Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft”* zeigt, dass Immigration Auswirkungen auf die österreichische Gesellschaft in vielerlei Hinsicht gehabt hat und noch immer hat. Die Schwierigkeit liegt darin, diese Auswirkungen mit wenigen Worten zu bestimmen, vor allem wenn die eingenommene Haltung so objektiv wie möglich sein soll und sowohl positive als auch negative Aspekte miteinfließen sollen. Es würde daher mehr Sinn machen, nicht von einem Einfluss, sondern von verschiedenen Einflüssen je nach Sektor, in welchen die jeweiligen Auswirkungen bestimmt werden sollen, zu sprechen.

Es war auf jeden Fall nicht Ziel dieser Studie, eine eindeutige Antwort zu finden, sondern vielmehr einen ersten Überblick zu liefern, was in der österreichischen Migrationsforschung der letzten sechs Jahre durchgeführt worden ist. Die allgemeine Haltung ist klar: der Migrationsforschung als eigener Zweig fehlt es in Österreich sowohl an institutionellen als auch finanziellen Grundlagen. Was den Einfluss von Immigration auf unsere Gesellschaft anbelangt, lässt sich sagen, dass es Österreich noch nicht geschafft hat, aus dem Potential seiner Einwanderungsbevölkerung vollen Nutzen zu ziehen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die offizielle Akzeptanz, dass Österreich zu einem Einwanderungsland geworden ist.

Bis heute stellen die negativen Assoziationen bei einem Großteil der österreichischen Bevölkerung, was legal ansässige Drittstaatsangehörige betrifft, ein Hindernis für eine offene Annäherung an Immigration und ihre Auswirkungen dar. Das Wort “Immigration” wird oft

für politische Zwecke missbraucht, wenn es in einem Satz mit Problemen wie Menschenhandel, Arbeitslosigkeit, der schwierigen Situation am Wohnungsmarkt, Problemen im Schulbereich, wachsenden Kriminalitätsraten etc. genannt wird. Dies hat zu einer Verschlechterung des Klimas während der letzten Jahrzehnte beigetragen, das besonders in Wahlzeiten spürbar wird.

Im Gegensatz dazu kann im akademischen Diskurs eine positivere Haltung gefunden werden. Das hängt einerseits mit der Tatsache zusammen, dass sich ForscherInnen auf klare Zahlen und Fakten berufen können, die das Gegenteil zeigen, was oft auf politischer Ebene behauptet wird. Andererseits besteht in der Migrationsforschung die Tendenz, das Phänomen Migration in einer breiteren Dimension zu verstehen. Aus diesem Grund konnten in diese Studie für österreichische Verhältnisse unübliche Themen wie Essen, Mode, Sport und Kunst inkludiert werden, wenn auch mit der enttäuschenden Erkenntnis, dass in diesen Bereichen noch kaum Forschung betrieben worden ist.

Wenn Immigration in einem positiven Kontext genannt wird, geschieht dies oft in Zusammenhang mit Kultur und Folklore. Dies kann jedoch gefährlich werden, denn es beschränkt ImmigrantInnen auf eine determinierte ethnische Gruppe, mit spezifischen Geschmäckern und Traditionen, was oft nicht mit der Realität übereinstimmt. Aus diesem Grund ist die *“Multikulti-Debatte”* durch eine erweiterte Diskussion über kulturelle Vielfalt ersetzt worden. In manchen Mediensektoren macht sich langsam Interesse an Berichten über die Auswirkungen von Immigration bemerkbar, wenn auch oft auf negative (und besser verkaufbare) Weise. Viel mehr muss noch getan werden, um ein positiveres Bild der „AusländerInnen“ neben der üblichen stereotypischen Darstellung in Österreich zu vermitteln.

Um abzuschliessen, Immigration und ihr Einfluss auf die österreichische Bevölkerung sind Themen, die noch viel mehr Aufmerksamkeit verdienen würden, nicht nur in der allgemeinen Öffentlichkeit, sondern auch im akademischen Feld. In der Zwischenzeit werden bereits viele Initiativen auf dem Gebiet nachhaltiger Integrationsstrategien und -projekte unternommen; umso größer ist der Nachteil, dass es dabei an entsprechender Forschungsliteratur mangelt.

Bibliographie

Akkiliç, Şenol, Strasser, Sabine, *Initiative Munzur. Umweltpolitische Arbeitsgemeinschaft oder transnationale Politik von Wiener Kurdinnen und Kurden?* Hrsg. von Initiative Minderheiten. In "Stimme von und für Minderheiten", Heft 47, Wien, 2003, pp. 16-17.

Alizadeh, Homayon, *Österreichische Flüchtlingspolitik der 70er Jahre*. In Heiss, Gernot; Rathkolb, Oliver (Hrsg.), *Asylland wider Willen. Flüchtlinge im europäischen Kontext seit 1914*, Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte und Gesellschaft, 25, Wien, 1995, pp. 188-194.

Amesberger, Helga, Halbmayr, Brigitte, Liegl, Barbara, *Gesundheit und medizinische Versorgung von ImmigrantInnen*. In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Drava Verlag, Klagenfurt/ Celovec, Wien, 2003, pp. 171-194.

Appelt, Erna, *Gender, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Nation*, Campus Verlag, Frankfurt, 1999.

Appelt, Erna, *Demokratie und das Fremde. Multikulturelle Gesellschaften als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts*. (Demokratie im 21. Jahrhundert, Band 1). Hrsg. von Erna Appelt, Günther Pallaver, Erika Thurner, StudienVerlag, Innsbruck; Wien; München, 2001.

Bauböck, Rainer, *Gleichheit, Vielfalt und Zusammenhalt*. In Patrick Volf, Rainer Bauböck, *Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann*, Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 4, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2001a, pp. 11-41.

Bauböck, Rainer, *Public Culture in Societies of Immigration*. In "IWE Working Paper Series no. 14", Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien, 2001b.

Bauböck, Rainer, *Reinventing Urban Citizenship*. In "IWE Working Paper Series No. 18", Wien, 2001c.

Bauböck, Rainer, *Farewell to Multiculturalism? Sharing Values and Identities in Societies of Immigration*. In European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) (Hrsg.) "Equal Voices", Heft 12, 2003a, pp. 21-27.

Bauböck, Rainer, *Wessen Stimme zählt? Thesen über demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft*. In Wiener Integrationsfonds (Hrsg.), *Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis*, Heft 1, Drava Verlag, Klagenfurt/ Celovec, 2003b, pp. 26-44.

Baumgartner, Gerhard, Ellmeier, Andrea, Perchinig, Bernhard, *Transversal Study: Cultural Policy and Cultural Diversity*. Country Report: Austria. Strasbourg, Council of Europe, 2000, http://www.coe.int/T/E/Cultural_Co-operation/culture/Completed_projects/Transversal/CCCULT_2001_5_EN.pdf?L=E. (Zugriff im Juli 2004)

Berghold, Josef, Menasse, Elisabeth, Ottomeyer, Klaus, *Einleitung*. In Josef Berghold (Hrsg.), *Trennlinien – Imagination des Fremden und Konstruktion des Eigenen*. Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2000, pp. 7-15.

Biffl, Gudrun, *SOPEMI Report on Labour Migration. Austria 1994/1995*, WIFO, Wien, 1995.
Biffl, Gudrun et al., *Ökonomische und strukturelle Aspekte der Ausländerbeschäftigung in Österreich*, WIFO, Wien, 1997.

Biffl, Gudrun, *Die Zuwanderung von Ausländern nach Österreich, Kosten- und Nutzen-Überlegungen und Fragen der Sozialtransfers*, WIFO, Wien, 1997.

Biffl, Gudrun et al., *AusländerInnen in Österreich. Migrationspolitik und Integration*, Arbeitsmarktservice Österreich, Wien, 1998.

Biffl, Gudrun, *The Impact of Demographic changes on labour supply in the EU*. In “Austrian Economic Quarterly”, vol. 3(4), WIFO, Wien, 1998, pp. 219-228.

Biffl, Gudrun, *Zuwanderung und Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes. Ein Beitrag zur Insider-Outsider-Diskussion*. In Karl Husa, Christof Parnreiter, Irene Stacher, *Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?* Geschichte der sozialen Entwicklung, Bd. 17, Internationale Entwicklungen, Brandes und Apsel/Südwind, Wien, 2000, pp. 207-227.

Biffl, Gudrun et al., *Arbeitsmarktrelevante Effekte der Ausländerintegration in Österreich*. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Sozialfonds, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Bundesministeriums für Inneres, Wien, 2002.

Biffl, Gudrun, *Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt*, WIFO – Monatsberichte 75 (8), Wien, 2002.

Biffl, Gudrun, *Socio-economic Determinants of Health and Identification of Vulnerable Groups in the Context of Migration: The Case of Austria*. In “WIFO Working Papers”, vol. 206, WIFO, Wien, 2003a.

Biffl, Gudrun, *The Role of Migrants in the Production of Tradeables and Non-tradeables. The case of Austria*. In “WIFO Working Papers”, vol. 194, WIFO, Wien, 2003b.

Biffl, Gudrun, *Mobilitäts- und Verdrängungsprozesse am österreichischen Arbeitsmarkt: der Fall der unselbständig beschäftigten Ausländer(innen)*. In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*. Drava Verlag Klagenfurt/ Celovec, Wien, 2003c, pp. 62-77.

Biffl, Gudrun, *SOPEMI Report on Labour Migration*, WIFO, Wien, 2003d.

Biffl, Gudrun, *Increasing university student mobility: A European policy agenda*. In “Austrian Economic Quarterly”, vol. 2/2004, WIFO, Wien, 2004a, pp. 54-66.

Biffl, Gudrun, *Chancen von jugendlichen Gastarbeiterkindern in Österreich*. In „WISO“, Bd. 27(2), Arbeiterkammer, Linz, 2004b, pp.37-55.

Biffl, Gudrun, Bock-Schappelwein, Julia, *Soziale Mobilität durch Bildung? — Das Bildungsverhalten von MigrantInnen*, in Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, Wien, 2003, pp.120-130.

Biffl, Gudrun, Bock-Schappelwein, Julia, *Zur Niederlassung von Ausländern in Österreich*, WIFO, Wien, 2004.

Biffl, Gudrun, Walterskirchen, Ewald, *Knappheit an Arbeitskräften*, Wirtschaftskammer Österreich, Wien, 2001.

Bock-Schappelwein, Julia *Die Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitskräfte*. In Gudrun Biffl et al., *Arbeitsmarktrelevante Effekte der Ausländerintegration in Österreich*. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Sozialfonds, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Bundesministeriums für Inneres, Wien, 2002, pp. 302-344.

Böse, Martina, Haberfellner, Regina, Koldas, Ayhan, *Mapping Minorities and Their Media: The National Context – Austria*. EMTEL II Research: *Diasporic Minorities and Their Media in the EU – A Mapping*. Project Report for Austria, Centre for Social Innovation, 2001, <http://www.lse.ac.uk/collections/EMTEL/Minorities/papers/austriareport.pdf> (Zugriff im Juli 2004)

Böse, Martina, Kogoj, Cornelia, *Minderheiten und elektronische Medien in Österreich. Von eingeschränkter Vielfalt an Öffentlichkeiten*. In „SWS-Rundschau“, 42. Jg., Heft 3/2002, pp. 293-307.

Bratić, Ljubomir, *Soziopolitische Organisationen der MigrantInnen in Österreich*. In „Kurswechsel 1“, Wien, 2000, pp. 6-11.

Bratić, Ljubomir, *Selbstorganisation im migrantischen Widerstand. Ein Diskussionsanstoß*. In „SWS Rundschau 4“, 2001, pp. 516-543.

Bratić, Ljubomir, *Soziopolitische Netzwerke der MigrantInnen aus der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) in Österreich*. In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 395-409.

Bratić, Ljubomir, *Die Frage der Selbstorganisation*. In Gürses Hakan, Kogoj Cornelia, Mattl Sylvia, (Hrsg.), *Gastarbeiteri. 40 Jahre Arbeitsmigration*, Wien, Mandelbaum Verlag, 2004, pp. 61-68.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (bm:bwk), *Muttersprachliche Lehrer und Lehrerinnen in Österreich. Statistische Auswertung für das Schuljahr 2001/02*, Verfasst von Harald Waldrauch und Theodora Manolakos, In „Informationsblätter des Referats für Interkulturelles Lernen“, Nr. 5/2002, bm:bwk, Wien, 2002.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (bm:bwk), *Gesetzliche Grundlagen schulischer Maßnahmen für SchülerInnen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch*. In

„Informationsblätter des Referats für Interkulturelles Lernen“, Nr. 1/2003, bm:bwk, Wien, 2003.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (bm:bwk), *Spracherwerb in der Migration*, verfasst von Rudolf De Cillia. In „Informationsblätter des Referats für Interkulturelles Lernen“, Nr. 3/2003, bm:bwk, Wien, 2003.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (bm:bwk), *Muttersprachlicher Unterricht in Österreich. Statistische Auswertung für das Schuljahr 2002/03*, verfasst von Harald Waldrauch und Theodora Manolacos. In „Informationsblätter des Referats für Interkulturelles Lernen“, Nr. 5/2003, bm:bwk, Wien, 2003.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (bm:bwk): *SchülerInnen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch. Statistische Auswertung für die Schuljahre 1996/97 bis 2002/03*. In: „Informationsblätter des Referats für Interkulturelles Lernen“, Nr. 2/2004. bm:bwk, Wien, 2004.

Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (BMGF), Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, *Quantitative und qualitative Erfassung und Analyse der nicht-krankenversicherten Personen in Österreich.*, BMGF, Wien, 2003.

Busch, Brigitte, Kogoj, Cornelia, Peissl, Helmut, *Arbeitsgruppe Medien. Verbal-Sprachenquete*, 27.10. 2001, Zentrum für Interkulturelle Studien, <http://cis.uni-klu.ac.at/enquete/ag5.html> (Zugriff im Juli 2004)

Cahit, Sarialtin Hasan, *Türkische Migranten als Unternehmer. Untersuchung der wirtschaftlichen Situation und des Beitrages zur Wiener Wirtschaft*, Universität Linz, Linz, 2001.

Caritas, *Politische Partizipation von AusländerInnen*. In „Die Integration von MigrantInnen in der Steiermark. Chancen und Hemmnisse. Bestandsaufnahme und Vorschläge. Eine Studie im Auftrag von Landesrat Dr. Jörg Flecker“, Typoskript, Graz, 2002, pp. 75-82.

Çinar, Dilek, *Österreich ist kein Einwanderungsland*, in Hakan Gürses, Cornelia Kogoj, Sylvia Mattl (Hrsg.), *Gastarbajteri. 40 Jahre Arbeitsmigration*, Wien, Mandelbaum Verlag, 2004.

Circo, Iulian, Vilics, Gregor, Ilieva, Irena, Kamenova, Tsvetana, Tsankov, Vesselin, *Migration Legislation: Austrian, Bulgarian, EU*, Austrian Science and Research Liaison Office Sofia, Bulgarian Academy of Sciences, Sofia, 2003.

Czany, Karl, Hartig, Raimund, Schöffmann, Wolfgang, *Wohnsituation von Arbeitsmigranten in Wien*, Stadt + Regionalforschung GmbH (SRZ), Vienna, 1999.

Dangschat, Jens, *Residentielle Segregation – die andauernde Herausforderung an die Stadtforschung*. In Heinz Fassmann, Josef Kohlbacher, Ursula Reeger (Hrsg.), *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*. Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 7, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2002, pp. 25-36.

Davy, Ulrike (Hrsg.), *Die Integration von Einwanderern. Rechtliche Regelungen im europäischen Vergleich*, Europäisches Zentrum Wien (Reihe „Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Bd. 9.1), Campus Verlag, Wien, 2001.

De Cillia, Rudolf, *Sprach- und bildungspolitische Rahmenbedingungen*. Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 131-142.

Demirovic, Alex, *European Unity and Cultural Diversity*, Keynote speech at the Conference “Fundamental Rights in Europe, Austrian Dialogue about Political and Social Rights in the European Union”, 23.-24. Mai 1997, Institut für Höhere Studien, Wien, 1997.

Deutsch, Edwin, Spielauer, Martin, *Beitrag der Ausländer zur Wohnbaufinanzierung und Sozialtransfers im Wohnungsbereich*. In Gudrun Biffl et al., *Ökonomische und strukturelle Aspekte der Ausländerbeschäftigung in Österreich*, WIFO, Wien, 1997.

Dogan, Ramis, Reinprecht, Christoph, Tietze, Filiz, *Betreuungssituation von älteren Migrantinnen und Migranten in Wien*, in *Ältere MigrantInnen in Wien. Empirische Studien zu Lebensplanung, sozialer Integration und Altersplanung*, Wien, 1999, pp. 105-126.

Ducasse-Rogier, Marianne, *The International Organization for Migration 1951-2001*, IOM Publication, Genf, 2001.

Europaforum Wien, *Migration und Integration. Internationale Vergleiche - Europäische Perspektiven*. Wien 2002.
http://www.europaforum.or.at/publication.php?PUBLICATION_ID=1 (Zugriff im Juli 2004)

European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC), *Racism and Cultural Diversity in the Mass Media. An Overview of Research and Examples of Good Practice in the EU Member States, 1995 – 2000*, Wien, 2002.

Fanizadeh, Michael, *Kulturalismus und die Globalisierung im Fußball. Antirassistische Interventionen in der Popkultur*. In „Kurswechsel 1“, Wien, 2000, <http://www.kurswechsel.at/100fanizadeh.pdf> (Zugriff im Juli 2004)

FashionOffice.org, *Österreich in Mode. Bundesweite Untersuchung zur Internationalisierung österreichischer Mode*. Pressemitteilung, Mai 2002, http://www.fashion.at/design/PR_Umfrage_Ergebnisse_5-2002.pdf (Zugriff im Juli 2004)

Fassmann, Heinz, *Zuwanderung und Segregation*. In Heinz Fassmann, Josef Kohlbacher, Ursula Reeger (Hrsg.), *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*. Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 7, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2002, pp. 13-24.

Fassmann, Heinz, *Transnationale Mobilität. Konzeption und Fallbeispiel*. In “SWS-Rundschau” (43. Jg.) Heft 4/ 2003, pp. 429-449.

Fassmann, Heinz, Münz, Rainer, *Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen*. Reihe Wissenschaft,

Jugend und Volk. Dachs Verlag, Wien, 1995.

Fassmann, Heinz, Münz, Rainer, *Österreich - Einwanderungsland wider Willen*. In Heinz Fassmann, Rainer Münz (Hrsg.), *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends und politische Reaktionen*, Frankfurt/Main, New York, 1996, pp. 209-229.

Fassmann, Heinz, Matuschek, Helga, Menasse-Wiesbauer, Elisabeth (Hrsg.), *Abgrenzen – Ausgrenzen – Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration*. Publikationsreihe des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 1, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 1999.

Fassmann, Heinz, Stacher, Irene (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003.

Fernández de la Hoz, Paloma, Pflegerl, Johannes, *Familien mit spezifischen Herausforderungen. Familie als Schlüssel zur Integration*. In Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Familienbericht 1999, Bd. 1, Wien, 1999, pp. 364-381.

Fernández de la Hoz, Paloma, Pflegerl, Johannes, *Ältere MigrantInnen in Österreich*. In Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen, *Ältere Menschen. Neue Perspektiven. Seniorenbericht. Lebenssituation älterer Menschen in Österreich*, Wien, 2000.

Fernández de la Hoz, Paloma, Pflegerl, Johannes, *Die Bedeutung des Wohnens für Migrantenfamilien in Österreich*, Österreichisches Institut für Familienforschung, Heft 8, Wien, 2001.

Fleck, Elfie, *Der muttersprachliche Unterricht*. In „Erziehung und Unterricht“ 9-10/2002, 152. Jg., pp. 1110-1124.

Fischer, Martin, *Zwischen Integration und Ausschluss. Zum Verhältnis von Männlichkeit und Fremdheit am Beispiel des Männerbundes Fußball*. In Berghold Josef (Hrsg.), *Trennlinien – Imagination des Fremden und Konstruktion des Eigenen*. Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2000, pp. 193-208.

Förster, Michael, Heizmann, Karin, *Einkommen und Armutsgefährdung von MigrantInnen in Österreich*. In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 78-86.

Fuchs, Bernhard, *Kulinarisches Mischmasch. Südasiatische Gastronomie in Wien*, Wien, 1997, pp. 37-44.

Gächter, August, *Einstieg und Aufstieg. Ziele berufspädagogischer Interventionen*. In „Isotopia“ 15, 1999a, pp. 35-54.

Gächter, August, *Integration. Symposium „Mittendrin und trotzdem draußen. Ein Leben zwischen Anpassung und Ausgrenzung - Zeit für eine neue Migrationspolitik“*, Linz, 1999b, <http://www.fro.at/sendungen/islam/integration.htm> (Zugriff im Juli 2004)

Gächter, August, *Österreich und die EU-Osterweiterung. Zum Stand der Migrationsforschung*; Manuskript, 1999c.

Gächter, August, *Migrationsforschung in Österreich. Das Beispiel der EU-Osterweiterung*. In „SWS Rundschau“ (40.Jg.), Heft 2/ 2000, pp.163-191.

Giffinger, Rudolf, *Deregulierung des Wohnungsmarktes: eine ausreichende Voraussetzung für eine nachhaltige Stadtentwicklung?* Internationale Konferenz „Migration und nachhaltige Stadtentwicklung“, Stadt Wien und Republik Österreich, Wien, 1998a.

Giffinger, Rudolf, *Segregation in Vienna: Impacts of Market Barriers and Rent Regulations*. In “Urban Studies”, Vol. 35, No. 10, 1998b, pp. 1791-1812.

Giffinger, Rudolf, *Wohnungsmarktbarrieren und Stadtentwicklung. Ein regionalwissenschaftlicher Beitrag zur Ausländerdiskriminierung am Beispiel von Wien*, Basel, 1999.

Giffinger, Rudolf, Wimmer, Hannes, *Segregation von ausländischer Wohnbevölkerung als Barriere der sozialen Integration?* In Heinz Fassmann, Josef Kohlbacher, Ursula Reeger (Hrsg.), *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*, Klagenfurt, 2002, pp. 209-231.

Giffinger, Rudolf, Wimmer, Hannes, *Kleinräumige Segregation und Integration*. In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 109-119.

Gisser, Richard (Hg.), *Familie, Geschlechterverhältnis, Alter und Migration: Wissen, Einstellungen und Wünsche der Österreicherinnen und Österreicher*, (Forschungsbericht Nr. 25) Institut für Demographie, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien, 2003.

Gollner, Christoph, *Lokale ethnische Ökonomien als Beitrag zur Stadtteilentwicklung* Technische Universität Wien, Wien, 2001.

Grasl, Alexandra, *MigrantInnen als Akteure der österreichischen Politik. Politische Partizipation der neuen Minderheiten: Teilhabemöglichkeiten und Barrieren, erste Erfahrungen ethnischer Mandatsträger*, Diplomarbeit, Wien, 2002.

Grasl, Alexandra, „Sichtbar werden“, in Wiener Integrationsfonds (Hrsg.) „Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis“, Heft 1, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 141-150.

Grilz-Wolf, Margit, Strümpel, Charlotte, *Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen. Abschlussbericht Österreich*. (MEM-VOL Migrant and Ethnic Minority Volunteering), Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien, 2003.

Gürses, Hakan, Kogoj, Cornelia, Matzl, Sylvia, *Gastarbeiteri — 40 Jahre Arbeitsmigration*, Mandelbaum Verlag, Vienna, 2004.

Haberfellner, Regina, *Ethnische Ökonomien als Forschungsgegenstand der Sozialwissenschaften*. In „SWS-Rundschau“, 40(1), Wien, 2000, pp. 43-62.

Haberfellner, Regina, Betz, Fritz, *Ethnische Ökonomien als Lebens-, Arbeits- und Ausbildungsstätten*, ZSI —Zentrum für Soziale Innovation, Wien, 1999a.

Haberfellner, Regina, Betz, Fritz, *Geöffnet! Migrantinnen und Migranten als Unternehmer. Eine Chance für die lokale Wirtschaftsentwicklung*, Verlag Guthmann Peterson, Wien, Mühlheim/Rhein, 1999b.

Haberfellner, Regina, Böse, Martina, *Ethnische Ökonomien. Integration versus Segregation im Kontext der wirtschaftlichen Selbständigkeit von MigrantInnen*, In Fassmann, Heinz, Matuschek, Helga, Menasse-Wiesbauer, Elisabeth (Hrsg.), *Abgrenzen – Ausgrenzen – Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration*, Publikationsreihe des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 1, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 1999, pp. 75-94.

Herzog-Punzenberger, Barbara, *Die 2. Generation an 2. Stelle? Soziale Mobilität und ethnische Segmentation in Österreich – eine Bestandsaufnahme*. Gefördert durch Wiener Integrationsfonds und MA7 der Stadt Wien, Wien, 2003, http://www.wif.wien.at/wif_site/downloads/Stud2Gen.pdf (Zugriff im August 2004)

Hintermann, Christiane, *Die "neue" Zuwanderung nach Österreich - Eine Analyse der Entwicklungen seit Mitte der 80er-Jahre*. In „SWS-Rundschau“, Bd. 40(1), Wien, 2000, pp. 5-24.

Hintermann, Christiane, *Die Österreicher und ihre ausländische Bevölkerung – Zwei Erhebungen über die Einstellungen und Meinungen der österreichischen Bevölkerung zur internationalen Migration, zur ausländischen Bevölkerung und zur Migrations- und Integrationspolitik in Österreich*. In „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“, Heft 3-4, 2001, pp. 387-397.

Hofer, Helmut, Huber, Peter, *Wage and Mobility Effects of Trade and Migration on the Austrian Labour Market*. In Economic series, WIFO, Wien, 2001.

Husa, Karl, Parnreiter, Christof, Stacher, Irene (Hrsg.), *Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts*, Historische Sozialkunde, Bd.. 17, Brandes und Aspel/Südwind, Frankfurt/Wien, 2000.

Institut für Höhere Studien (IHS)/ Institute for Social Research and Analysis (SORA), *Einwanderung und Niederlassung II. Soziale Kontakte, Diskriminierungserfahrung, Sprachkenntnisse, Bleibeabsichten, Arbeitsmarktintegration und Armutsgefährdung der ausländischen Wohnbevölkerung in Wien*, Projektbericht, Wien, 1998.

International Organization for Migration (IOM), *World Migration Report 2003. Managing Migration, Challenges and Responses for People on the Move*, IOM World Migration Report Series, Bd. 2, Genf, 2003.

IOM Wien, Ludwig-Boltzmann-Institut für Frauengesundheitsforschung (Hrsg.), *Soziale Exklusion und Gesundheit von MigrantInnen in Österreich. Nationaler Bericht Österreich*. European Network for Cooperation and Exchange on Social Exclusion and Health Issues for Migrants in Austria, Spain, France, Greece and Portugal. SESAME Network – Joint Report Phase I, Wien, 2003.

Jandl, Michael, Kraler Albert, *Austria: A Country of Immigration?* International Centre for Migration Policy Development, Wien, 2003, <http://www.migrationinformation.org> (Zugriff im August 2004)

John, Michael, *Mosaik, Schmelztiegel, Weltstadt Wien? Migration und multikulturelle Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert.* In *Wir. Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien*, hrsg. von Historisches Museum der Stadt Wien, Wien, 1996, pp.137-144.

John, Michael, *Von der Anwerbung der "Gastarbeiter" bis zu den Folgen der Globalisierung: Arbeitsmigration in Österreich*, in Michael John, Manfred Lindorfer, (Hrsg.), *Migration - eine Zeitreise nach Europa. Ausstellungskatalog* (= kursiv. eine Kunstzeitschrift aus Oberösterreich Heft 10-1/2/03), Linz, 2003, pp. 5-25.

Kalchmann, Doris, *Wirtschaftsstandort Wien für Modedesign*, Diplomarbeit, Wien, 2001.

Kaufmann, Therese, *What's Wrong with "Cultural Diversity"?* Diskussionsbeitrag bei der Konferenz *"More Europe. Foreign Cultural Policies in and beyond Europe"* Warschau, Oktober 2003, <http://www.igkultur.at/igkultur/europa/1072374403>. (Zugriff im Juli 2004)

KMU Forschung Austria, Austrian Institute for SME Research, *Erster Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht*, Finanziert vom Österreichischen Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, dem Staatssekretariat für Kunst und Medien und der Wirtschaftskammer Österreich), Wien, 2003. http://wko.at/kreativwirtschaftsbericht/kwb_2003.pdf (Zugriff im Juli 2004)

Kogoj, Cornelia, *Mediensprache. Funktionen muttersprachlicher Programme auf Orange 94,0.* In „Medienimpulse. Beiträge zur Medienpädagogik 41/2002“, 2002, pp. 41-45.

Kohlbacher, Josef, Schwab, Dieter, *Ausländer auf dem Wiener Wohnungsmarkt – Strukturen, Probleme und aktuelle Entwicklungen.* In Heinz Fassmann, Josef Kohlbacher, Ursula Reeger (Hrsg.), *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich.* Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 7, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2002, pp. 197-208.

Kohlbacher, Josef, Reeger, Ursula, *Ethnische Segregation aus der Perspektive der Migranten – gruppenspezifische Einstellungen, Wahrnehmungen und Erfahrungen von Ausländern in Wien.* In Heinz Fassmann, Josef Kohlbacher, Ursula Reeger (Hrsg.), *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*, Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 7, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2002a, pp. 233-255.

Kohlbacher, Josef, Reeger, Ursula, *Zuwanderung und Segregation in Wien.* In Heinz Fassmann, Josef Kohlbacher, Ursula Reeger (Hrsg.), *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*, Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 7, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2002b, pp. 181-195.

Kohlbacher, Josef, Reeger, Ursula, *Die Wohnsituation von AusländerInnen in Österreich.* In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht.*

Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 87-108.

König, Karin, Stadler, Bettina, *Entwicklungstendenzen im öffentlich-rechtlichen und demokratiepolitischen Bereich*. In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 226-260.

Kordik, Alexandra, *Ausländerintegration im Fußball: Probleme, Perspektiven, Aussichten am Beispiel der Wiener Fußballvereine*, Diplomarbeit, Wien, 1994.

Kraler, Albert, Stacher, Irene, *Migration Dynamics in Austria: Patterns and Policies in the 19th and 20th century*. In „Historische Sozialkunde.Geschichte-Fachdidaktik-Politische Bildung“, Special Issue 2002, International Migration, 2002, pp. 51-65.

Kroissenbrunner, Sabine, *Polnische Vereine in Wien*, Projektbericht, Wiener Integrationsfonds, Wien, 1995.

Kroissenbrunner, Sabine, *Soziopolitische Netzwerke türkischer MigrantInnen in Wien*, Projektbericht, Institut für Konfliktforschung, Wien, 1996.

Kroissenbrunner, Sabine, *Soziopolitische Netzwerke türkischer MigrantInnen in Wien – eine (fast) ungeschriebene Geschichte*, in „Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft“ 26/4, Wien, 1997, pp. 453-460.

Kroissenbrunner, Sabine, *Islam in Austria*. In Shireen T. Hunter (Hg.), *The Future of Islam and the West: Clash of Civilisations or Peaceful Coexistence?* Washington D.C., Prager/CSIS Press, 2001.

Kroissenbrunner, *Islam, Migration und Integration: Soziopolitische Netzwerke und „Muslim Leadership“*. In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 375-394.

Krummacher, Michael, *Zusammenleben und interkulturelle Konflikte in Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil*. In Heinz Fassmann, Josef Kohlbacher, Ursula Reeger (Hrsg.), *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2002, pp. 37- 48.

Kutzenberger, Ewald, Matzka, Manfred, *Migration und Politik*. Politische Akademie der Österreichischen Volkspartei (Hrsg.). In *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2002, Wien; München, Verlag für Geschichte und Politik; Oldenburg Wissenschaftsverlag, 2003, pp. 413-431.

Lebhart, Gustav, Münz, Rainer, *Migration und Fremdenfeindlichkeit: Fakten, Meinungen und Einstellungen zu internationaler Migration, ausländischer Bevölkerung und staatlicher Ausländerpolitik in Österreich*, Schriften des Instituts für Demographie, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Bd. 13, Wien, 1999.

Lebhart, Gustav, *Fremdenfeindlichkeit in Österreich. Einstellung der österreichischen Bevölkerung zu Ausländern und Migration in den Jahren 1992 bis 2001*, Shaker Verlag, Aachen, 2004.

Lutz, Wolfgang, Mitterauer, Michael, Rosenberger, Sieglinde, *Kompodium der Familienforschung in Österreich 1999*, Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien, 1999.

Mayr, Karin, *On the fiscal impacts of immigration*, Dissertation, Universität Linz, Linz, 2004.

Münz, Rainer, Zuser, Peter, Kytir, Josef, *Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung. Struktur und Entwicklung*. In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 20-61.

Münz, Rainer *Zu grau, zu bunt? Bevölkerungsentwicklung im 21. Jahrhundert und ihre Auswirkungen auf unser Leben*. In Michael John, Manfred Lindorfer (Hrsg.), *Migration - eine Zeitreise nach Europa. Ausstellungskatalog* (= kursiv. Eine Kunstzeitschrift aus Oberösterreich Heft 10-1/2/03), Linz, 2003, pp. 51-59.

Parnreiter, Christof, *Migration und Arbeitsteilung. Ausländerbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise*, Promedia, Wien, 1994.

Pelinka, Anton, *Zu den Fallstricken des Multikulturalismus. Wider die Vereinfachung des ethnischen Kulturbegriffes*. In Erna Appelt, Günther Pallaver, Erika Thurner, *Demokratie und das Fremde. Multikulturelle Gesellschaften als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts*. (Demokratie im 21. Jahrhundert, Band 1), StudienVerlag, Innsbruck; Wien; München, 2001, pp. 55-75.

Perchinig, Bernhard, *Einwanderung und Integrationspolitik in Europa*. In Maria Zwicklhuber (Hrsg.), *Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für interkulturelle Gemeindearbeit*, Interkulturelles Zentrum, Wien, 2003, pp. 9-21.

Pflegerl, Johannes, *Family and Migration. Research Developments in Europe: A general Overview*. Österreichisches Institut für Familienforschung, Nummer 21, Wien, 2002.

Pochobradsky, Elisabeth, Habl, Claudia, Schleicher, Barbara, *Soziale Ungleichheit und Gesundheit*, Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen ÖBIG, Wien, 2002.

Reinprecht, Christoph, *Ältere MigrantInnen in Wien. Empirische Studien zur Lebensplanung, sozialen Integration und Altersplanung*. Senior Plus Projekt. Wien, 1999.

Reinprecht, Christoph, *Ältere MigrantInnen und einheimische SeniorInnen. Zur Lebenssituation der älteren ausländischen und einheimischen Wohnbevölkerung in Wien*. In „SWS-Rundschau“ 40/1, 2000, pp. 63-80.

Reinprecht, Christoph, *Zur Lebenssituation älterer Migrantinnen und Migranten in Österreich*. In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und*

Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 212-223.

Reiterer, Albert, *Nationalstaat – Demokratie – Grenzen*. In Erna Appelt, Günther Pallaver, Erika Thurner (Hrsg.), *Demokratie und das Fremde. Multikulturelle Gesellschaften als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts*, (Demokratie im 21. Jahrhundert, Band 1), StudienVerlag, Innsbruck; Wien; München, 2001, pp. 55-75.

Reiz, Regina, *Polnische Migration nach Österreich im 20. Jahrhundert*, Diplomarbeit, Universität Linz, 2004.

Republik Österreich, *Zweiter Nationaler Aktionsplan für Soziale Inklusion 2003-2005*, Wien, o.J.

SORA (Institute for Social Research and Analysis), *Erwartungen der Betroffenen an ein Ausländerwahlrecht. Eine Umfrage unter MigrantInnen in Wien*, Typoskript, Wien, 2002.

Schröttner, Barbara, Sprung, Annette, *Integration von MigrantInnen in der Steiermark. Interkulturelle Öffnung – Weiterbildung – Selbstorganisation. Arbeitspapier 1*, Peripherie Institut für praxisorientierte Genderforschung, Graz, 2003.

Schruiff, Franjo, *Minderheiten in den Medien: Inhalt oder Verkleidung?* In Initiative Minderheiten (Hrsg.), „Stimme von und für Minderheiten“, 1/1999, pp. 8-9.
<http://www.gfbv.it/3dossier/rai3-99/min-medien-de.html> (Zugriff im Juli 2004)

Stadt Wien, MA 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung), BLI (Bereichsleitung Integration), *Migration, Integration, Diversitätspolitik*, Europaforum Wien (Zentrum für Städtedialog und Europapolitik), Wien, September 2002.
http://www.europaforum.or.at/data/media/med_binary/original/1074260161.pdf (Zugriff im Juli 2004)

Stadt Wien, *Chronische Krankheiten in Wien*, Wien, 2004. <http://www.wien.gv.at>

Statistik Austria, *Volkszählung 2001. Hauptergebnisse I – Österreich*, Wien, 2002.

Statistik Austria, *Statistische Übersichten*, Wien, <http://www.statistik.at> (Zugriff im August 2004)

Stieber, Gabriela, *Volksdeutsche und Displaced Persons*. In Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hrsg.), *Asylland wider Willen. Flüchtlinge im europäischen Kontext seit 1914*. Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte und Gesellschaft, 25. Wien, 1995, pp. 140-156.

Sunjic, Melita H., *Globale Flüchtlingstrends und die Asylsituation in Österreich*. In Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hrsg.), *Asylland wider Willen. Flüchtlinge im europäischen Kontext seit 1914*. Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte und Gesellschaft, 25. Wien, 1995, pp. 248-263.

Tschirf, Matthias, *Ausländerwahlrecht und Wählen ab 16*. In Politische Akademie der Österreichischen Volkspartei (Hrsg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2002*, Verlag für Geschichte und Politik; Oldenburg Wissenschaftsverlag, Wien; München, 2003, pp. 435-445.

Tunst, Ulrike, *Ausländerquotenregelung im österreichischen Amateurfußball im Kontext von Integration*, Diplomarbeit, Wien, 2004.

United Nations Development Programme (UNDP), *Human Development Report 2004: Cultural Liberty in Today's Diverse World*, Genf, 2004.

Vales, Vlasta, *Die tschechoslowakischen Flüchtlinge 1968-1969*. In Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hrsg.), *Asylland wider Willen. Flüchtlinge im europäischen Kontext seit 1914*. Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte und Gesellschaft, 25. Wien, 1995, pp.172-181.

Volf, Patrick, *Gegenstrategien in Politik und Gesellschaft*. In Patrick Volf, Rainer Bauböck, *Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann*. Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 4, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2001, pp. 47-268.

Volf, Patrick, Bauböck, Rainer, *Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann*. Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, Bd. 4, Drava Verlag, Klagenfurt/ Celovec, 2001.

Wagner, Monika, Zips, Werner, *Begegnung oder integrierte Sorgen?* In Monika Wagner, Susanne Schwinghammer, Michael Hüttler (Hrsg.) *Theater. Begegnung. Integration*. Schriften der Gesellschaft für TheaterEthnologie, Band 2, IKO Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt am Main; London, 2003, pp. 23-37.

Wagner, Monika, Schwinghammer, Susanne, Hüttler, Michael (Hrsg.) *Theater. Begegnung. Integration?* Schriften der Gesellschaft für TheaterEthnologie, Band 2, Frankfurt am Main; London, IKO Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 2003.

Waldrauch, Harald, *Immigration and Integration of Foreign Nationals: Flows, Stocks and Policies in Austria*, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien, 2003.

Waldrauch, Harald, Çinar, Dilek, *Staatsbürgerschaft und Einbürgerungspraxis in Österreich*. In Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hrsg.), *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen*, Wien, Drava Verlag Klagenfurt/Celovec, 2003, pp. 261-284.

Waldrauch, Harald, Sohler, Karin, *MigrantInnenvereine in Wien*, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien, 2003.

Walterskirchen, Ewald, *Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt*, in WIFO Monthly Report, Austrian Institute of Economic Research (WIFO), Bd. 71(8), Wien, 1998, pp. 531-540.

Wiener Integrationsfonds, *Gleiches Recht für Alle: Passives Betriebswahlrecht für MigrantInnen*. Tagungsdokumentation 24. November 2000. Eine Veranstaltung von Arbeiterkammer Wien, Wiener Integrationsfonds, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Wien, 2000.

Wiener Integrationsfonds (Hrsg.), *MigrantInnen in Wien. Daten&Fakten&Recht*. Report 1998, Teil II. Wien, 1999.

Wiener Integrationsfonds (Hrsg.), *MigrantInnen in Wien. Daten&Fakten&Recht*. Report 1999, Teil II. Wien, 2000.

Wiener Integrationsfonds (Hrsg.), *MigrantInnen in Wien. Daten&Fakten&Recht*. Report 2000, Teil II. Wien, 2001.

Wiener Integrationsfonds (Hrsg.), *MigrantInnen in Wien. Daten&Fakten&Recht*. Report 2001, Teil II. Wien, 2002.

Wiener Integrationsfonds (Hrsg.), *MigrantInnen in Wien. Daten&Fakten&Recht*. Report 2002, Teil II. Wien 2003a.

Wiener Integrationsfonds (Hrsg.), *Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis*, Heft 1, Drava Verlag, Klagenfurt/ Celovec, 2003b.

Wimmer-Puchinger, Beate, Baldaszi, Erika, *Migrantinnen im Gesundheitssystem: Inanspruchnahme, Zugangsbarrieren und Strategien zur Gesundheitsförderung*, in „Wiener Klinische Wochenschrift“ 113 /13-14, 2001, pp. 516-526.
http://www.springer.at/periodicals/fulltxt/00435325/full_2001_113_13_516.pdf (Zugriff im Juli 2004)

Winter-Ebmer, Rudolf, Zweimüller, Josef, *Do immigrants displace native workers?* In “Journal of Population Economics” 12(2), Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn, 1999, pp. 327-340.

Zierer, Brigitte, *Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956?* In Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hrsg.), *Asylland wider Willen. Flüchtlinge im europäischen Kontext seit 1914*. Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte und Gesellschaft, 25. Wien, 1995, pp. 157-171.

Zwicklhuber, Maria (Hrsg.), *Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung*. Handbuch für interkulturelle Gemeindearbeit, Interkulturelles Zentrum, Wien, 2003.

www.emn.at



Informationen über MigrantInnen, AsylwerberInnen und Flüchtlinge in Österreich (Statistiken, Gesetze, Institutionen)



Informationen über das Europäische Migrationsnetzwerk (Kontaktpunkte, Netzwerke, ForscherInnen)



Aktuelles im Migrationsbereich im europäischen Kontext (Veranstaltungen, Publikationen, Ausschreibungen)

Information also available in [English](#)



International Organization for Migration (IOM)
Mission with Regional Functions for
Southeastern Europe, Eastern Europe and Central Asia
Nibelungengasse 13/4
1010 Vienna - Austria
Tel: +43 1 585 33 22
Fax: +43 1 585 33 22-30
Email: mrfvienna@iom.int
Internet: <http://www.iomvienna.at>